

Jahresabschluss und
Lagebericht der
IKB Deutsche Industriebank AG
2008/2009

4	Organe und Gremien
4	Aufsichtsrat und Ausschüsse
6	Beraterkreis
9	Vorstand
10	Lagebericht der IKB Deutsche Industriebank AG
11	1. Geschäft und Rahmenbedingungen
14	2. Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum
26	3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
33	4. Risikobericht
72	5. Ereignisse nach dem 31. März 2009 (Nachtragsbericht)
75	6. Prognosebericht
79	7. Vergütungsbericht
88	8. Sonstige Finanzinformationen
93	Jahresabschluss der IKB Deutsche Industriebank AG
94	Jahresbilanz
96	Gewinn- und Verlustrechnung
98	Anhang
98	Erläuterungen zum Jahresabschluss
98	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
105	Weitere Sondersachverhalte
108	Erläuterungen zur Bilanz
115	Entwicklung des Kapitals
121	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
123	Sonstige Angaben
136	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
138	Versicherung der gesetzlichen Vertreter nach § 264 Abs. 2 Satz 3 HGB, § 289 Abs. 1 Satz 5 HGB

Aufsichtsrat und Ausschüsse

Aufsichtsrat

Bruno Scherrer (Vorsitzender)	Head of European Investments, Senior Managing Director, Lone Star Management Europe Ltd., London
Dr. Karsten von Köller (Stellv. Vorsitzender)	Chairman Lone Star Germany GmbH, Frankfurt am Main
Stefan A. Baustert	President and CEO SINGULUS TECHNOLOGIES AG, Bad Homburg
Wolfgang Bouché*	Düsseldorf
Olivier Brahin	Bereichsleiter Europäische Immobilieninvestitionen der Lone Star Management Europe Ltd., London
Dr. Lutz-Christian Funke	Direktor Unternehmensstrategie/Bereichsleiter Vorstandsstab der KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main
Ulrich Grillo	Vorsitzender des Vorstands der Grillo-Werke AG, Mülheim an der Ruhr
Arndt G. Kirchhoff	Geschäftsführender Gesellschafter der KIRCHHOFF Automotive GmbH, Attendorn
Jürgen Metzger*	Hamburg
Dr. Claus Nolting	Vorsitzender des Vorstands der COREALCREDIT BANK AG, München
Dr. Thomas Rabe	Mitglied des Vorstands der Bertelsmann AG, Berlin
Dr. Carola Steingräber*	Berlin
Dr. Andreas Tuczka	Bereichsleiter Europäische Finanzinstitutionen der Lone Star Management Europe Ltd., London
Ulrich Wernecke*	Düsseldorf
Andreas Wittmann*	München

* von den Arbeitnehmern gewählt

Aufsichtsratspräsidium

Bruno Scherrer Vorsitzender

Dr. Karsten von Köller

Dr. Andreas Tuczka

Ulrich Wernecke

Finanz- und Prüfungsausschuss

Dr. Karsten von Köller Vorsitzender

Wolfgang Bouché

Dr. Claus Nolting

Bruno Scherrer

Nominierungsausschuss

Bruno Scherrer Vorsitzender

Dr. Karsten von Köller

Dr. Claus Nolting

Beraterkreis

Jürgen R. Thumann (Vorsitzender)	Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der Heitkamp & Thumann KG, Düsseldorf
Prof. Dr. Hermut Kormann (Stellv. Vorsitzender)	Heidenheim
Dipl.-Ing. Norbert Basler	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Basler AG, Ahrensburg
Dr. h.c. Josef Beutelmann	Vorsitzender des Vorstands der Barmenia Versicherungs-Gesellschaften, Wuppertal
Dipl.-Ing. Jan-Frederic Bierbaum	Geschäftsführender Gesellschafter der Bierbaum Unternehmensgruppe GmbH & Co. KG, Borken
Dipl.-Kfm. Martin Dreier	Geschäftsführender Gesellschafter der Dreier-Werk GmbH Dach und Wand + Dreier Immobilien, Dortmund
Prof. Dr. phil. Hans-Heinrich Driftmann	Persönlich haftender und geschäftsführender Gesellschafter der Peter Kölln KGaA, Elmshorn
Dr. Hugo Fiege	Vorsitzender des Vorstands der Fiege Holding Stiftung & Co. KG, Greven
Hans-Michael Gallenkamp	Geschäftsführer der Felix Schoeller Holding GmbH & Co. KG, Osnabrück
Wolfgang Gutberlet	Vorsitzender des Vorstands der tegut... Gutberlet Stiftung & Co., Fulda
Dipl.-Kfm. Dietmar Harting	Persönlich haftender Gesellschafter der Harting KGaA, Espelkamp
Dr. Hannes Hesse	Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V., Frankfurt am Main

Dr. Stephan J. Holthoff-Pförtner	Rechtsanwalt und Notar, Essen
Martin Kannegiesser	Geschäftsführender Gesellschafter der Herbert Kannegiesser GmbH & Co., Vlotho
Dr. Michael Kaschke	Mitglied des Vorstands der Carl Zeiss AG, Oberkochen
Dr. Jochen Klein	Vorsitzender des Beirats der Döhler GmbH, Darmstadt
Professor Dr.-Ing. Eckart Kottkamp	Großhansdorf
Matthias Graf von Krockow	Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA, Köln
Andreas Langenscheidt	Geschäftsführender Gesellschafter der Langenscheidt KG, München
Dr.-Ing. Wolfhard Lechnitz	Essen
Axel Oberwelland	Persönlich haftender Gesellschafter und Vorsitzender der Geschäftsführung der August Storck KG, Berlin
Olivier Schatz	Paris
Hartmut Schauerte	Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Berlin
Dr. Ingeborg von Schubert	Vorsitzende des Beirats der Gundlach Holding GmbH & Co. KG, Bielefeld
Reinhold Schulte	Vorsitzender des Vorstands der SIGNAL IDUNA Gruppe, Dortmund
Dr. Eric Schweitzer	Mitglied des Vorstands der ALBA AG, Berlin

Dr.-Ing. Hans-Jochem Steim	Geschäftsführender Gesellschafter der Hugo Kern und Liebers GmbH & Co. KG, Schramberg
Dipl.-Kfm. Rainer Thiele	Geschäftsführender Gesellschafter der KATHI Rainer Thiele GmbH, Halle/Saale
Dr. Martin Wansleben	Hauptgeschäftsführer DIHK Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin
Dr. Ludolf v. Wartenberg	Berlin
Clemens Freiherr von Weichs	Président du Directoire Euler Hermes, Paris

Vorstand

Hans Jörg Schüttler (seit 1. November 2008)

Dr. Günther Bräunig (bis 31. Oktober 2008)

Dr. Dieter Glüder

Dr. Reinhard Grzesik (bis 3. Juli 2009)

Dr. Andreas Leimbach (bis 31. Januar 2009)

Claus Momburg

Dr. Michael H. Wiedmann (seit 1. März 2009)

Lagebericht der IKB Deutsche Industriebank AG

- 1. Geschäft und Rahmenbedingungen
- 2. Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum
- 3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
- 4. Risikobericht
- 5. Ereignisse nach dem 31. März 2009
(Nachtragsbericht)
- 6. Prognosebericht
- 7. Vergütungsbericht
- 8. Sonstige Finanzinformationen

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2008/09 der IKB Deutsche Industriebank AG (IKB AG) und des IKB-Konzerns (IKB) war maßgeblich von der tiefen und lang anhaltenden Finanzmarktkrise und deren Auswirkungen auf die internationalen Kapital- und Kreditmärkte geprägt. Im Verlauf des Geschäftsjahres nahm die Krise an Intensität zu und griff schließlich auf die Realwirtschaft über. In Deutschland kam es zum größten Konjunkturreinbruch seit Langem. Für das Kerngeschäft der IKB stellen die allgemeine konjunkturelle Entwicklung, die Geschäftsentwicklung des mittelständischen Produzierenden Gewerbes und der Gewerbeimmobilienmarkt in Deutschland die wichtigsten Rahmenbedingungen dar.

Rahmenbedingungen für das Kerngeschäft

Die konjunkturellen Rahmenbedingungen für das in- und ausländische Kreditgeschäft haben sich im Berichtszeitraum erheblich verschlechtert. Die Weltkonjunktur ist im Laufe des Jahres 2008 deutlich eingebrochen. Eine leichte Erholung wird frühestens im zweiten Halbjahr 2009 erwartet.

Die deutsche Wirtschaft erlebte während des IKB-Geschäftsjahres 2008/09 die tiefste Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik. Zwar konnte im Kalenderjahr 2008 noch ein BIP-Zuwachs von 1,3 % erzielt werden. Dabei stiegen die für die Gesamtwirtschaft bedeutsamen Exporte leicht um 2,7 %, und die für das IKB-Geschäft wichtigen Ausrüstungsinvestitionen verzeichneten einen deutlichen Zuwachs von 5,9 %. Doch im Laufe des Jahres 2008 hat sich die positive Wachstumsdynamik dramatisch umgekehrt. Im vierten Quartal sank die gesamtwirtschaftliche Leistung so stark wie nie zuvor. Insbesondere nahmen die Exporte mit zweistelligen Prozentraten ab, und auch der Einbruch bei den Ausrüstungsinvestitionen war extrem ausgeprägt.

Das erste Quartal 2009 war weiterhin durch eine extrem negative Entwicklung gekennzeichnet: Die Exporte fielen um über 20 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum, und das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete mit einem Minus von über 20 % den stärksten Produktionsrückgang seit der Wiedervereinigung.

Die für das IKB-Kreditgeschäft wichtigen Länder erlebten ebenfalls einen Abschwung. Für das Kalenderjahr 2008 wurde in Frankreich, Spanien und Großbritannien noch ein leichtes BIP-Wachstum von jeweils um 1 % erzielt. Italiens Wirtschaft schrumpfte dagegen bereits leicht. Wie in Deutschland hat sich in den anderen Ländern Westeuropas die konjunkturelle Talfahrt im Schlussquartal 2008 erheblich verschärft und auf die Länder Osteuropas ausgedehnt, deren wirtschaftliche Expansion zuvor noch wenig beeinträchtigt schien. Das Ausmaß der konjunkturellen Verwerfungen variiert dabei durchaus zwischen den einzelnen Ländern; es hängt von den Belastungen durch die Finanzmarktkrise und den Korrekturen an den regionalen Immobilienmärkten ab.

Die Finanzmarktkrise erreichte durch die Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers ihren vorläufigen Höhepunkt: Schlimmeres konnte nur durch die weltweiten großvolumigen Interventionen der Staaten verhindert werden. Das Vertrauen in die Banken wurde nachhaltig erschüttert und die Kapitalmärkte kamen fast zum Erliegen. Massive Verwerfungen bei der Preisbildung bzw. der Bewertung von Wertpapieren, auch bei bonitätsmäßig einwandfreien Adressen, waren die Folge. Bis auf wenige ausgewählte Staatschuldtitle haben fast alle Schuldverschreibungen erheblich an Wert verloren. Die Volatilität der Preise war zudem in allen – auch den vorher höchst liquiden – Märkten außerordentlich hoch. Diese Entwicklung hat auch zu erheblichen Belastungen der Vermögenspositionen der Bank im Berichtszeitraum geführt.

Strategische Positionierung der IKB

Die IKB AG ist eine Spezialbank für Unternehmensfinanzierung in Deutschland und Europa. Zielgruppen sind der Mittelstand sowie internationale Unternehmen und Projektpartner. Bei langfristigen Unternehmenskrediten an das deutsche Verarbeitende Gewerbe hatte die Bank zum 31. März 2009 einen Marktanteil von fast 8 %. Stärkste Wettbewerber der IKB AG in Deutschland sind die großen Universalbanken sowie einige größere Institute aus dem öffentlichen Bankensektor.

Im Oktober 2008 hat die EU-Kommission unter strengen Auflagen die staatlichen Beihilfen für die IKB genehmigt. Die Auflagen beinhalten eine deutliche Reduktion der Geschäftsaktivitäten der IKB, die Aufgabe des Geschäftsfeldes Immobilienfinanzierung und die Schließung von einigen ausländischen Standorten. Nach Umsetzung der EU-Entscheidung verbleiben die Niederlassungen London, Madrid, Mailand und Paris als wesentliche operative ausländische Standorte sowie die IKB Leasing GmbH und die IKB Private Equity GmbH als wesentliche Tochtergesellschaften im Konzern. Die Bilanzsumme des IKB-Konzerns soll bis September 2011 auf 33,5 Mrd. € reduziert werden.

Die EU-Auflagen und die sich ausweitende Finanz- und Wirtschaftskrise waren Anlass zur Überprüfung und Neuausrichtung des Geschäftsmodells der Bank. Über die Vergabe von Krediten hinaus soll das Geschäftsmodell auf innovative, kundenorientierte Finanzierungslösungen sowie Beratungsleistungen ausgeweitet werden.

Segmente

Das Geschäftsfeld Firmenkunden umfasst die inländische Unternehmensfinanzierung, insbesondere die Vergabe von Krediten, das Mobilienleasing sowie Private Equity. Die Gewährung von Krediten an den deutschen Mittelstand erfolgt von sechs bundesweiten Standorten aus. Besondere Kompetenz besitzt die Bank in der Durchleitung öffentlicher Förderprogramme. Das Mobilienleasing-Geschäft betreibt die IKB über ihre Leasing-Tochtergesellschaften auf nationaler und internationaler Basis. Der besondere Fokus liegt auf dem Maschinenleasing. Im Ausland ist die IKB Leasing Gruppe in Mittel- und Osteuropa sowie in Frankreich und in Österreich tätig. Die IKB Private Equity Gruppe engagiert sich sowohl über Eigenkapitalbeteiligungen als auch über verschiedene Formen des Mezzanine-Kapitals.

Die Produkte der Strukturierten Finanzierung umfassen die Akquisitions- und Projektfinanzierung im europäischen Wirtschaftsraum. Dabei agiert die IKB als Arranger oder beteiligt sich an entsprechenden Finanzierungen. Die Aktivitäten der IKB Capital Corporation, New York, (IKB CC) sind gemäß den EU-Auflagen aufzugeben.

Das Segment Immobilienkunden ist im Rahmen der EU-Auflagen bezüglich der erhaltenen staatlichen Hilfsmaßnahmen aufzugeben. Im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung bot die IKB ihren Kunden Finanzierungen und Beratungsdienstleistungen rund um die gewerbliche Immobilie an. Das Immobilienleasing, das unter dem Dach der Movesta Lease and Finance GmbH – eines Gemeinschaftsunternehmens von KfW IPEX Bank und IKB – angesiedelt ist, befindet sich aufgrund der EU-Auflagen im Verkaufsprozess an Dritte.

Im Geschäftsjahr 2008/09 wurde die Abwicklung der Portfolioinvestments weiter vorangetrieben. Im Dezember 2008 wurde der Großteil der noch verbliebenen Portfolioinvestments auf eine Zweckgesellschaft übertragen, an der die IKB AG die Erstverlustposition hält und dadurch ihre Risiken in dieser Höhe begrenzt hat. Darüber hinaus bestehen noch Positionen in Portfolioinvestments über nominal 0,7 Mrd. €, die seit Mai 2009 keine Subprime-Risiken mehr beinhalten.

Zum Ende des Berichtszeitraums hat der Vorstand beschlossen, die bisherige Aufteilung der Geschäftsfelder aufzugeben. Der neue Marktantritt der IKB sieht die Trennung von Kundenverantwortung und Produktmanagement vor. Die daraus folgende Neusegmentierung soll im Geschäftsjahr 2009/10 umgesetzt werden.

2. Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum

Abbau und Übertragung von Portfolioinvestments

Die IKB AG konnte im Segment Portfolio Investments ihren Bestand an Wertpapieren gegenüber dem 31. März 2008 weiter deutlich reduzieren. In mehreren Einzeltransaktionen mit verschiedenen Marktteilnehmern wurde ein Volumen von nominal rund 1,0 Mrd. € verkauft. Darüber hinaus wurde ein Portfolio von nominal 1,4 Mrd. € an die KfW veräußert.

Am 31. Juli 2008 wurde im Rahmen eines Auktionsverfahrens der Gesamtbestand der Assets der Zweckgesellschaft Rhinebridge in Höhe von nominal 947 Mio. US-\$ zu einem Durchschnittskurs von rund 37 % teilweise verkauft und zum anderen Teil an Inhaber von Commercial Paper ausgekehrt. In diesem Zusammenhang hat die IKB AG im Austausch gegen ihre Commercial Paper (nominal 0,2 Mrd. €) Wertpapiere erworben. Diese Wertpapiere wurden anschließend nahezu vollständig mit Gewinn an Dritte veräußert.

Ende November 2008 hat die IKB AG von der IKB International S.A., Luxemburg, (IKB S.A.) Portfolioinvestments in Höhe von nominal 1,5 Mrd. US-\$ für einen Kaufpreis von 0,57 Mrd. US-\$ erworben und diese Anfang Dezember 2008 größtenteils zusammen mit eigenen Portfolioinvestments von nominal 1,2 Mrd. € auf die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited übertragen. Die Übertragung erfolgte bei einem Teil der Portfolioinvestments synthetisch mittels Total Return Agreements. Hierbei handelte es sich um ein Volumen von nominal 1 Mrd. €, auf dessen Verkauf aber nur 82 Mio. € vom Kaufpreis von insgesamt 903 Mio. € entfielen. Die Senior-Refinanzierung der Zweckgesellschaft belief sich zum Übertragungstichtag der Assets per 4. Dezember 2008 auf 565 Mio. € und wird durch die KfW zur Verfügung gestellt. Die mezzanine Finanzierung gegenüber der Zweckgesellschaft belief sich per 4. Dezember 2008 auf 145 Mio. € und wurde durch LSF Aggregated Lendings S.A.R.L., Luxemburg, ein Unternehmen der Lone Star Gruppe, übernommen. Die Erstverlustposition gegenüber der Zweckgesellschaft belief sich per 4. Dezember 2008 auf 193 Mio. € und wurde durch die IKB AG im Rahmen eines Junior Loan zur Verfügung gestellt. Der HGB-Buchwert beträgt per 31. März 2009 118 Mio. € und stellt das verbliebene maximale Verlustrisiko der IKB AG im HGB-Abschluss gegenüber dieser Zweckgesellschaft dar. Wertaufholungschancen bleiben im Wesentlichen bei der IKB. Die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited wird im Konzernabschluss der IKB konsolidiert.

Darüber hinaus bestehen noch Positionen in strukturierten Wertpapieren über nominal 0,7 Mrd. € (0,7 Mrd. € Buchwert zum 31. März 2009), die keine Subprime-Risiken mehr beinhalten.

Abrechnung Risikoabschirmungsmaßnahmen

Im Jahr 2007 wurde eine Vereinbarung zwischen der IKB AG und der KfW abgeschlossen, wonach die KfW Ausfallrisiken aus Portfolioinvestments auf der Bilanz der IKB AG und der IKB S.A. bis zu einer Höhe von maximal € 1 Mrd. € absichert. Dieser Risikoschirm wurde teilweise durch einen CDS, zum anderen Teil durch eine Garantie vertraglich umgesetzt.

Im Mai 2008 wurde zwischen IKB und KfW eine Vereinbarung getroffen und durchgeführt, wonach für faktisch ausgefallene und mit einem Buchwert von 0 € angesetzte, aber nach dem Wortlaut der Risikoabschirmung formal noch nicht ausgleichende Wertpapiere ein Teil des Risikoschirms vorzeitig abgerechnet wurde (Ausgleichsbeträge an IKB: 321 Mio. US-\$ und 57 Mio. €).

Des Weiteren wurden Erstverlustpositionen (nominal 86 Mio. €) mit Bezug auf von der IKB platzierte Verbriefungstransaktionen für Unternehmens- bzw. Immobilienkredite aus der Abschirmung herausgenommen, da diese Verbriefungstransaktionen zum strategischen Kerngeschäft der IKB gehören. Da absehbar war, dass der Höchstbetrag der Abschirmung durch erwartete Verluste bei anderen abgesicherten Verbriefungstransaktionen ausgenutzt werden würde, hatte dies keine Minderung der Abschirmwirkung für die IKB zur Folge.

Am 24. Juli 2008 wurde eine Vereinbarung zwischen der IKB AG und der KfW zur vorzeitigen Ablösung des restlichen Risikoschirms für Portfolioinvestments auf der Bilanz der IKB AG und der IKB S.A. geschlossen. Der damit verbundene CDS und die Garantie wurden vorzeitig vollständig abgerechnet und aufgehoben. Danach hat die KfW der IKB 358 Mio. € gezahlt. Im Gegenzug hat die IKB der KfW eine Restgebühr von 1 Mio. € und 5 Mio. US-\$ gezahlt.

Die IKB AG und die IKB S.A. haben zudem von den Havenrock-Gesellschaften Erstverlustrisiken in Höhe von 25 % (von nominal 4,4 Mrd. €) übernommen. Auch diese hatte die KfW weitestgehend abgesichert. Dadurch reduzierte sich das Risiko für die IKB AG und die IKB S.A. auf 79 Mio. US-\$, die in den Vorjahren voll in der GuV verarbeitet wurden.

Diese Absicherungsvereinbarung mit der KfW ist Ende Oktober 2008 vorzeitig aufgelöst worden. Die KfW hat zur Ablösung ihrer noch ausstehenden Zahlungsverpflichtungen Anfang November 2008 insgesamt 1.189 Mio. US-\$ an die IKB gezahlt.

Genehmigung der Rettungsmaßnahmen durch EU-Kommission unter Auflagen

Am 21. Oktober 2008 hat die EU-Kommission im Verfahren über staatliche Beihilfe der Bundesrepublik Deutschland für die Umstrukturierung der IKB bekannt gegeben, dass die staatlichen Hilfsmaßnahmen, die die IKB seit Beginn der Krise im Juli 2007 erhalten hat, unter Auflagen und Bedingungen genehmigt worden sind.

Die Genehmigung der Rettungsmaßnahmen ermöglicht der IKB AG den Fortbestand als eine auf den Mittelstand fokussierte Bank. Die einschneidenden Auflagen beinhalten eine deutliche Reduktion der Geschäftsaktivitäten der IKB, die Aufgabe des Geschäftsfeldes Immobilienfinanzierung, die Schließung von einigen ausländischen Standorten und die partielle Einstellung des Neugeschäfts. Die Konzernbilanzsumme soll bis 30. September 2011 auf 33,5 Mrd. € (von 63,5 Mrd. € per 31. März 2007, vor Beginn der IKB-Krise) reduziert werden.

Mit Entscheidung vom 15. Mai 2009 hat die EU-Kommission einer Änderung des Zeitplans für die Abwicklung des Standortes Luxemburg zugestimmt.

Im Einzelnen bedeuten die Auflagen:

- Aufgabe des Segmentes Immobilienfinanzierung (Einstellung Neugeschäft; Abbau von mindestens 20 % des Portfolios bis 30. September 2010; Abbau von weiteren 40 % bis 30. September 2011; Restbestand über planmäßige Tilgung); betroffene Tochtergesellschaften: IKB Immobilien Management GmbH, IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG, IKB Projektentwicklungsverwaltungs GmbH
- Verkauf des 50%-IKB-Anteils an der Movesta Lease and Finance GmbH bis 30. September 2011
- Abwicklung oder Verkauf der IKB CC bis 30. September 2011 (Abbau von 25 % bis 30. September 2010) und Einstellung des Neugeschäfts zum 31. Dezember 2008
- Abwicklung der IKB S.A. bis 1. April 2011 (das Derivategeschäft und der Kreditbestand bis zu einer Maximalhöhe von 3,2 Mrd. € dürfen zur IKB AG nach Düsseldorf verlagert werden) und Einstellung des Neugeschäfts zum 1. Dezember 2010
- Einstellung und Abwicklung der Geschäftstätigkeiten der IKB in Amsterdam bis 30. März 2010
- Verkauf nicht strategischer Aktivpositionen bis 30. September 2011.

Im Falle unvorhersehbarer Umstände, insbesondere bei anhaltender Finanzmarktkrise oder Unmöglichkeit der Veräußerung bestimmter Aktivpositionen, können die Auflagen durch die EU-Kommission geändert oder ersetzt werden, oder es kann eine Fristverlängerung gewährt werden.

Es erfolgt jährlich spätestens zum 31. Juli eine Berichterstattung an die EU-Kommission über den Fortgang der Umsetzung des Umstrukturierungsplanes und der Auflagen.

Zur Umsetzung der EU-Auflagen wurden interne Projekte initiiert. Das Neugeschäft im Segment Immobilienkunden und in der IKB CC wurde eingestellt. Die Vorbereitungen zur Übertragung von innerbetrieblichen Funktionen von der zu schließenden Luxemburger Tochtergesellschaft auf die Konzernzentrale in Düsseldorf wurden begonnen.

Von den Auflagen sind in den betroffenen Einheiten und Tochtergesellschaften rund 230 Arbeitsplätze direkt betroffen. Darüber hinaus können aufgrund der Umstrukturierung auch Arbeitsplätze in anderen Konzernteilen betroffen sein.

Die direkten wirtschaftlichen Belastungen durch die Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission hängen in starkem Maße von der Entwicklung der Märkte für die abzubauenen Aktiva ab, die zurzeit nur schwer vorhersehbar ist.

Im Februar 2009 hat der Vorstand Grundzüge der zukünftigen geschäftspolitischen Ausrichtung der IKB beschlossen. Durch die Trennung von Produkt und Vertrieb sollen die Fokussierung auf die Kunden verstärkt und die Produktpalette erweitert werden und damit die IKB wieder dauerhaft erfolgreich am Markt positioniert werden. Gleichzeitig sollen die Kosten in der Kreditbearbeitung durch Optimierung der Abläufe und Strukturen in Middle- und Back-Office reduziert und die Organisation schlanker werden, um auch so die Profitabilität der IKB wiederherzustellen. Von der Reorganisation sind ca. 140 Arbeitsplätze betroffen. Die Erweiterung der Produktpalette wird nach den erfolgten Anpassungen zu neuen Arbeitsplätzen führen.

Die Umsetzung der notwendigen Reorganisationsmaßnahmen wurde im März 2009 begonnen und soll im September 2009 zu einer neuen Organisationsstruktur führen. Mitte Mai 2009 wurde bereits die neue Organisation Produkt/Vertrieb umgesetzt.

Gegen Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres verhandelten die IKB AG sowie die betroffenen deutschen Tochtergesellschaften und die Arbeitnehmervertreter einen Interessenausgleich und Sozialplan zur Umsetzung der erforderlichen Personalanpassungsmaßnahmen. Der ausgehandelte Sozialplan sieht neben Regeln für standortübergreifende Versetzungen und Abfindungsmodalitäten für betriebsbedingte Kündigungen u. a. ergänzend die Möglichkeit des Wechsels in eine Transfergesellschaft mit Outplacement-Beratung vor. Darüber hinaus besteht auch die Möglichkeit von Vorruhestands- und Aufhebungsvereinbarungen, die arbeitgeberseitig initiiert werden.

Für die IKB S.A. ist ebenfalls ein Sozialplan verhandelt und verabschiedet worden.

Kapitalerhöhung

Die auf der ordentlichen Hauptversammlung der IKB AG zum Geschäftsjahr 2006/07 am 27. März 2008 beschlossene Barkapitalerhöhung wurde mit Eintragung am 24. Oktober 2008 ins Handelsregister abgeschlossen.

Zuvor wurden die erhobenen Anfechtungsklagen gegen den Kapitalerhöhungsbeschluss nach Vergleich mit den klagenden Aktionären zurückgezogen.

Der IKB AG sind aus der Kapitalerhöhung 1,25 Mrd. € (vor Kosten), fast ausschließlich von der KfW, zugeflossen. Mit Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung stieg das Grundkapital der Gesellschaft von 247.794.332,16 € um 1.250.000.000,00 € auf 1.497.794.332,16 €. Die Anzahl der neu ausgegebenen Aktien betrug 488.281.250 Stück.

Auf Grundlage eines Börsenzulassungsprospekts erfolgte die Zulassung der neuen Aktien zum Börsenhandel am 13. November 2008. Die Notierung wurde am 14. November 2008 aufgenommen.

Verkauf der IKB-Aktien der KfW an Lone Star

Der Vertrag über den Verkauf der IKB-Aktien der KfW an die LSF6 Europe Financial Holdings L.P., eine Gesellschaft des US-amerikanischen Finanzinvestors Lone Star, wurde angabegemäß am 21. August 2008 unterzeichnet und am 29. Oktober 2008 vollzogen. Zuvor waren die aufschiebenden Bedingungen (u. a. Entscheidung der EU-Kommission im Beihilfverfahren, Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung beim Amtsgericht Düsseldorf, Befreiung der BaFin von der Verpflichtung zur Abgabe eines Pflichtangebots nach WpÜG) eingetreten.

Der Anteil der KfW an der IKB AG in Höhe von 90,8 % ist damit auf LSF6 Europe Financial Holdings L.P. übergegangen. Mittelbar kontrollierender Gesellschafter der LSF6 Europe Financial Holdings L.P. ist John Grayken, USA.

Im Rahmen der Verkaufstransaktion wurden die Rechte aus den Besserungsabreden zu den Forderungsverzichten im Zusammenhang mit den von der KfW im Geschäftsjahr 2007/08 an die IKB gewährten Darlehen über 1.050 Mio. € mit übertragen und anschließend an die Gesellschaft LSF6 Rio (Ireland) Limited, Dublin, eine weitere Gesellschaft der Lone Star Gruppe, abgetreten.

Kapitalstärkung durch Lone Star

Auf Grundlage des Beschlusses der Hauptversammlung vom 28. August 2008 hat der Vorstand der IKB AG beschlossen, nachrangige Schuldverschreibungen mit bedingtem Wandlungsrecht und bedingter Wandlungspflicht zum Nominalbetrag von 123,7 Mio. € und zum Emissionskurs 100 % zu begeben. Bedingungen für das grundsätzliche Entstehen von Wandlungspflicht und Wandlungsrecht sind, dass die gegen diesen Beschluss gerichteten Anfechtungsklagen erledigt und das bedingte Kapital bestandskräftig im Handelsregister eingetragen ist. Sofern diese Bedingungen bis zum End-Pflichtwandlungstag, dem 11. April 2012, nicht eintreten sollten, entfallen Wandlungsrecht und -pflicht. Die Anleihe wäre in diesem Fall am 11. April 2014 rückzahlbar. Die Bedingungen für das grundsätzliche Entstehen von Wandlungspflicht und Wandlungsrecht sind zwischenzeitlich eingetreten, und LSF6 Rio S.à.r.l. hat in Bezug auf die durch sie gekauften Anteile die Wandlungserklärung abgegeben.

Die Investoren in die Wandelschuldverschreibung haben nach Bedingungseintritt ein jederzeitiges Wandlungsrecht zum Nominalbetrag, das sie bis zum 25. Handelstag vor dem End-Pflichtwandlungstag ausüben können. Es besteht eine Wandlungspflicht spätestens am End-Pflichtwandlungstag oder bereits früher, wenn bestimmte aufsichtsrechtliche Kennziffern der IKB unterschritten werden.

Der Zinssatz der Wandelschuldverschreibung beträgt während der Laufzeit 9,5 % p.a. Im Falle einer Wandlung am End-Pflichtwandlungstag steigt der Zinssatz um weitere 12,5 % p.a. für die Zeit vom Emissionstag bis zum End-Pflichtwandlungstag; im Falle einer wahlweisen Wandlung vor dem End-Pflichtwandlungstag oder einer vorzeitigen Pflichtwandlung aufgrund des Unterschreitens bestimmter Kernkapital- und Gesamtkennziffern wird neben dem Zinssatz von 9,5 % zusätzlich ein Betrag gewährt, der dem Zinsbetrag entspricht, der bei einer Verzinsung von 1,25 % p.a. für den Zeitraum vom Emissionstag bis zum End-Pflichtwandlungstag angefallen wäre.

Der Bezugspreis beträgt 23,04 €, der Wandlungspreis beläuft sich auf 2,56 € je Aktie.

Den Aktionären der IKB AG wurden diese Schuldverschreibungen in einem öffentlichen Bezugsangebot im Verhältnis von 109 Aktien zu 1 Schuldverschreibung angeboten. Eine Schuldverschreibung berechnete zum Bezug von 9 jungen Aktien zu einem Wandlungspreis von 2,56 € je Aktie.

Der IKB sind durch die Emission der Schuldverschreibungen am 11. Dezember 2008 123,7 Mio. € zugeflossen. Eine Gesellschaft der Unternehmensgruppe Lone Star, die LSF6 Rio S.à.r.l., Luxemburg, hat dabei alle Wandelschuldverschreibungen, die nicht von anderen Aktionären der IKB AG gezeichnet wurden, übernommen (123,5 Mio. €). Bei unverändertem Grundkapital würde nach Durchführung der vollständigen Wandlung das neue Grundkapital der IKB AG bis zu 1.621 Mio. € (vorher: 1.498 Mio. €) betragen, eingeteilt in bis zu 633.384.923 (vorher: 585.075.911 Stück) nennwertlose Stückaktien.

Über die Wandelschuldverschreibung hinaus hat LSF6 Rio S.à.r.l., Luxemburg, am 27. November 2008 eine nachrangige Namensschuldverschreibung der IKB AG in Höhe von 101,3 Mio. € gekauft. Die nachrangige Namensschuldverschreibung hat eine Laufzeit bis zum 27. November 2018 und ist mit einem Kupon von 12 % p.a. ausgestattet. Zusätzlich hat LSF6 Rio S.à.r.l., Luxemburg, am 16. Dezember 2008 eine weitere Nachrangianleihe der IKB AG über 150.000 € zu gleichen Konditionen wie die nachrangige Namensschuldverschreibung über 101,3 Mio. € vom 27. November 2008 übernommen.

Mit dem Kauf der Wandelschuldverschreibung und der Nachrangianleihen hat Lone Star die angekündigte Erhöhung der IKB-Eigenmittel in Höhe von insgesamt 225 Mio. € entsprechend den Auflagen der BaFin im Bescheid zur Befreiung von der Verpflichtung zur Veröffentlichung der Kontrollerlangung und eines Pflichtangebots für Aktien der IKB AG umgesetzt.

Garantien des SoFFin

Die Finanzmarktstabilisierungsanstalt (SoFFin) hat im Dezember 2008 der IKB AG einen Garantierahmen von bis zu 5 Mrd. € für neu zu begebende Schuldverschreibungen bewilligt. Die Garantien wurden von der EU-Kommission genehmigt.

Der IKB-Vorstand hatte einen Antrag auf Garantien gestellt, weil sich die Situation an den Geld- und Kapitalmärkten seit der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 so grundlegend verschlechtert hatte, dass der Handel quasi zum Erliegen gekommen ist und allgemein eine adäquate Refinanzierung kaum möglich war. Die IKB hat keine SoFFin-Leistungen für Rekapitalisierung oder Risikoübernahme beantragt.

Im Zusammenhang mit dem beantragten Garantierahmen des SoFFin hat sich der Vorstand der IKB AG mit Zustimmung des Aufsichtsrates dazu verpflichtet, die von der EU-Kommission im Beihilfverfahren vorgegebenen Maßnahmen umzusetzen. Darüber hinaus muss die IKB AG eine Kernkapitalquote von 8 % einhalten und unterliegt umfangreichen Berichtspflichten.

Die ersten staatlich garantierten Emissionen wurden im Januar und im März 2009 mit einem Emissionsvolumen von jeweils 2 Mrd. € (Laufzeit bis 27. Januar 2012 bzw. 13. März 2012) am Markt platziert. Mit der Begebung einer staatlich garantierten Emission über 1 Mrd. € im April 2009 (Laufzeit bis 29. April 2011) wurde der Garantierahmen des SoFFin über 5 Mrd. € vom Dezember 2008 inzwischen vollständig ausgenutzt.

Weitere Transaktionen

Zur Liquiditätsbeschaffung hat die IKB AG im September 2008 an die Zweckgesellschaft REPV-DS Finance 2008-1 GmbH Forderungen zu einem Kaufpreis in Höhe ihres Nennwerts von 215 Mio. € verkauft. Die Zweckgesellschaft wurde durch ein Darlehen einer anderen Bank in Höhe von 163 Mio. € und ein nachrangiges Darlehen der IKB AG in Höhe von 52 Mio. € finanziert.

Ebenfalls zur Liquiditätsgenerierung nutzt die IKB die Verbriefungsplattform Bacchus für Collateralised Loan Obligations (CLOs) zur Verbriefung von Forderungen aus Akquisitions- und Projektfinanzierungen. Die in 2008 umgesetzten Transaktionen Bacchus 2008-1 und Bacchus 2008-2 dienen dem Zweck, Sicherheiten für die Refinanzierung bei der EZB zu schaffen.

Bacchus 2008-1 ist eine True-Sale-Verbriefung von Akquisitionsfinanzierungen der Kategorie Senior Secured Loans im Gesamtvolumen von 626 Mio. €, aufgeteilt in 500 Mio. € in der ersten und 126 Mio. € in der zweiten Tranche. Die Transaktion wurde hinsichtlich der ersten Tranche am 10. Oktober 2008 abgeschlossen. Das Closing für die zweite Tranche erfolgte am 20. November 2008.

Bacchus 2008-2 ist eine True-Sale-Verbriefung von europäischen Infrastrukturfinanzierungen sowie Finanzierungen von Wind- und Solarparks. Das Closing (Volumen 454 Mio. €) erfolgte am 3. Dezember 2008. Das Risiko aus den zu 100 % von der IKB AG erworbenen Wertpapieren entspricht dem Kreditrisiko aus den verbrieften Forderungen.

Die Gesellschaften Bacchus 2008-1 Plc und Bacchus 2008-2 Plc sowie REPV-DS Finance 2008-1 GmbH werden im Wege der Vollkonsolidierung in den IFRS-Konzernabschluss einbezogen.

Die IKB Beteiligungen GmbH hat mit Vertrag vom 22./23. September 2008 die IVG Kavernen GmbH, Bonn, eine Tochtergesellschaft des Firmenkunden IVG Immobilien AG, Bonn, zu 100 % erworben. Die IKB hat damit die IVG bei der Strukturierung einer Verkaufstransaktion und der Reorganisation des Geschäftsfeldes Kavernen unterstützt. Der Vollzug des Kaufvertrags erfolgte am 28. November 2008. Die IKB hat einen Gewinn in Höhe von 186 Mio. € aus der Transaktion erzielt.

Weitere Veränderungen im Konzern

Die IKB Credit Asset Management GmbH (IKB CAM) ist durch Umwandlung und Austritt des Gesellschafters rückwirkend zum 1. April 2008 auf die IKB AG angewachsen.

Im Zuge des Weiteren Ausbaus der Geschäftsaktivitäten im Leasingbereich in Mittelosteuropa wurde am 1. Oktober 2008 zusätzlich zu der in Rumänien bereits bestehenden IKB Leasing SRL in Bukarest die IKB Leasing Finance IFN SA gegründet. Zweck der IKB Leasing Finance IFN SA ist es, in Rumänien in den Markt für Finanzierungsleasing einzutreten. Die Neugründung wurde erforderlich, da in Rumänien das Finanzierungsleasing der Genehmigungspflicht und der Kontrolle durch die Nationalbank unterliegt. Die neue Gesellschaft wird ab dem 1. Oktober 2008 konsolidiert.

Mit notariellem Kaufvertrag vom 23. Dezember 2008 erwarb die Movesta Lease and Finance GmbH mit taggleicher Wirkung sämtliche Anteile der AIVG Allgemeine Verwaltungsgesellschaft mbH von der IKB AG für 4,2 Mio. €.

Einlagensicherung

Der Prüfungsverband Deutscher Banken e.V. hat der IKB AG in seiner Eigenschaft als Dienstleister für den Einlagensicherungsfonds des privaten Bankgewerbes zur Aufrechterhaltung der Einlagensicherung satzungsgemäß Auflagen erteilt. Diese sehen über die Auflagen der EU-Kommission hinaus im Wesentlichen vor, dass die Kernkapitalquote nach HGB für den IKB-Konzern zu den Bilanzstichtagen bis zum 31. März 2011 (unter Einrechnung der Pflichtwandelanleihe) 8 % nicht unterschreiten darf. Des Weiteren erfolgt eine Begrenzung der geschützten Kundeneinlagen (siehe Nachtragsbericht). Die Auflagen bzw. deren Erfüllung haben keine Auswirkungen auf den Schutz bestehender Einlagen bei der IKB AG.

Auswirkungen der Finanzmarktkrise

Nach der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 hat sich die Finanzmarktkrise deutlich verschärft. Die Geld- und Kapitalmärkte stehen noch weniger als zuvor zur Verfügung. Die Volatilitäten bei vielen Produkten, insbesondere aber auch bei den Zinsen, haben historische Höchststände erreicht.

Die auf Marktindikatoren gestützten Modellbewertungen der Portfolioinvestments zeigen weiter fallende Fair Values. Die Stillhaltepositionen der IKB in langlaufenden strukturierten Zinsprodukten haben aufgrund der hohen Volatilitäten starke Marktwertverluste erlitten.

Die Auswirkungen der weltweiten Konjunkturkrise auf das Kreditgeschäft sind derzeit noch nicht voll abschätzbar. In einzelnen Branchen wie insbesondere Automotive sind bereits jetzt negative Entwicklungen eingetreten. Mittlerweile ist in vielen Branchen ein deutlicher Umsatz-/Produktionsrückgang zu beobachten, der sich in verschärfter Form 2009/10 fortsetzen könnte. Wir erwarten 2009/10 eine signifikante Erhöhung der Zahl der Insolvenzen und damit einen deutlichen Anstieg der Non-performing Loans und der Kreditausfälle.

Im Bondmarkt und im Sekundärmarkt für Kredite – soweit liquide – zeigen die lang anhaltende Finanzmarktkrise, der erfolgte Konjunkturunbruch sowie die weitere wirtschaftliche Entwicklung durch den Anstieg von Volatilitäten und Risikoaufschlägen für Adressenrisiken (Credit Spreads) bereits spürbare Auswirkungen in Form von Bewertungsverlusten. Hiervon waren und sind insbesondere auch die verbrieften Kreditrisiken betroffen.

Ferner kann die IKB derzeit nicht beurteilen, inwieweit wirtschaftliche Schwierigkeiten von dem Einlagensicherungsfonds angehörenden Instituten Zahlungen der übrigen dem Einlagensicherungsfonds angehörenden Institute auslösen werden.

Ordentliche Hauptversammlung am 28. August 2008

Die ordentliche Hauptversammlung der IKB AG für das Geschäftsjahr 2007/08 fand am 28. August 2008 in Düsseldorf statt. Die Hauptversammlung hat allen Vorschlägen der Verwaltung mit großer Mehrheit zugestimmt. Die einzelnen Abstimmungsergebnisse finden sich im Internet unter www.ikb.de. Unter anderem wurde eine Reduzierung der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder von derzeit 21 auf 15 Mitglieder beschlossen.

Außerordentliche Hauptversammlung am 25. März 2009

Auf Verlangen der Mehrheitsaktionärin LSF6 Europe Financial Holdings L.P. hat der Vorstand der IKB AG am 13. Februar 2009 die Aktionäre zu einer außerordentlichen Hauptversammlung am 25. März 2009 in Düsseldorf eingeladen.

Die Hauptversammlung hat allen Vorschlägen der Verwaltung und dem Antrag der LSF6 Europe Financial Holdings L.P. mit großer Mehrheit zugestimmt. Die einzelnen Abstimmungsergebnisse finden sich im Internet unter www.ikb.de.

Auf Beschlussantrag der LSF6 Europe Financial Holdings L.P. wurden die von der Hauptversammlung am 27. März 2008 gefassten Beschlüsse zur Durchführung einer Sonderprüfung zur Untersuchung möglicher Pflichtverletzungen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der IKB AG aufgehoben und die Bestellung des Sonderprüfers widerrufen. Nach Ansicht von LSF6 Europe Financial Holdings L.P. gibt es keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass Vorstand und Aufsichtsrat pflichtgemäß prüfen, ob ehemalige Organmitglieder Pflichtverletzungen begangen haben. Da eine angemessene gesellschaftsinterne Befassung mit derartigen Angelegenheiten unter Wahrung der Vertraulichkeit möglich sei, liege es nicht im Interesse der Gesellschaft, dass gesellschaftsinterne Sachverhalte im Rahmen einer Sonderprüfung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Personelle Veränderungen im Aufsichtsrat

Herr Jörg Asmussen hat am 27. Mai 2008 sein Aufsichtsratsmandat bei der IKB AG niedergelegt.

In der Hauptversammlung am 28. August 2008 wurden die Herren Dr. Jens Baganz, Detlef Leinberger, Roland Oetker, Dr. Martin Viessmann erneut und die Herren Dr. Christopher Pleister und Werner Möller neu in den Aufsichtsrat gewählt. Das Aufsichtsratsmandat von Herrn Dr. Michael Rogowski endete mit Ablauf der Hauptversammlung am 28. August 2008.

Mit Wirkung zum 6. Oktober 2008 hat Herr Detlef Leinberger sein Mandat als Aufsichtsratsmitglied niedergelegt.

Der Aufsichtsrat hat am 30. Oktober 2008 Herrn Bruno Scherrer, Head of European Investments, Senior Managing Director des US-Investors Lone Star, zu seinem Vorsitzenden gewählt. Zuvor hatte das Amtsgericht Düsseldorf auf Antrag des Vorstands der IKB AG nach § 104 AktG Bruno Scherrer zum Aufsichtsrat der IKB AG bestellt. Herr Werner Oerter hatte zuvor mit Ablauf der Sitzung des Aufsichtsrats am 30. Oktober 2008 den Vorsitz im Aufsichtsrat niedergelegt.

Der Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008, den Aufsichtsrat auf 15 Mitglieder zu verkleinern, wurde am 15. Dezember 2008 wirksam. Am 18. November 2008 hat Herr Werner Möller mit sofortiger Wirkung sein Mandat niedergelegt. In der Folgezeit haben die Herren Dieter Ammer, Dr. Jens Baganz, Roland Oetker und Jochen Schametat sowie Frau Rita Röbel jeweils mit Wirkung zum 30. November 2008 und Herr Randolph Rodenstock am 3. Dezember 2008 mit sofortiger Wirkung ihr Mandat niedergelegt.

Durch Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf wurde Herr Dr. Karsten von Köller mit Wirkung vom 16. Dezember 2008 zum Mitglied des Aufsichtsrats der IKB AG bestellt.

Die Herren Hermann Franzen, Werner Oerter, Dieter Pfundt und Dr. Alfred Tacke haben zum 31. Dezember 2008 ihr Aufsichtsratsmandat niedergelegt.

Herr Dr. Christoph Pleister hat sein Aufsichtsratsmandat mit Wirkung zum 1. Februar 2009 niedergelegt.

Durch Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf vom 20. Januar 2009 wurden die Herren Olivier Brahin, Dr. Lutz-Christian Funke, Dr. Claus Nolting und Dr. Andreas Tuczka mit Wirkung vom 22. Januar 2009 zu Mitgliedern des Aufsichtsrats der IKB AG bestellt. In der Hauptversammlung am 25. März 2009 wurden die zuvor vom Amtsgericht Düsseldorf bestellten Mitglieder neu in den Aufsichtsrat gewählt. Des Weiteren wurden in den Aufsichtsrat die Herren Arndt G. Kirchhoff, Geschäftsführender Gesellschafter der Kirchhoff Gruppe, Attendorn, und Stefan A. Baustert, President and CEO Singulus Technologies AG, Bad Homburg, gewählt. Herr Dr. Martin Viessmann hat sein Amt mit Ablauf der Hauptversammlung am 25. März 2009 niedergelegt.

Personelle Veränderungen im Vorstand

Zum 1. April 2008 wurde Herr Dr. Andreas Leimbach als Vorstand mit Zuständigkeit für das inländische Firmenkundengeschäft neu bestellt.

Der Aufsichtsrat der IKB AG hat in seiner Sitzung am 8. Oktober 2008 die Vorstandsmandate von Dr. Günther Bräunig bis zum 31. Oktober 2008 als Vorstandsvorsitzender und von Dr. Dieter Glüder bis zum 15. Oktober 2011 verlängert, nachdem bereits in der Sitzung des Aufsichtsrats am 11. Juli 2008 eine Verlängerung der Bestellungen bis zum 15. Oktober 2008 beschlossen worden war. Zum 31. Oktober 2008 ist der Vorstandsvorsitzende Herr Dr. Günther Bräunig planmäßig aus dem Vorstand ausgeschieden.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 30. Oktober 2008 Herrn Hans Jörg Schüttler mit Wirkung zum 1. November 2008 zum Vorsitzenden des Vorstands der IKB AG ernannt.

Zum 31. Januar 2009 hat Herr Dr. Andreas Leimbach, Mitglied des Vorstands, das Unternehmen auf eigenen Wunsch verlassen.

Der Aufsichtsrat der Bank hat in seiner Sitzung am 5. Februar 2009 Herrn Dr. Michael H. Wiedmann per 1. März 2009 zum Vorstand der IKB AG bestellt.

Börsennotierung der IKB-Aktie

Zum 22. Dezember 2008 wurden die IKB-Aktien aus dem SDAX genommen. Der Grund für diese Entscheidung der Deutsche Börse AG war der zu geringe Streubesitz des Grundkapitals der IKB AG. Auf Antrag der IKB AG sind die Aktien zudem mit Ablauf des 26. Februar 2009 aus dem Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse ausgeschieden und werden fortan im General Standard notiert.

Aktuelle Ratingsituation

Im Anschluss an die Unterzeichnung des Kaufvertrags zwischen der KfW und LSF6 Europe Financial Holdings L.P. am 21. August 2008 hat Moody's den Outlook auf „Review for possible downgrade“ gesetzt und Fitch Ratings eine Herabstufung des Long-Term Ratings der IKB AG auf BBB– bekannt gegeben.

Rating der IKB		Long-Term	Short-Term	Financial Strength Einzelrating	Outlook
Moody's	1.4.2008	Baa3	P-3	E	Negativ
	21.8.2008	Baa3	P-3	E	Review for possible downgrade
Fitch	21.12.2007	A+	F1	E	Stabil
	22.8.2008	BBB–	F3	D/E	Negativ

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Geschäftliche Entwicklung

Die nachfolgenden Ausführungen zur geschäftlichen Entwicklung beziehen sich, soweit nicht anders vermerkt, auf die Aktivitäten des IKB-Konzerns, da die Aktivitäten der IKB AG und der Tochtergesellschaften eng miteinander verbunden sind.

Das Neugeschäftsvolumen belief sich im Geschäftsjahr 2008/09 auf 5,9 Mrd. € (Vorjahr: 11,8 Mrd. €), mit dem Schwerpunkt auf Firmenkunden (3,5 Mrd. €) und Strukturierte Finanzierung (1,8 Mrd. €). Im Einzelnen sind dabei die folgenden geschäftlichen Entwicklungen von Bedeutung:

Die IKB hat im Geschäftsfeld **Firmenkunden**, das die inländische Unternehmensfinanzierung, die Private-Equity-Aktivitäten und das Mobilienleasing umfasst, im Berichtszeitraum 3,5 Mrd. € (Vorjahr: 4,6 Mrd. €) ausgezahlt. Davon entfielen 2,5 Mrd. € (Vorjahr: 3,6 Mrd. €) auf das inländische Kreditgeschäft. Die Neugeschäftsmarge im inländischen Kreditgeschäft blieb, gemessen an den durchschnittlichen Refinanzierungskosten der Bank, mit 1,03 % nahezu konstant (Vorjahr: 1,02 %). Der größte Teil des Neugeschäftes im inländischen Kreditgeschäft (65 %) entfiel auf Unternehmen mit Umsatzerlösen zwischen 25 Mio. € und 1 Mrd. €. Für Großkunden mit einem Jahresumsatz von mehr als 1 Mrd. € wurden 26 % der Neuauszahlungen geleistet. 9 % gingen an Firmen mit Jahresumsätzen unter 25 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2008/09 erreichte der Anteil langfristiger Kredite aus öffentlichen Förderprogrammen 60 % (Vorjahr: 47 %) des Neukreditvolumens.

Die IKB Leasing Gruppe, die national und international im Mobilienleasing tätig ist, hat mit einem Neugeschäftsvolumen von 1 Mrd. € das Vorjahresniveau gehalten. Gut zwei Drittel dieses Neugeschäfts entfallen auf Deutschland. Die IKB Leasing Gruppe ist inzwischen auf 14 Leasinggesellschaften in neun Ländern (Deutschland, Frankreich, Österreich, Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn) angewachsen.

Im Segment **Strukturierte Finanzierung**, d. h. in der Akquisitions- und Projektfinanzierung sowie der Exportfinanzierung, wurde im Geschäftsjahr 2008/09 das Neugeschäftsvolumen nochmals auf 1,8 Mrd. € (Vorjahr: 3,8 Mrd. €) reduziert. Bei diesem Rückgang spielten sowohl die IKB-spezifischen Liquiditäts- und Eigenkapitalrestriktionen als auch die Marktentwicklung eine entscheidende Rolle. Die Aktivitäten bei Unternehmensübernahmen in Europa kamen nahezu zum Erliegen, sodass fast keine Akquisitionsfinanzierungen neu zu vergeben waren. Im Projektfinanzierungsgeschäft hat sich die IKB aufgrund der langen Laufzeiten stark zurückgehalten. Es wurden vor allem Geschäfte mit Einsatz von Fördermitteln und mit Hermesdeckungen für bestehende Kundenbeziehungen getätigt. In den USA wurden Leveraged Loans durch Verkauf abgebaut.

Das Geschäftsfeld **Immobilienkunden**, das gemäß den EU-Auflagen vom Oktober 2008 das Neugeschäft im Berichtszeitraum eingestellt hat, weist im Geschäftsjahr 2008/09 noch ein Neugeschäftsvolumen von 0,6 Mrd. € (Vorjahr: 1,4 Mrd. €) auf, insbesondere aufgrund von Inanspruchnahmen von Kreditzusagen aus Vorjahren.

Die operativen Ergebnisse aller Marktgeschäftsfelder waren negativ, insbesondere durch die stark gestiegene Risikovorsorge.

Ertragslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung der IKB AG ist auch im Geschäftsjahr 2008/09 in starkem Maße durch die Krise der Bank und die allgemeine Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise beeinflusst. In der folgenden Tabelle werden die betragsmäßig großen Sonderfaktoren mit ihrer Auswirkung auf die verschiedenen GuV-Positionen dargestellt:

	Sonderfaktoren			Bereinigte GuV 2008/09	Unbereinigte GuV 2008/09	Unbereinigte GuV 2007/08
	Portfolioinvestments	Restrukturierung	Sonstige			
Zinsüberschuss (ohne lfd. Erträge aus Aktien, Beteiligungen etc.)			23	196	219	236
Provisionsüberschuss				87	87	90
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften				2	2	-4
Lfd. Erträge aus Aktien, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie Ergebnis aus Ergebnisabführungsverträgen		-22	186	-20	144	58
Personalaufwand				-145	-145	-155
Andere Verwaltungsaufwendungen		-57		-117	-174	-166
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	-800			-408	-1 208	-289
Abschreibungen und Zuschreibungen zu Wertpapieren der Liquiditätsreserve	-45		65	-4	16	-1 204
Abschreibungen und Verluste auf/Erträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens	-362		-22	-12	-396	-693
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	-109	-147			-256	-589
Sonstiges betriebliches Ergebnis		-95	-5	20	-80	-9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1 316	-321	247	-401	-1 791	-2 725
Außerordentliches Ergebnis	901	-51			850	943
Laufende Steuern				-7	-7	21
Latente Steuern			87		87	
Jahresfehlbetrag	-415	-372	334	-408	-861	-1 761
Verlustteilnahme Genussrechtskapital und Stille Einlagen					255	485
Auflösung Gewinnrücklagen					502	-
Verlustvortrag					-1 276	-
Bilanzverlust					-1 380	-1 276

Auf der Aufwandsseite stehen noch einmal Verluste aus Portfolioinvestments in Höhe von 415 Mio. € (Vorjahr: 1.416 Mio. €):

- Die Forderungen gegen die Havenrock-Gesellschaften in Höhe von 905 Mio. € wurden vollständig abgeschrieben.
- Durch die Abrechnung der Risikoabschirmung für die Havenrock-Gesellschaften ergaben sich außerordentliche Erträge von 905 Mio. € sowie per saldo Aufwendungen für Prämienzahlungen und aus Bewertungseffekten von insgesamt 4 Mio. €, sodass sich ein Nettoertrag in Höhe von 901 Mio. € errechnet.
- In der ersten Hälfte des Geschäftsjahres ist ein Portfolio mit Verlusten von 160 Mio. € an die KfW veräußert worden.
- Der im Junior Loan (First Loss Piece) an die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited enthaltene Equity Kicker wurde mit 47 Mio. € und der Junior Loan mit 19 Mio. € abgeschrieben.
- Vor Übertragung des Wertpapierportfolios auf die Zweckgesellschaft waren allerdings schon Bewertungsverluste von 201 Mio. € bei der IKB AG und 109 Mio. € bei der Tochtergesellschaft IKB S.A., Luxemburg, angefallen. Letztere haben sich in der Beteiligungsbewertung der IKB S.A. ausgewirkt.
- Die sonstigen Portfolioinvestments haben netto zu einem Ertrag von 124 Mio. € geführt.

Die Aufwendungen für Restrukturierung, insbesondere aufgrund der EU-Auflagen, betragen 372 Mio. €:

- Die zu veräußernde 50%ige indirekte Beteiligung an der Movesta Lease and Finance GmbH ist um 22 Mio. € abgeschrieben worden.
- Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind mit 57 Mio. € durch die immer noch anfallenden hohen externen Kosten zur Bewältigung der Krise und deutlich angestiegene Prämien für die Einlagensicherung für das laufende Jahr und Vorjahre belastet.
- Bei der IKB S.A. ergab sich über die Verluste aus der Veräußerung von Portfolioinvestments hinaus ein Abschreibungsbedarf von 54 Mio. €.
- Auf die gemäß EU-Auflagen abzuwickelnde IKB CC entfallen 93 Mio. € Beteiligungsabschreibung, zusammen mit der auf sonstige Sachverhalte entfallende Abschreibung auf die IKB S.A. also 147 Mio. €. Zusätzlich wurden im Sonstigen betrieblichen Ergebnis 95 Mio. € als Zuführung zu Rückstellungen für zu erwartende weitere Verlustausgleichszahlungen der IKB AG an die IKB CC erfasst.
- Die erforderliche Anpassung der Personalausstattung der IKB AG an das künftig geringere Geschäftsvolumen führt zu Sozialplan- und Restrukturierungskosten in Höhe von 34 Mio. € und Leerstandskosten für Gebäude in Höhe von 9 Mio. €. Zusätzlich waren außerplanmäßige Abschreibungen auf zwei bankbetrieblich genutzte Gebäude in Höhe von 8 Mio. € vorzunehmen. Insgesamt errechnet sich damit ein außerordentlicher Aufwand von 51 Mio. €.

Sonstige Sondereffekte sind in Höhe von +334 Mio. € angefallen:

- Die Tatsache, dass der IKB-Konzern aufgrund der Verlustsituation der IKB AG Zinszahlungen von 23 Mio. € auf bestimmte hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred shares) nicht leisten musste, schlägt sich positiv im Zinsüberschuss nieder.
- Im September 2008 wurde die IVG Kavernen GmbH, Bonn, zu 100 % von der IKB Beteiligungen GmbH erworben. Im Zuge der Verschmelzung der IVG Kavernen GmbH auf die IKB Beteiligungen GmbH entstand ein Gewinn in Höhe von 186 Mio. €, der sich über den Gewinnabführungsvertrag mit der IKB Beteiligungen GmbH in der Gewinn- und Verlustrechnung niedergeschlagen hat.
- In den Abschreibungen und Zuschreibungen zu Wertpapieren der Liquiditätsreserve von 65 Mio. € sind Erträge aus dem Rückkauf und der Einziehung eigener Schuldverschreibungen ausgewiesen, die deutlich unter dem Nominalwert erworben werden konnten.
- Aufgrund der Veräußerung von lang laufenden, hoch strukturierten Wertpapieren des Anlagevermögens entstand ein Verlust in Höhe von 22 Mio. €.
- Für die mögliche Inanspruchnahme aus einer Übernahmeverpflichtung von Grundsteuerbelastungen der Movesta Lease and Finance GmbH wurde eine Rückstellung in Höhe von 5 Mio. € dotiert.
- Erstmals hat die Bank aktive latente Steuern gebildet. Dabei wurde das Wahlrecht nach § 274 Abs. 2 HGB ausgeübt und für zukünftig erwartete Steuerentlastungen aus noch nicht steuerlich wirksamen Drohverlustrückstellungen in Höhe von 0,9 Mrd. € ein Betrag von 87 Mio. € aktiviert.

Die um diese Sonderfaktoren bereinigte Gewinn- und Verlustrechnung weist insbesondere aufgrund hoher Risikovorsorge und hoher Verwaltungsaufwendungen einen Verlust von 408 Mio. € aus:

Der bereinigte Zinsüberschuss (vor laufenden Erträgen aus Wertpapieren und Beteiligungen) ist im Berichtszeitraum um 40 Mio. € auf 196 Mio. € gesunken. Die Portfolioinvestments haben den Zinsüberschuss gegenüber dem Vorjahr durch ihren starken Abbau sowie Zinsausfälle um 42 Mio. € verringert und zu einem Nettozinsaufwand von 17 Mio. € geführt. Ein Portfolio von Non-performing Loans hatte im Vorjahr den Zinsüberschuss wegen ausgefallener Zinszahlungen noch deutlich belastet. Dieses Portfolio konnte weiter stark abgebaut werden, was den Zinsüberschuss um 13 Mio. € verbessert hat. Die positiven Auswirkungen der Eigenkapitalerhöhung vom 24. Oktober 2008 auf das Zinsergebnis wurden durch die erhöhten Refinanzierungsaufwendungen und den Zinsaufwand für die im Laufe des Geschäftsjahres emittierten Nachrangmittel überkompensiert.

Der Provisionsüberschuss sank aufgrund des stark reduzierten Neugeschäfts um 3 Mio. € auf 87 Mio. € (im vorherigen Geschäftsjahr 90 Mio. €).

Die laufenden Erträge aus Beteiligungen sind maßgeblich durch Verluste in Höhe von 43 Mio. € belastet, die die IKB Beteiligungen GmbH von der IKB Private Equity GmbH übernommen hat. Dem stehen Erträge von sonstigen Konzerntöchtern gegenüber, insbesondere der IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG und der IKB Finance B.V. (17 Mio. €).

Die Nettorisikovorsorge aus dem Kreditgeschäft hat sich von 289 Mio. € auf 408 Mio. € erhöht. Darin sind 362 Mio. € Nettozuführungen zu Einzelwertberichtigungen und Abschreibungen gegenüber 218 Mio. € im Vorjahr enthalten. Im Vorgriff auf die Folgen des wirtschaftlichen Einbruches auf unser Kreditportfolio wurde die im Vorjahr bereits mit zusätzlichen 71 Mio. € dotierte Pauschalwertberichtigung nochmals um 46 Mio. € erhöht.

Der Rückgang der Personalaufwendungen um 10 Mio. € auf 145 Mio. € ist im Wesentlichen durch einen geringeren Mitarbeiterbestand bedingt.

Im Sonstigen betrieblichen Ergebnis von 20 Mio. € sind vor allem Gewinne aus der vorzeitigen Liquidation von derivativen Geschäften in Höhe von 8 Mio. € und Erträge von 7 Mio. € aus der Auflösung von Rückstellungen für Zinsen auf Steuerverbindlichkeiten enthalten.

Im Geschäftsjahr 2008/09 wurden das Genussrechtskapital sowie Stille Einlagen der IKB in Höhe von 255 Mio. € an den Verlusten beteiligt, sodass sich ein Fehlbetrag nach Verlustbeteiligung in Höhe von 606 Mio. € errechnet. Ein Betrag von 502 Mio. € wurde aus den Gewinnrücklagen entnommen, sodass sich unter Berücksichtigung des Verlustvortrages von 1.276 Mio. € ein Bilanzverlust von 1.380 Mio. € für die IKB AG ergibt.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme am 31. März 2009 beträgt 45,2 Mrd. € (Vorjahr: 50,0 Mrd. €).

Das Bruttokreditvolumen (nach Wertberichtigungen) lag am 31. März 2009 mit 32,4 Mrd. € um 2,6 Mrd. € unter dem des Vorjahresstichtags (35,0 Mrd. €). Das Stichtagskreditvolumen umfasst mittel- und langfristige Kredite an Kreditinstitute, Kredite an Kunden, das verbriefte Kreditgeschäft in Form von Schuldverschreibungen sowie Bürgschaften. Hierbei werden die an die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited verkauften Portfolioinvestments weiterhin im Kreditvolumen berücksichtigt, da aufgrund der Bilanzierungsvorschriften kein Buchwertabgang erfolgte.

Die Forderungen an Kunden verringerten sich im Vergleich zum 31. März 2008 um 1,6 Mrd. € auf 24,5 Mrd. €. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die Ausbuchung der Havenrock-Forderungen und das verminderte Neugeschäftsvolumen der IKB zurückzuführen.

Die Forderungen an Kreditinstitute gingen um 2,0 Mrd. € auf 6,3 Mrd. € zurück, da die IKB die Anlagen am Interbankenmarkt im Verlauf der Krise deutlich reduzierte.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden mit 12,4 Mrd. € am Bilanzstichtag nahezu unverändert auf Vorjahresniveau (12,3 Mrd. €) ausgewiesen.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sanken von 991 Mio. € zum Ende des Geschäftsjahres 2007/08 auf 906 Mio. € zum Ende des Geschäftsjahres 2008/09. Hinter dieser Entwicklung stehen einerseits Zugänge von 325 Mio. € und andererseits Abgänge und Abschreibungen von insgesamt 410 Mio. €. Als wesentliche Veränderung ist hier zum einen der Beteiligungsbuchwert der IKB S.A. zu nennen, wo Kapitalerhöhungen von 264 Mio. € Abschreibungen von 163 Mio. € gegenüberstanden. Bei der IKB CC, New York, stand einer Kapitalzuführung von 60 Mio. € eine Abschreibung von 93 Mio. € gegenüber. Der Beteiligungsbuchwert der IKB Beteiligungen GmbH sank um 97 Mio. € durch Entnahme aus der Kapitalrücklage. Ferner ist die IKB Credit Asset Management GmbH rückwirkend zum 1. April 2008 auf die IKB AG angewachsen, was zu einem Abgang des Beteiligungsbuchwertes von 40 Mio. € führte.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände betragen 0,7 Mrd. € (Vorjahr: 1,7 Mrd. €). Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Abrechnung der Risikoabschirmung durch die KfW.

Auf der Passivseite der Bilanz verminderten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 2,9 Mrd. € auf 16,0 Mrd. €. In diesem Rückgang spiegelt sich die Liquiditätskrise deutlich wider. Dabei nahmen die Geldaufnahmen am Interbankenmarkt um 3,3 Mrd. € ab. Die langfristigen Verbindlichkeiten stiegen insbesondere durch Geldaufnahmen bei Förderinstituten um 0,4 Mrd. €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden blieben im Vergleich zum Vorjahr konstant auf einem Niveau von 6,9 Mrd. €.

Die Emission von Schuldverschreibungen war krisenbedingt nur sehr eingeschränkt möglich; entsprechend sank die Position der Verbrieften Verbindlichkeiten von 18,4 Mrd. € auf 14,3 Mrd. €. Einem Emissionsvolumen von 4,0 Mrd. € sowie Fremdwährungs- und Aufzinsungseffekten von 0,5 Mrd. € standen Tilgungen bzw. vorzeitige Rückkäufe in Höhe von 8,6 Mrd. € gegenüber. Bei den Neuemissionen handelt es sich um Platzierungen von 4 Mrd. € unter Garantie des SoFFin.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 Mrd. € auf 2,5 Mrd. €. Diese Veränderung geht nahezu ausschließlich auf Verbriefungstransaktionen zurück, bei denen die Mehrheit der Chancen und Risiken bei der IKB verblieben ist. Die an Zweckgesellschaften übertragenen Vermögensgegenstände werden deshalb weiterhin bei der IKB bilanziert. In Höhe der Kaufpreise für die Vermögensgegenstände wird eine korrespondierende Verbindlichkeit unter den Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die Rückstellungen reduzierten sich im Wesentlichen durch Inanspruchnahmen aufgrund der Realisierung von Verlusten durch Verkauf von Kreditderivaten um 0,2 Mrd. € auf 1,3 Mrd. €.

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten werden mit 1,8 Mrd. € nahezu unverändert auf Vorjahresniveau ausgewiesen. Das Genussrechtskapital reduzierte sich aufgrund der Verlustbeteiligung von 0,3 Mrd. € auf 0,2 Mrd. €. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken blieb mit einer Höhe von 0,2 Mrd. € konstant.

Das Eigenkapital stieg – trotz der Verluste des Geschäftsjahres – durch die Kapitalerhöhung im Oktober 2008 von 1,34 Mrd. € im Jahr 2007/08 auf 1,84 Mrd. €. Mit Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung erhöhte sich das gezeichnete Kapital der Gesellschaft von 0,25 Mrd. € um 1,25 Mrd. € auf 1,50 Mrd. €. Die Kapitalrücklage wird auf dem Vorjahresniveau in Höhe von 1,65 Mrd. € ausgewiesen. Die Anderen Gewinnrücklagen wurden aufgelöst und mit dem Jahresfehlbetrag verrechnet.

Gemäß der bei der Aufsicht zum Bilanzstichtag eingereichten Meldung belaufen sich die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel auf insgesamt 3,2 Mrd. € (Vorjahr: 2,5 Mrd. €). Die Berechnung der Eigenmittel mit den finalen Bilanzwerten ergibt einen Wert von 3,0 Mrd. €.

Aus Zinspositionen im Anlagebuch in Form von langfristigen Wertpapieren, aus Derivaten und aus nicht fristenkongruenter Refinanzierung des Kreditbuches sind in den vergangenen Geschäftsjahren durch Marktzensveränderungen und Veränderungen der Zinsvolatilitäten Stille Lasten entstanden, die zum Bilanzstichtag per saldo –785 Mio. € betragen. In den künftigen Geschäftsjahren werden sich daraus, zumindest zum erheblichen Teil, Belastungen des Zinsüberschusses oder Veräußerungsverluste ergeben.

Finanzlage

Die Liquiditätslage der IKB AG zum 31. März 2009 war angespannt. Geldaufnahme war – ausgenommen über staatsgarantierte Anleihen – am Geld- und Kapitalmarkt nahezu ausschließlich kurzfristig und in besicherter Form möglich. Zur weiteren Entwicklung verweisen wir auf die Ausführungen im Risikobericht.

Gesamtaussage

Insgesamt sind die Geschäftsentwicklung und die Lage im Geschäftsjahr 2008/09 sehr stark durch die Krise der Bank und die allgemeine Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sowie die EU-Auflagen geprägt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte eine Stabilisierung der IKB durch die von der KfW gezeichnete Kapitalerhöhung sowie den weitgehenden Abbau der Portfolioinvestments und die Garantien des SoFFin erreicht werden.

4. Risikobericht

Risikomanagement-Organisation

Die Abgrenzung der Aufgaben und Verantwortungsbereiche ist in einem Risikomanagement-Regelwerk dokumentiert, das unter Berücksichtigung gesetzlicher Anforderungen sowie spezifischer Organisationsanweisungen die Grundsätze des Risikomanagement-Systems der IKB festlegt. Im Hinblick auf die Neuausrichtung der Geschäftstätigkeit der IKB befinden sich sowohl die Geschäftsstrategie als auch die damit verbundenen Risikostrategien in Überarbeitung.

Aufsichtsrat. Der Vorstand erörtert mit dem Aufsichtsrat in seinen Sitzungen regelmäßig und detailliert die Risikolage, die Geschäfts- und Risikostrategien und das Risikomanagement der Bank.

Vorstand. Für das Risikomanagement der IKB ist der Vorstand verantwortlich. Ausgehend von der Geschäftsstrategie und der Risikotragfähigkeit, legt er die risikopolitischen Grundsätze fest, die zusammen mit der Limitstruktur in den Risikostrategien der IKB verankert sind. Bei seinen Festlegungen berücksichtigt der Vorstand auch die Qualität der Prozesse, insbesondere der Kontrollen, des Risikomanagements.

Die Ressortverantwortung für die Marktfolgefunktionen im Kreditgeschäft, insbesondere die einzelgeschäftsbezogene Risikoüberwachung, die Intensivbetreuung sowie die Problemkreditbearbeitung, für das portfoliobezogene Kreditrisikocontrolling, für das Marktpreisrisikocontrolling, für Verbriefungsengagements sowie für die Risikoüberwachung operationeller Risiken liegt beim Risikovorstand. Die Überwachung der Ergebnisteuerung und der Kapitalausstattung ist dem Finanzvorstand zugeordnet. Die wesentlichen Rechtsrisiken sowie das Compliancerisiko liegen im Verantwortungsbereich des Vorstandsvorsitzenden. Das Management der Risiken der geschäftsstrategischen Ausrichtung und der Reputationsrisiken obliegt dem Gesamtvorstand.

Risiko-Ausschüsse. Spezielle Ausschüsse zur Steuerung und Überwachung risikorelevanter Entscheidungen unterstützen den Vorstand bei der Risikosteuerung und der Entscheidungsfindung. Der bedeutendste davon ist der Risiko- und Kapital-Ausschuss, der die Planung des Risikoprofils und die Entwicklung der Kapitalausstattung, die laufende Überwachung der Kapitalauslastung sowie die Optimierung der Refinanzierung zur Aufgabe hat. Der Ausschuss setzt sich aus den Mitgliedern des Vorstandes sowie den Bereichsleitungen Volkswirtschaft, Kreditrisikomanagement und -controlling, Marktpreisrisikocontrolling, Financial Controlling und Treasury zusammen. Der Risikovorstand ist Vorsitzender und der Finanzvorstand stellvertretender Vorsitzender dieses Ausschusses.

Der Risiko- und Kapital-Ausschuss wird in einzelnen Sachverhalten durch Unterausschüsse unterstützt. Diese Ausschüsse setzen sich wiederum aus Mitgliedern des Vorstandes sowie Vertretern der operativen Geschäftsfelder und Vertretern der zuständigen Zentralbereiche zusammen.

Kreditrisiküberwachung. Mit Beginn des Geschäftsjahres 2008/09 wurden die Aufgabengebiete der einzelgeschäfts- sowie der portfoliobezogenen Kreditrisiküberwachung im Bereich Kreditrisikomanagement und -controlling zusammengeführt, um die Funktionen der Risikoanalyse und der Risikoberichterstattung auch unter Einbeziehung von Portfolioaspekten inhaltlich zu bündeln und unter eine einheitliche Leitung zu stellen. Zu den wesentlichen Aufgaben des Bereichs Kreditrisikomanagement und -controlling zählen neben der Entwicklung und Überwachung der konzernweiten Standards für das Kreditgeschäft vor allem die marktunabhängig durchzuführenden Aufgaben des Kreditgenehmigungsprozesses. Darüber hinaus obliegen dem Bereich die Mitwirkung bei der Kreditportfoliosteuerung sowie die Betreuung und Weiterentwicklung der eingesetzten Ratingsysteme.

Die Betreuung von erhöht risikobehafteten Engagements sowie Sanierungs- und Abwicklungsfällen erfolgt in gesonderten Betreuungseinheiten innerhalb des Bereichs Kreditrisikomanagement und -controlling. Ebenfalls in gesonderten Einheiten liegen die zeitnahe und kontinuierliche Überwachung, Analyse und Berichterstattung der Kreditrisiken auf Portfolioebene sowie die Validierung der für die Risikoquantifizierung und die Bonitätsbeurteilung eingesetzten Modelle.

Überwachung von Risiken aus Verbriefungen und Strukturierten Kreditprodukten. Die marktunabhängige Überwachung der Engagements der IKB AG in sämtlichen Verbriefungen, Portfolioinvestments und sonstigen strukturierten Kreditprodukten erfolgt zentral und einheitlich durch den zum 1. Dezember 2008 neu gegründeten Marktfolgebereich „Management Verbriefungsstrukturen“. Der Bereich wurde zur umfangreichen Betreuung dieser komplexen Produkte in der Marktfolge als Verbriefungsrisikomanagement unter dem Risikovorstand etabliert. Zu den wesentlichen Aufgaben des Bereichs zählen unter anderem die marktunabhängige Durchführung des Kreditgenehmigungsprozesses für Engagements in strukturierten Kreditprodukten sowie des Impairmentprozesses für die verbliebenen eigenen Portfolioinvestments, für die Erstverlustposition aus den an Rio Debt Holdings (Ireland) Limited veräußerten Portfolioinvestments sowie für alle sonstigen eigenen Verbriefungspositionen der IKB AG. Darüber hinaus obliegt dem Bereich neben der Erfüllung der umfangreichen vertraglichen Verpflichtungen der IKB im Zusammenhang mit dem Conduit Rhineland Funding („Rhineland Funding“)¹ sowie den Zweckgesellschaften Havenrock Limited und Havenrock II Limited² die Administration der Assets der Rio Debt Holdings (Ireland) Limited. Der Bereich ist zudem für die Berichterstattung über diese Geschäfte im Rahmen des Gesamtrisikomanagements der IKB verantwortlich.

¹ Hierbei handelt es sich um die Rhineland Funding Capital Corporation LLC, Delaware („RFCC“) sowie diverse Ankaufsgesellschaften mit Sitz in Jersey und Delaware. Diese rechtlich selbstständigen Zweckgesellschaften investierten in gleichartige verbriefte Finanzinstrumente sowohl hinsichtlich der unterliegenden Kreditportfolien als auch der Ratings. Für RFCC und die Ankaufsgesellschaften agiert die IKB u. a. als Berater.

² Diese zwei rechtlich selbstständigen Zweckgesellschaften sicherten 25 % des Liquiditätsrisikos für zwei Liquiditätsgeber an Rhineland Funding und deren gesamtes Kreditrisiko ab, das sich bei einer Inanspruchnahme der Liquiditätslinien ergibt. Für die Havenrock-Gesellschaften agiert die IKB als Administrator.

Marktpreisrisiko- und Liquiditätsüberwachung. Dem Bereich Marktpreisrisikocontrolling und Operations obliegen die tägliche Berechnung und Analyse der Marktpreisrisiken im Anlage- und Handelsbuch, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand vorgegebenen Limite für Marktpreis- und Liquiditätsrisiken und die Berichterstattung über die Marktpreisrisikopositionen. Darüber hinaus erfolgen die Überprüfung und die Weiterentwicklung der zur Bewertung von Finanzinstrumenten eingesetzten Modelle und Verfahren sowie die laufende Überwachung und Berichterstattung in Bezug auf das Liquiditätsrisiko durch den Bereich Marktpreisrisikocontrolling und Operations.

Überwachung der Ergebnisentwicklung und Kapitalausstattung. Der Bereich Financial Controlling erstellt im Rahmen des Ergebniscontrollings monatlich Bestandsergebnis- und Neugeschäftsrechnungen, in denen Abweichungen der Ertrags- und Vermögenslage von den Planwerten identifiziert und analysiert werden. Dies stellt die kontinuierliche Überwachung und Berichterstattung des Geschäftsrisikos sicher.

Zusätzlich obliegen dem Bereich Financial Controlling das Kapitalcontrolling und die integrierte Kapitalplanung und -überwachung innerhalb der IKB unter Berücksichtigung regulatorischer und ökonomischer Aspekte.

Operational Risk Management. Die konzernweite Überwachung des operationellen Risikos obliegt dem Operational Risk Management. Hierzu gehören neben der Identifikation, Analyse und Berichterstattung auch die Entwicklung und Festlegung der Methoden zur Messung des operationellen Risikos im IKB-Konzern. Unterstützt wird das zentrale Operational Risk Management von dezentralen Operational-Risk-Verantwortlichen in den Geschäftsfeldern, Tochtergesellschaften und Zentralbereichen.

Die Compliance-Funktionen wurden in den Bereich Recht integriert. Die Koordination dieser Funktionen erfolgt durch den neu ernannten Chief Compliance Officer, der diese Funktionen neben den Aufgaben als Leiter Vorstandsstab und Corporate-Governance-Beauftragter ausübt.

Interne Revision. Der Bereich Konzernrevision ist als prozessunabhängiger Teil des Risikomanagement-Systems und der internen Kontrollverfahren nach Maßgabe der MaRisk organisiert. Die Konzernrevision arbeitet im Auftrag des Gesamtvorstands weisungsfrei als prozessunabhängige Instanz und berichtet unmittelbar an den Vorstandsvorsitzenden. Auf Basis prozessorientierter Prüfungen werden konzernweit grundsätzlich sämtliche Aktivitäten und Prozesse untersucht. Dabei erfolgt die Schwerpunktsetzung auf die besonders risikosensitiven Prozessabläufe und quantitativen Methoden sowie die EDV-technischen Abläufe des Kredit- und Handelsgeschäftes. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf den einzelfallbezogenen Kreditprüfungen. Darüber hinaus führt die Konzernrevision im Auftrag des Vorstandes anlassbezogen Sonderprüfungen durch. Über die Prüfungsergebnisse wird der Vorstand laufend unterrichtet. In ihrem Jahresbericht informiert die Konzernrevision den Vorstand in zusammenfassender Form über die wesentlichen und schwerwiegenden Prüfungsfeststellungen und deren Abarbeitungsstände. Der für die Konzernrevision zuständige Vorstand unterrichtet wiederum den Aufsichtsrat mindestens einmal jährlich über die aktuellen Entwicklungen und Ergebnisse.

Regulatorische Kapitalausstattung und Risikotragfähigkeit

Regulatorische Kapitalausstattung. Die Bank ermittelt die regulatorische Kapitalausstattung für das Kreditrisiko nach dem Kreditrisikostandardansatz, für das operationelle Risiko nach dem Basisindikatoransatz und für das Marktpreisrisiko nach Standardmethoden (Zinsrisiken: Jahresbandmethode, Optionsrisiken: Delta-Plus-Methode).

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die aufsichtsrechtlichen Risikopositionen, Eigenkapitalausstattung und -quoten:

Auf Institutsgruppenebene (§ 10a KWG)

Regulatorische Kapitalsituation	zum 31.3.2009 in Mio. €	zum 31.3.2008 in Mio. €	zum 31.3.2007 in Mio. €
Risikoaktiva	24 718	30 269	32 747
Marktrisikoäquivalent	613	795	750
Operationelles Risiko	1 324	1 330	0
Risikoposition	26 655	32 394	33 497
Kernkapital (TIER I)	2 276	1 941	2 435
Ergänzungskapital (TIER II)	1 245	1 191	1 726
Dritttrangmittel	35	45	9
Abzugsposition ¹⁾	-236	-18	-88
Eigenmittel	3 320	3 159	4 082
Kernkapitalquote in %	8,1	6,0	7,1
Gesamtkennziffer in %	12,5	9,8	12,2

¹⁾ In den Abzugspositionen per 31. März 2009 befanden sich überwiegend Verbriefungspositionen, die nach der SolvV bei den Risikoaktiva mit einem Risikogewicht von 1.250 % berücksichtigt werden, sowie Beteiligungen gemäß § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 KWG.

Auf Einzelinstitutsebene (§ 10 KWG)

Regulatorische Kapitalsituation	zum 31.3.2009 in Mio. €	zum 31.3.2008 in Mio. €	zum 31.3.2007 in Mio. €
Risikoaktiva	21 656	27 243	31 138
Marktrisikoäquivalent	355	94	433
Operationelles Risiko	956	976	0
Risikoposition	22 968	28 313	31 571
Kernkapital (TIER I)	2 021	1 510	1 869
Ergänzungskapital (TIER II)	1 152	1 003	1 458
Dritttrangmittel	20	5	25
Abzugsposition ¹⁾	-209	0	-68
Eigenmittel	2 984	2 518	3 284
Kernkapitalquote in %	8,3	5,3	5,8
Gesamtkennziffer in %	13,0	8,9	10,4

¹⁾ In den Abzugspositionen per 31. März 2009 befanden sich ausschließlich Verbriefungspositionen, die nach der SolvV bei den Risikoaktiva mit einem Risikogewicht von 1.250 % berücksichtigt werden.

Mit 8,3 % auf Einzelinstitutsebene und 8,1 % auf Gruppenebene liegt die Kernkapitalquote über der regulatorischen Mindest-Kernkapitalquote von 4,0 %. Die Gesamtkennziffer liegt mit 13,0 % auf Einzelinstitutsebene und 12,5 % auf Gruppenebene ebenfalls über der regulatorischen Mindest-Gesamtkennziffer von 8,0 %.

Aufgrund der Kapitalerhöhung in Höhe von 1,25 Mrd. €, die am 24. Oktober 2008 im Handelsregister eingetragen wurde und seit diesem Zeitpunkt beim Kernkapital berücksichtigt wird, haben sich die Kernkapitalquote und die Gesamtkennziffer signifikant erhöht. Der Vorstand geht davon aus, dass sowohl die gesetzlichen Mindestanforderungen als auch die vom SoFFin und dem Prüfungsverband deutscher Banken e.V. auferlegten Mindestanforderungen (u. a. Kernkapitalquote von 8 %) in Zukunft eingehalten werden können.

Der Rückgang der Risikoaktiva zum 31. März 2009 resultiert zum einen aus dem Verkauf von Portfolioinvestments und zum anderen aus den planmäßigen Tilgungsabläufen bei gleichzeitig limitiertem Neugeschäft.

Risikotragfähigkeit. Basis der Risikosteuerung sind die Risikotragfähigkeit und der Einsatz der Kapitalressourcen mit dem Ziel einer adäquaten Risiko-Rendite-Relation auf Konzernebene. Zur Überwachung der Risikotragfähigkeit wird neben der Überwachung der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalausstattung bzw. angestrebter Kennziffern für die regulatorische Kapitalausstattung auch die verfügbare Risikodeckungsmasse dem nach betriebswirtschaftlichen Methoden gemessenen Gesamtbankrisiko (ökonomischer Kapitalbedarf) sowohl aus Eigenkapitalgebersicht (Going-Concern-Sicht) als auch aus Fremdkapitalgebersicht (Liquidationssicht) gegenübergestellt. Hierbei wurden im Vergleich zum Vorjahr methodische Weiterentwicklungen sowohl bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse als auch bei der Risikoquantifizierung vorgenommen.

Aus Eigenkapitalgebersicht dienen als Risikodeckungsmasse lediglich Kapitalbestandteile, die über eine von der Bank in Abhängigkeit der Risikoaktiva festgelegte Benchmark (Benchmarkkapital) hinausgehen. Hybride Kapitalbestandteile wie Genussrechte und Stille Einlagen werden in Abhängigkeit der jeweiligen Deckungsfähigkeit nur anteilig einbezogen. Hinzu kommt das für die nächsten zwölf Monate erwartete operative Ergebnis vor Ertragssteuern. Zinsinduzierte Stille Lasten aus geschlossenen Positionen werden von der Risikodeckungsmasse abgezogen; alle übrigen zins- und volatilitätsinduzierten Stillen Lasten, die sich nach Einschätzung der Bank in den kommenden fünf Jahren realisieren können, werden ebenfalls von der Risikodeckungsmasse abgezogen. Der 5-Jahres-Horizont wird hier in Übereinstimmung mit dem mittelfristigen Ergebnisplanungshorizont der Bank gewählt. Spread-induzierte Stille Lasten für Wertpapiere des Anlagevermögens bleiben aufgrund der langfristigen Halteabsicht weitgehend unberücksichtigt. Soweit Stille Lasten im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Auflagen auf zu veräußernde Wertpapiere entfallen, werden diese Stillen Lasten von der Risikodeckungsmasse abgezogen.

Aus der Sicht eines nicht nachrangigen Fremdkapitalgebers (Liquidationssicht) stehen als Risikodeckungsmasse das erwartete operative Ergebnis vor Ertragssteuern, sämtliche Kapitalkomponenten, inklusive Stiller Einlagen, Genussscheine und Nachrangverbindlichkeiten, zur Verfügung. Allerdings werden hier nahezu alle zins-, volatilitäts- und Credit-Spread-induzierten Stillen Lasten in den Wertpapierbeständen die Risikodeckungsmasse mindernd berücksichtigt. Lediglich Credit-Spread-induzierte Stille Lasten aus kreditbuchähnlichen Strukturen wie z. B. Schuldscheindarlehen bleiben unberücksichtigt.

Komponenten der Risikodeckungsmasse¹⁾

Eigenkapitalgebersicht in Mio. €		Fremdkapitalgebersicht in Mio. €	
Grundkapital, Rücklagen ²⁾	3 386	Grundkapital, Rücklagen ²⁾	3 386
+/- Bilanzgewinn/-verlustvortrag	-1 380	+/- Bilanzgewinn/-verlustvortrag	-1 380
+ § 340g-Sonderposten	190	+ § 340g-Sonderposten	190
+/- operatives Planergebnis	-185	+/- operatives Planergebnis	-185
- Stille Lasten ³⁾	-377	- Stille Lasten ⁴⁾	-1 188
= „Kernkapital“	1 634	= „Kernkapital“	823
+ anteilige Genussrechte und Stille Einlagen	386	+ Genussrechte und Stille Einlagen	621
		+ Nachrangkapital	535
- Benchmarkkapital	-1 333		
= Risikodeckungsmasse	687	= Risikodeckungsmasse	1 979

¹⁾ Erkenntnisse und Marktentwicklung bis 19. Juni 2009 berücksichtigt

²⁾ Einschließlich 225 Mio. € ehemaliger Nachrangmittel, die zwischenzeitlich in Kernkapital gewandelt wurden

³⁾ Sämtliche zinsinduzierte Stille Lasten aus geschlossenen Positionen sowie zins- und volatilitätsinduzierte Stille Lasten, die in den nächsten 5 Jahren annahmegemäß GuV-wirksam ablaufen. Credit-Spread-induzierte Stille Lasten nur soweit Realisierung in den nächsten 5 Jahren zu erwarten ist. Keine Stille Lasten aus der Kredit-Refinanzierung

⁴⁾ Berücksichtigung sämtlicher Stiller Lasten (zins-, volatilitäts- und Credit-Spread-induziert) mit Ausnahme der Stillen Lasten in der Kredit-Refinanzierung

Der ökonomische Kapitalbedarf auf Konzernebene zur Abdeckung des „unerwarteten“ Adressenausfallrisikos, Marktpreisrisikos sowie allgemeinen Geschäftsrisikos und operationellen Risikos wird mittels bankeigener Modelle bestimmt. Für Liquiditäts-, Reputations- und Beteiligungsrisiken wird kein ökonomisches Kapital berechnet; sie unterliegen jedoch ebenfalls einer laufenden Überwachung.

Zur Berechnung des „unerwarteten“ **Adressenausfallrisikos** – dem „erwarteten“ Adressenausfallrisiko wird im Rahmen der Risikovorsorgeplanung Rechnung getragen – setzt die Bank ein eigenentwickeltes Kreditportfoliomodell ein (vgl. hierzu auch „Quantifizierung des Kreditrisikos“). Gegenüber der bisherigen Vorgehensweise (alte Methodik), die nach Eintritt der Krise ausschließlich auf gestressten Parametern (insbesondere höheren Ausfallwahrscheinlichkeiten, Verlusterwartungen und Korrelationsannahmen) beruhte, werden seit Mitte 2008 im Adressenausfallrisiko statistische Parameter benutzt, die erforderlichenfalls zur Berücksichtigung von zu erwartenden Veränderungen (z. B. konjunkturelle Einflussgrößen) durch entsprechende Zu- oder Abschläge risikoadäquat angepasst werden. Vor dem Hintergrund der aktuellen konjunkturellen Situation hat die Bank auf der Grundlage volkswirtschaftlicher Anaysen z. B. die statistisch ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeiten nahezu verdoppelt.

Das **Marktpreisrisiko** wird als integrierter Value at Risk (VaR) mit einer Haltedauer von einem Jahr (alte Methodik: 10 Tage zuzüglich eines separaten Fair-Value-Performance-Limits in Form eines Abschlags bei der Risikodeckungsmasse für Managementinterventionen) für das gesamte Portfolio der Bank unter Berücksichtigung aller relevanten Risikofaktoren (Zinsen, Wechselkurse, Credit Spread, Volatilitäten) ermittelt.

Der Value at Risk (VaR) im Marktpreisrisiko wird über „Historische Simulation“ ermittelt. Die IKB betrachtet die Marktentwicklung zwischen der Lehman-Insolvenz im September 2008 und dem Ende des Kalenderjahres 2008 als außergewöhnliches Stressszenario. Da die IKB davon ausgeht, dass es nicht zu einem weiteren Bankenzusammenbruch ähnlichen Ausmaßes und damit zu vergleichbaren Marktentwicklungen kommen wird, ermittelt die IKB für die Risikotragfähigkeit den VaR des Marktpreisrisikos unter Ausschluss des oben genannten Zeitraums auf Basis von 430 Geschäftstagen.

Der Möglichkeit von Steuerungseingriffen und Managementintervention wird nunmehr durch einen Abschlag in Höhe von 20 % auf den ermittelten Value at Risk Rechnung getragen. Grundsätzlich werden Credit-Spread-Risiken aus Krediten sowie Corporate-Schuldscheindarlehen im Anlagevermögen aufgrund ihrer Kreditähnlichkeit und der langen Halteabsicht der Bank in der Marktrisikoberechnung für die Risikotragfähigkeit ausgeschlossen.

Während in der Eigenkapitalgebersicht darüber hinaus auch Credit-Spread-Risiken von Wertpapieren im Anlagevermögen nicht berücksichtigt werden, da die Bank diese Positionen grundsätzlich über den Horizont von einem Jahr zu halten beabsichtigt, werden diese in der Fremdkapitalgebersicht voll berücksichtigt.

Das **operationelle Risiko** wurde per 31. März 2008 noch auf Basis eines vereinfachten Basindikatoransatzes in Verbindung mit einem zusätzlichen „Stressfaktor“ (+200 %) ermittelt. Nach der neuen Methodik erfolgt auch hierfür die Quantifizierung (VaR) mittels einer Monte-Carlo-Simulation auf Basis einer Verlustverteilung.

Bei der Ermittlung des **Geschäftsrisikos** wurden keine Veränderungen vorgenommen. Sie basiert auf der historischen Beobachtung der vierteljährlichen Abweichungen zwischen den geplanten und den tatsächlich erzielten Zins- und Provisionserträgen sowie der beobachteten Abweichungen bei den Verwaltungsaufwendungen.

Nachfolgend werden für die Eigenkapitalgebersicht und die Sicht eines nicht nachrangigen Fremdkapitalgebers die für einen Risikohorizont von einem Jahr quantifizierten Risiken der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse gegenübergestellt.

Eigenkapitalgeber-Sicht

Ökonomischer Kapitalbedarf bei einem Konfidenzniveau von 90 %

	31.3.2009		31.3.2008	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Adressenausfallrisiko	321	60	177	36
Marktpreisrisiko ¹⁾	115	22	227	46
Operationelles Risiko	30	6	29	6
Geschäftsrisiko	67	12	62	12
Summe	533	100	495	100
abzgl. Diversifikationseffekte	-121		-138	
Gesamtrisikoposition	412		357	
Risikodeckungsmasse	687		1 058	

¹⁾ Erkenntnisse, Marktentwicklungen und Geschäftsumsätze vom 1. April bis 19. Juni 2009 sind in der Darstellung berücksichtigt; Marktrisiko ohne Berücksichtigung der extremen Marktentwicklung von Mitte September 2008 bis Ende 2008 und Credit-Spread-Risiken der Wertpapiere im Anlagevermögen.

Bei Einbeziehung der Marktentwicklung im Zeitraum zwischen der Lehman-Insolvenz im September 2008 und dem Ende des Kalenderjahres 2008 erhöht sich das Marktpreisrisiko von 115 Mio. € auf 145 Mio. €. Bei zusätzlicher Einbeziehung der Credit-Spread-Risiken der Wertpapiere im Anlagevermögen würden sich die vorgenannten Werte auf 133 Mio. € bzw. 223 Mio. € erhöhen.

Der Anstieg des Gesamtrisikos um 55 Mio. € geht vor allem auf das Adressenausfallrisiko zurück, das sich aufgrund nahezu verdoppelter Ausfallwahrscheinlichkeiten von 177 Mio. € auf 321 Mio. € erhöht hat.

Dies konnte nur teilweise durch den Rückgang des Marktpreisrisikos kompensiert werden. Der Rückgang des Marktpreisrisikos resultiert aus der Reduktion des Zinsänderungsrisikos durch Abschluss von Hedge Swaps sowie der Veräußerung einer strukturierten Wertpapierposition, die bisher signifikant zum Volatilitätsrisiko der Bank beigetragen hat.

Die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse hat sich im Wesentlichen durch den im Geschäftsjahr 2008/09 entstandenen Verlust gleichzeitig deutlich reduziert.

Fremdkapitalgeber-Sicht

Die nachstehende Tabelle zeigt den ökonomischen Kapitalbedarf aus Sicht eines nicht nachrangigen Fremdkapitalgebers. Per 31. März 2008 hat die Bank hierbei noch ein Konfidenzniveau von 99,96 % zugrunde gelegt (alte Methodik 2008). Die Wahl dieses Konfidenzniveaus resultierte aus dem seinerzeitigen Zielrating der Bank von „A“ (Single-A). Das Rating der Bank hat sich nach Eintritt der Finanzkrise jedoch auf „BBB-“ verschlechtert.

Da die Bank wegen der Ungewissheit über die Tiefe, die Dauer und die Auswirkungen der aktuellen Finanzmarktkrise in den nächsten Jahren davon ausgeht, keine externe Ratingeinstufung von „A“ erreichen zu können, erfolgt die Risikoquantifizierung auf einem dem aktuellen Rating von „BBB“ adäquaten Konfidenzniveau von 99,76 %.

Fremdkapitalgebersicht – Ökonomischer Kapitalbedarf

	31.3.2009		31.3.2008			
	neue Methodik		neue Methodik		alte Methodik ¹⁾	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Adressenausfallrisiko	1 141	58	726	48	1 206	67
Marktpreisrisiko ²⁾	609	31	559	37	169 ³⁾	9
Operationelles Risiko	84	4	84	6	277	15
Geschäftsrisiko	129	7	136	9	156	9
Summe	1 964	100	1 505	100	1 808	100
abzgl. Diversifikationseffekte	-243		-202		Vollständige Interkorrelation unterstellt	
Gesamtrisikoposition	1 720		1 303		1 808	
Risikodeckungsmasse	1 979		3 837			

¹⁾ 99,96 % mit gestressten Parametern

²⁾ Erkenntnisse, Marktentwicklungen und Geschäftsumsätze vom 1. April bis 19. Juni 2009 sind in der Darstellung berücksichtigt.

³⁾ 10-Tages-VaR ohne Credit-Spread-Risiken

Bei Verwendung der vollen Markthistorie (Stressszenario) würde sich das Marktpreisrisiko von 609 Mio. € auf 1.053 Mio. € erhöhen.

Der Anstieg des Adressenausfallrisikos zum 31. März 2009 gegenüber dem 31. März 2008 (neue Methodik) resultiert aus den mit Blick auf die aktuelle Rezession nahezu verdoppelten Ausfallwahrscheinlichkeiten. Damit bewegt sich das Adressenausfallrisiko nunmehr auf dem Niveau des bisher als „Stressfall“ angesehenen Szenarios.

Der Anstieg des Marktpreisrisikos im Vergleich zum Vorjahr beruht auf der nunmehr vollständigen Berücksichtigung von Credit-Spread-Risiken und der Einführung der Historischen Simulation zur Risikomessung über das gesamte Portfolio.

Die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse hat sich im Wesentlichen durch den im Geschäftsjahr 2008/09 entstandenen Verlust und den Anstieg von Credit-Spread-induzierten Stillen Lasten deutlich verringert.

Vor diesem Hintergrund hat die Bank verschiedene Prognoserechnungen für die kommenden drei Geschäftsjahre erstellt. Basis für diese Prognoserechnungen sind neben dem Business-Plan der Bank auch verschiedene Stress-Szenarien. Als Ergebnis ist hieraus festzuhalten, dass bei Eintritt des Businessplans die Risikotragfähigkeit auch für die nächsten drei Geschäftsjahre uneingeschränkt gegeben ist. Die Analyse der Stress-Szenarien zeigt, dass auch bei einem unter dem Businessplan liegenden Geschäftsverlauf die Risikotragfähigkeit aufgrund der damit zusätzlich geschmälernten Risikodeckungsmasse unverändert gegeben ist. Allerdings ist darüber hinaus kein Puffer für weitere Risiken vorhanden. Im Falle einer deutlichen Ausdehnung der aktuellen Rezession auch über das Jahr 2010 hinaus und einer nochmaligen gravierenden Belastung des Kapitalmarktes, wie er nach dem Zusammenbruch des Bankhauses Lehman Brothers beobachtet werden musste, wäre die Risikotragfähigkeit nicht mehr gegeben.

Adressenausfallrisiken

Die IKB unterscheidet beim Adressenausfallrisiko das Kreditrisiko und das Kontrahentenrisiko. Ein Kreditrisiko liegt vor, wenn durch den Ausfall eines Vertragspartners die vertragskonforme Rückzahlung eines Kredites nicht oder nicht vollständig erfolgt. Das Kontrahentenrisiko umfasst bei der IKB neben dem Wiedereindeckungsrisiko im Zusammenhang mit Zins- und Fremdwährungsderivaten, das sich bei Ausfall des Vertragspartners ergeben kann, auch das Emittentenrisiko und das Erfüllungsrisiko. Das Emittentenrisiko spiegelt den potenziellen Verlust beim Ausfall des Emittenten eines von der IKB gehaltenen Wertpapiers wider, während das Erfüllungsrisiko das Risiko eines Nichtleistens des Kontrahenten nach Vorleistung der IKB im Rahmen des Settlementprozesses darstellt. Aufgrund der besonderen Bedeutung des Kreditgeschäftes als Kerngeschäft der Bank steht das Kreditrisiko im Mittelpunkt der Betrachtung.

Ausgangspunkt für den Risikomanagementprozess im Kreditgeschäft ist der Planungsprozess. Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeit sowie Wachstums- und Ergebniszielen wird das Risiko explizit in die Planung einbezogen. Die abgeleiteten Zielgrößen umfassen somit nicht nur Neugeschäftsvolumen, Zins- und Provisionserträge sowie Sach- und Personalkosten, sondern auch den Risikovorsorgebedarf.

Kreditrisikostrategie. Die Kreditrisikostrategie setzt den Rahmen für die Ausrichtung des Kreditgeschäftes der IKB. Im laufenden Geschäftsjahr wurde die Kreditrisikostrategie im Hinblick auf die durch die EU beschlossenen Ausgleichsmaßnahmen und die veränderte konjunkturelle Lage überarbeitet. Unter Berücksichtigung der EU-Entscheidung wurde das Neugeschäft deutlich begrenzt. So ist beispielsweise Neugeschäft in der Immobilienfinanzierung und im US-amerikanischen Markt nur noch im von der EU zugelassenen Rahmen zulässig. Portfolioinvestments sind mit Ausnahme der Restrukturierung des bestehenden Portfolios vom Neugeschäft ausgeschlossen.

Um der Begrenzung von Konzentrations- und Klumpenrisiken Rechnung zu tragen, ist die Diversifikation bei den unterschiedlichen Zielgruppen und Produkten von besonderer Bedeutung.

Die in der Kreditrisikostrategie enthaltenen Vorgaben werden durch die „Leitlinien zum Management von Einzelkreditrisiken“ operationalisiert.

Kreditgenehmigungsprozess und Einzelengagementüberwachung. Wesentliche Aufgaben im Rahmen des Kreditgenehmigungsprozesses (marktunabhängige Kreditanalyse, Votum, Intensivbetreuung, Problemkreditbearbeitung) werden durch den Bereich Kreditrisikomanagement und -controlling durchgeführt und damit – wie aufsichtsrechtlich gefordert – von den Marktfunktionen (Akquisition und Geschäftsinisierung) getrennt.

Nach Votierung durch die Marktbereiche werden alle Kreditentscheidungen – mit Ausnahme von Bagatellentscheidungen bei bereits bestehenden Kreditengagements – im Rahmen der Kompetenzregelung in Abhängigkeit von der Größenordnung des bestehenden Konzern-Kreditengagements, der Bonität des Kreditnehmers, der Besicherung, der Laufzeit und nicht zuletzt der bestehenden und geplanten Portfoliostruktur entweder zentral durch Kompetenzträger innerhalb des Bereichs Kreditrisikomanagement und -controlling oder durch den Vorstand getroffen. Dabei ist das Vier-Augen-Prinzip stets gewahrt.

Auch die Kreditumsetzung und die Vertragsabwicklung finden durch die vom Markt unabhängig agierenden Mitarbeiter des Bereiches Vertragsrecht statt.

Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Kreditanalyse, die alle für die Entscheidung relevanten Informationen aufzeigt, bewertet und in einer Entscheidungsvorlage nachvollziehbar dokumentiert. In diesem Zusammenhang wird zur Portfoliosteuerung im Entscheidungsprozess sowohl auf Einzelgeschäfts- als auch Engagementebene ein eigenentwickeltes Instrument – der „Portfolio Adviser“ – eingesetzt. Aus Kundenbonität und transaktionsspezifischen Merkmalen wie Laufzeit und Besicherung sowie portfoliobezogenen Kennzahlen werden verschiedene Risikofaktoren ermittelt, um bereits bei der Neugeschäftsakquisition wichtige Impulse im Rahmen der Portfoliosteuerung zu setzen. Gleichzeitig wird hoher Wert auf die Mobilität – also die Ausplatzierbarkeit – von Krediten gelegt, da die synthetische Verbriefung von Kreditforderungen eine wichtige Rolle bei der Portfoliosteuerung spielt.

Die Kreditentscheidungen über Verbriefungen, Portfolioinvestments und sonstige strukturierte Kreditprodukte werden im Rahmen der bestehenden Kompetenzregelungen entweder durch den Kompetenzträger des Bereichs Management Verbriefungsstrukturen oder durch den Vorstand getroffen. Auch hierbei ist das Vier-Augen-Prinzip stets gewahrt.

Bestehende Kreditengagements werden grundsätzlich alle zwölf Monate mit den dazugehörigen Prozessen und Genehmigungsverfahren analog zu den Neukreditentscheidungen überprüft. Darüber hinaus werden im Rahmen von Jahresgesprächen zwischen dem Kreditrisikomanagement und den Geschäftsfeldern die einzelnen Teilportfolien sowie wesentliche Einzelengagements im Hinblick auf deren Risikolage analysiert und Engagementstrategien abgeleitet. Die regelmäßige Bestandsanalyse und -bewertung aller Verbriefungen, Portfolioinvestments und sonstigen strukturierten Kreditprodukte wird durch den Bereich Management Verbriefungsstrukturen durchgeführt.

Ratingprozess und Ratingverfahren. Zentrales Element des gesamten Kreditprozesses ist die Bonitätsbeurteilung der Kunden und Investments. Die Auswahl der Geschäftspartner und Investments wird durch Anforderungen an die Bonität und die Besicherung der Engagements in den Kreditleitlinien operationalisiert.

Zur Bonitätsbeurteilung verfügt die IKB über EDV-gestützte, auf das jeweilige Kundensegment bzw. die spezifische Finanzierungsart zugeschnittene Ratingverfahren. Im Ergebnis werden bei jedem Verfahren die jeweils modellspezifischen Risikoparameter zusammengeführt und damit jedem Kunden eine Bonitätsklasse innerhalb einer 11-stufigen internen Skala von 1,0 (bestes Rating) in 0,5er Schritten bis 6,0 zugewiesen. Den einzelnen Bonitätsstufen werden auf Basis der Analyse historischer Ausfälle sowie konjunktureller Erwartungen Ausfallwahrscheinlichkeiten zugewiesen. So hat die Bank im Geschäftsjahr 2008/09 unter Berücksichtigung eigener volkswirtschaftlicher Analysen mit Blick auf die möglichen Auswirkungen der aktuellen Rezession zum einen die Branchenratings angepasst und zusätzlich die Ausfallwahrscheinlichkeiten über alle Bonitätsstufen hinweg nahezu doppelt so hoch angesetzt, wie sie im Durchschnitt der letzten Jahre beobachtet worden sind.

Bei **Unternehmensfinanzierungen** setzt die Gesellschaft das „IKB-Mittelstandsrating“ ein, das die wirtschaftliche Situation des Kreditnehmers auf Basis finanzwirtschaftlicher Kennziffern mit mathematisch-statistischen Verfahren beurteilt. Individuelle Kunden- und Branchenmerkmale (qualitative Faktoren) werden durch Experteneinschätzungen berücksichtigt.

Den Besonderheiten der **Projekt- und Spezialfinanzierungen** wird durch spezielle Ratingverfahren Rechnung getragen. Da hier Höhe und Nachhaltigkeit des Cashflows zur Bedienung der während der Projektlaufzeit anfallenden Zins- und Tilgungszahlungen im Mittelpunkt stehen, setzt die IKB Modelle ein, die durch unterschiedliche Szenarien und Simulationen eine Aussage über die Schuldendienstfähigkeit ermöglichen. Ergänzt wird diese quantitative Beurteilung durch zusätzliche qualitative Berücksichtigung von Sponsoren, Betreibern, Absatz- und Beschaffungsmärkten sowie Transaktionsspezifika. Für Akquisitionsfinanzierungen setzt die Bank ein auf Basis des „IKB-Mittelstandsratings“ weiterentwickeltes Ratingverfahren ein.

Das im Rahmen der **gewerblichen Immobilienfinanzierung** eingesetzte Immobilien-Rating bewertet die Bonität auf Basis einer Vielzahl spezifischer Objektdaten und Investoreninformationen. Hierzu zählen nicht nur detaillierte Informationen zur Lage und Beschaffenheit des Objekts, sondern auch Informationen zur Mieterstruktur und -bonität, zur Kapitaldienstfähigkeit des Objekts aus dem erwirtschafteten Cashflow sowie zur individuellen Bonität des Investors unter Berücksichtigung von Vermögen und Liquidität.

Länderrisiken. Die Bestimmung der Länderbonität erfolgt anhand von Wirtschaftsdaten und Kennziffern über die ökonomische Entwicklung des Landes und seine Zahlungsfähigkeit in Verbindung mit einer qualitativen Bewertung der politischen und gesellschaftlichen Situation des Landes. Als Quellen dienen internationale Datenbanken, Länderberichte und andere externe Quellen.

Quantifizierung des Kreditrisikos. Zur Quantifizierung des Adressenausfallrisikos wird für das traditionelle Kreditgeschäft ein eigenentwickeltes Modell eingesetzt, das unter Berücksichtigung von Schwankungsbreiten der statistischen Ausfallwahrscheinlichkeiten eine Verteilung möglicher Kreditverluste generiert. In dieses Modell fließt neben den Einzelkredit-/Investmentinformationen (Kredit-/Investmentbetrag, Besicherung, Laufzeit, Branchenzugehörigkeit, Konzernzugehörigkeit, Rating) eine Vielzahl von statistischen Größen ein, wie z. B. Ausfallwahrscheinlichkeiten, Sicherheitenerlösraten und Branchen-/Assetkorrelationen, die auf bankinternen Erfahrungen oder externen Referenzgrößen beruhen.

Im Rahmen von Validierungs- und Benchmarkingprozessen werden sowohl die Systeme zur internen Bonitätsbeurteilung als auch die Genehmigungs-, Überwachungs- und Steuerungsprozesse im Kreditgeschäft regelmäßig auf den Prüfstand gestellt.

Portfolioüberwachung und -steuerung. Bei der Bestandsüberwachung steht die Betrachtung des gesamten Kreditportfolios im Mittelpunkt. Die zeitnahe Beobachtung von Branchen- und Marktveränderungen erfolgt durch den Bereich Volkswirtschaft. Dessen umfangreiches Branchen-Know-How ist wichtiger Bestandteil der im Rahmen der Risikosteuerung durchgeführten Clusteranalysen. Hiermit wird das Ziel verfolgt, die Sektorrisiken im Kreditgeschäft unter Berücksichtigung der erwarteten Entwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen und zu limitieren.

Ausgangspunkt für die Festlegung von Konzentrationslimiten, die sich an den geschäftspolitischen Zielgrößen und den risikopolitischen Leitlinien orientieren, ist die regelmäßige Überprüfung durch das Limitkomitee, welches sich aus Vertretern des Bereichs Volkswirtschaft, des Bereichs Kreditrisikomanagement und -controlling und der Geschäftsfelder zusammensetzt. Auf Basis der bestehenden Strukturen werden unter Berücksichtigung identifizierter Branchenrisiken und Konjunkturlinien auf die einzelnen Wirtschaftszweige Volumens- und Risikobeitragslimite festgelegt. Zusätzlich werden Obergrenzen für Einzelkredite bzw. Kredite an Unternehmensgruppen definiert, um Konzentrationsrisiken zu vermeiden.

Bei allen Ländern wird das Gesamtengagement durch Länderrisikolimiten begrenzt. Die Limite werden vom Limitkomitee festgelegt und gelten für alle Geschäfte in diesen Ländern. Die Ausnutzung der festgelegten Limite wird mittels eines zeitnahen Reportingsystems überwacht und regelmäßig berichtet.

Aufgrund der aktuellen Lage an den Finanzmärkten wurde insbesondere zur Begrenzung des Ausfallrisikos eine Positivliste von Kontrahenten beschlossen, mit denen weiterhin Geschäfte getätigt werden dürfen. Diese Liste wird derzeit täglich überwacht und bei Bedarf angepasst. Zahlungen an Banken dürfen erst nach Zustimmung des Bereichs Kreditrisikomanagement und -controlling ausgeführt werden.

Struktur des Adressenausfallrisikos. Die Bank hat für ihre interne Berichterstattung das Kreditvolumen zum 31. März 2009 im Vergleich zum 31. März 2008 wie folgt ermittelt:

Kreditvolumen	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in Mio. €
Kredite an Kreditinstitute	268	259	+9
Kredite an Kunden	24 463	26 065	-1 602
Portfolioinvestments sowie Corporate und Government Bonds	4 456	4 509	-53
Eventualverbindlichkeiten, CDS und Garantien	2 276	3 006	-729
Nettokreditvolumen	31 464	33 839	-2 375
Risikovorsorgebestand ¹⁾	923	1 169	-246
Bruttokreditvolumen	32 386	35 009	-2 623
Weitere wesentliche Adressenausfallrisiken außerhalb des Bruttokreditvolumens			
Forderungen an Kreditinstitute	6 035	8 018	-1 983
Schuldverschreibungen, Aktien und sonstige Wertpapiere (ohne eigene Schuldverschreibungen)	7 844	7 785	+59
Unwiderrufliche Kreditzusagen	2 751	4 101	-1 350

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

¹⁾ ohne Risikovorsorge auf eingebettete Kreditderivate (31. März 2009: 720 Mio. €; 31. März 2008: 821 Mio. €)

Der Rückgang der Eventualverbindlichkeiten, CDS und Garantien beruht überwiegend auf dem Abgang von CDS.

Das Kreditvolumen des Segments Portfolio Investments in Höhe von 1.858 Mio. € ist mit 1.515 Mio. € in der Position Portfolioinvestments sowie Corporate und Government Bonds sowie mit 343 Mio. € in den Eventualverbindlichkeiten, CDS und Garantien enthalten.

Die Adressenausfallrisikopositionen, die nicht dem Bruttokreditvolumen zugeordnet sind, entfallen im Wesentlichen auf kurzfristige Forderungen an Kreditinstitute, Schuldverschreibungen – meist Hypothekendarlehen – sowie unwiderrufliche Kreditzusagen.

Größenklassen ¹⁾ in Mio. €	31.3.2009			31.3.2008		
	Kreditvolumen		Anzahl ¹⁾	Kreditvolumen		
kleiner 5 Mio. €	3 095	10 %	3 357	3 547	10 %	
5 Mio. € bis unter 10 Mio. €	2 838	9 %	399	2 750	8 %	
10 Mio. € bis unter 20 Mio. €	4 372	13 %	335	4 388	13 %	
20 Mio. € bis unter 50 Mio. €	4 118	13 %	151	4 270	12 %	
50 Mio. € und größer	2 984	9 %	30	2 446	7 %	
Summe	17 407	54 %	4 272	17 401	50 %	
Risikoausplatzierungen ²⁾	9 091	28 %	160	9 022	26 %	
Marktsegmente AG gesamt	26 498	82 %	4 432	26 423	88 %	
bis 50 Mio. €	300	1 %		1 925	5 %	
50 Mio. € bis unter 100 Mio. €	473	1 %		873	2 %	
100 Mio. € und größer	1 085	3 %		1 562	4 %	
Segment Portfolio Investments	1 858	6 %		4 360	12 %	
Interne Geschäfte	4 030	12 %		4 226	12 %	
AG Gesamt	32 386	100 %		35 009	100 %	

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

¹⁾ Kreditnehmereinheiten nach § 19 KWG; Anzahl Kreditnehmereinheiten

²⁾ Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Die Größenklasse kleiner 5 Mio. € ist aufgrund von Kreditrückzahlungen zurückgegangen.

In der Größenklasse 50 Mio. € und größer beträgt die durchschnittliche Engagementhöhe 99,5 Mio. €. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr beruht auf Kreditnehmer der öffentlichen Hand.

Das seit Geschäftsjahresbeginn von 4,4 Mrd. € auf knapp 1,9 Mrd. € reduzierte Kreditvolumen im Segment Portfolio Investments besteht aus

- 0,8 Mrd. € auf die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited übertragenen Assets mit einem Restrisiko für die IKB von 0,1 Mrd. €,
- 0,7 Mrd. € nicht an Rio Debt Holdings (Ireland) Limited veräußerten, sich überwiegend in Abwicklung befindlichen Portfolioinvestments, die keine Subprime-Risiken mehr beinhalten, sowie
- 0,3 Mrd. € von KfW abgesicherten Risiken.

Interne Geschäfte in Höhe von 4.030 Mio. € sind Kredite an und Eventualverbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften im Konsolidierungskreis der IKB gemäß IFRS.

Sicherheiten, Risikoausplatzierungen und Verbriefungen. Für das traditionelle langfristige Kreditgeschäft der IKB hat die Absicherung durch klassische Sicherheiten (Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen und Bürgschaften) nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert. Die Wertansätze der zur Besicherung im klassischen Kreditgeschäft herangezogenen Sicherheiten werden kontinuierlich überprüft und aktualisiert.

Sicherheiten in Mio. €	31.3.2009 Kreditvolumen		31.3.2008 Kreditvolumen	
Grundpfandrechte	6 459	20 %	7 326	21 %
Sicherungsübereignung	454	1 %	503	1 %
Sonstige Sicherheiten ¹⁾	6 127	19 %	5 739	16 %
Blankokredite	4 367	13 %	3 832	11 %
Summe	17 407	54 %	17 400	50 %
Risikoausplatzierungen ²⁾	9 091	28 %	9 022	26 %
Marktsegmente AG gesamt	26 498	82 %	26 423	75 %
Segment Portfolio Investments	1 858	6 %	4 360	12 %
Interne Geschäfte	4 030	12 %	4 226	12 %
AG Gesamt	32 386	100 %	35 009	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

¹⁾ Z. B. Forderungsabtretungen, Partizipationsrechte, Abtretung Geschäftsanteile, Ownership-Erklärung, Rangrücktritt, Fixed and Floating Charges, Mortgage over Shares

²⁾ Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Nicht zuletzt durch den Rückgang der Immobilienfinanzierungen reduzierte sich das durch Grundpfandrechte besicherte Kreditvolumen gegenüber dem Geschäftsjahresbeginn um rund 0,9 Mrd. €. Der Anstieg des durch Sonstige Sicherheiten unterlegten Volumens um rund 0,4 Mrd. € steht im Zusammenhang mit der Volumenausweitung im Segment Strukturierte Finanzierungen.

Unterstützt wird die Risikominderung mittels Sicherheiten durch Risikoausplatzierung. Insgesamt wurden seit 2001 rund 22 Mrd. € durch synthetische Verbriefungen ausplatziert. Unter den aktuellen Risikoausplatzierungen in Höhe von 9,1 Mrd. € werden Kredite, für die andere Banken und öffentliche Stellen das Kreditrisiko übernommen haben, sowie synthetische Ausplatzierungen von Kreditforderungen ausgewiesen. Durch die synthetischen Ausplatzierungen ist die Bank gegen die Adressenausfallrisiken aus den Engagements abgesichert, obwohl diese nach wie vor in der Bilanz ausgewiesen und weiterhin seitens der IKB betreut werden. Zum Bilanzstichtag betrug die Inanspruchnahme dieser Kredite 6,2 Mrd. €, davon entfallen 5,0 Mrd. € auf Kredite, für die die Bank lediglich Erstverlustrisiken in Höhe von 14 Mio. € zurückbehalten hat. Kredite in einem Volumen von 1,2 Mrd. € entfallen auf Risikoausplatzierungen, bei denen lediglich der erwartete und Teile des unerwarteten Verlustes in Höhe von insgesamt 39 Mio. € ausplatziert sind. Diese Subordination wird derzeit auf Basis von Erwartungswerten auch unter Rezessionsbedingungen noch als ausreichend angesehen.

Geographische Struktur. Nach Regionen teilt sich das Gesamtkreditvolumen zum 31. März 2009 wie folgt auf:

Regionen in Mio. €	31.3.2009 Kreditvolumen		31.3.2008 Kreditvolumen	
	Inland	10 703	33 %	11 934
Alte Bundesländer	9 036	28 %	9 855	28 %
Neue Bundesländer	1 667	5 %	2 079	6 %
Ausland	6 704	21 %	5 466	16 %
Westeuropa	5 789	18 %	4 732	14 %
Nordamerika	252	1 %	203	1 %
Sonstige Länder	664	2 %	531	2 %
Summe	17 407	54 %	17 400	50 %
Risikoausplatzierungen ¹⁾	9 091	28 %	9 022	26 %
Marktsegmente AG gesamt	26 498	82 %	26 423	75 %
Segment Portfolio Investments	1 858	6 %	4 360	12 %
Interne Geschäfte	4 030	12 %	4 226	12 %
AG gesamt	32 386	100 %	35 009	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

¹⁾ Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Der Anstieg des Kreditvolumens im Ausland um rund 1,2 Mrd. € erfolgte vor allem in Westeuropa (+1,1 Mrd. €) mit Schwerpunkten in Italien, Frankreich und Spanien. Auf Mittel- und Osteuropa entfallen rund 0,4 Mrd. €, davon 75 % Unternehmens- und Exportfinanzierungen.

Aufgliederung des Länderobligos nach dem Länderrating der IKB:

Länderbonitäten ¹⁾ Kreditvolumen in Mio. €	31.3.2009 Gesamt ²⁾	Bonitäten				
		1–1,5	2–2,5	3–3,5	4–4,5	5–6
Ausland	6 704	6 102	394	151	54	4
Westeuropa	5 789	5 589	200	0	0	0
Nordamerika	252	252	0	0	0	0
Sonstige Länder	664	261	194	151	54	4

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

¹⁾ Ohne Risikoausplatzierungen; steigendes Risiko bei steigender Ratingklasse

²⁾ Absicherungen durch ECA (Export Credit Agencies)-Deckungen sind betragsmindernd berücksichtigt; sonstige Sicherheiten bleiben unberücksichtigt.

91 % des auf das Ausland entfallenden Kreditvolumens waren den beiden besten Länderrisikoklassen 1 und 1,5 zuzuordnen. Zusätzlich entfielen Risikoausplatzierungen (z. B. durch Hermes abgesichert) von 0,4 Mrd. € auf ausländische Kreditnehmer.

Die Inanspruchnahme der Kredite der Risikoklassen 5,0 bis 6,0 betrifft nahezu ausschließlich den Iran. Von der Island-Krise war die IKB nur mit einem Verlust im einstelligen Millionenbereich betroffen.

Die Länderrisiken werden implizit im Ratingverfahren der Bank und bei der Berechnung der Wertminderungen für signifikante Forderungen berücksichtigt. Eine separate Länderrisikovorsorge auf der Grundlage der Länderobligen wird nicht gebildet.

Branchenstruktur. Zur Bewertung des Branchenrisikos führt die IKB für rund 370 Branchen regelmäßig einen Ratingprozess durch, der im abgelaufenen Geschäftsjahr unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung in einzelnen Branchen zu zum Teil deutlichen Bonitätsanpassungen einzelner Kreditnehmer führte. Das Verfahren basiert auf einem ökonomischen Modell, das sowohl die makroökonomischen nationalen und internationalen Entwicklungen als auch Branchenzusammenhänge berücksichtigt. Hierbei wird die Expertise der Branchenspezialisten der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Bank genutzt.

Branchen in Mio. €	31.3.2009 Kreditvolumen		31.3.2008 Kreditvolumen	
Industriebranchen	11 716	36 %	12 349	35 %
Energieversorgung	1 214	4 %	1 022	3 %
Maschinenbau	853	3 %	859	2 %
Einzelhandel	698	2 %	760	2 %
Logistik, Infrastrukturbetreiber	693	2 %	687	2 %
Chemie	678	2 %	635	2 %
Sonstige (<0,65 Mio. €)	7 579	23 %	8 386	24 %
Immobilien	2 708	8 %	3 133	9 %
Finanzsektor	813	3 %	837	2 %
Öffentlicher Sektor/Banken	2 170	7 %	1 082	3 %
Summe	17 407	54 %	17 400	50 %
Risikoaussplatzierungen ¹⁾	9 091	28 %	9 022	26 %
Marktsegmente AG gesamt	26 498	82 %	26 423	75 %
Segment Portfolio Investments	1 858	6 %	4 360	12 %
Interne Geschäfte	4 030	12 %	4 226	12 %
AG gesamt	32 386	100 %	35 009	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

¹⁾ Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Der Diversifizierungsgrad in den Industriebranchen ist unverändert hoch. Auf keine Industriebranche entfällt ein Portfolioanteil von mehr als 5 %. Die Hälfte der Immobilienfinanzierungen entfällt auf Büroimmobilien. Der Rest verteilt sich nahezu gleichmäßig auf die übrigen Immobilienarten.

Um im Sinne der Risikofrüherkennung und des aktiven Risikomanagements Maßnahmen zur Risikoreduzierung einleiten zu können, wurden im Berichtsjahr verschiedene Sonderanalysen über das Portfolio in u. E. kritisch zu bewertenden Branchen initiiert. So wurden insbesondere Früherkennungsmaßnahmen für den von der abgeschwächten Konjunktur besonders betroffenen Automobilsektor eingeleitet. Den hierbei identifizierten erhöhten Risiken wurde im Rahmen der Risikovorsorge Rechnung getragen.

Bonitätsstruktur Marktsegmente. Das Gesamtkreditvolumen ohne interne Geschäfte und das Segment Portfolio Investments verteilt sich auf die internen Ratingklassen wie folgt:

Bonitätsstruktur ¹⁾ in Mio. €	31.3.2009 Kreditvolumen		31.3.2008 Kreditvolumen	
	1–1,5	4 168	16 %	4 008
2–2,5	5 616	21 %	6 012	23 %
3–3,5	3 996	15 %	4 230	16 %
4–4,5	1 230	5 %	1 208	5 %
5 und größer ²⁾	289	1 %	396	1 %
Problemengagements ³⁾	2 108	8 %	1 546	6 %
Summe	17 407	66 %	17 400	66 %
Risikoausplatzierungen ⁴⁾	9 091	34 %	9 022	34 %
Marktsegmente AG gesamt	26 498	100 %	26 423	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

¹⁾ Sinkende Bonität bei steigender Ratingklasse

²⁾ Anpassung der Vorjahreszahl (647 Mio. €), da hiervon 305 Mio. € der Kategorie Problemengagements zuzurechnen waren. Zusätzlich sind in der Tabelle jetzt auch strukturierte Wertpapiere in Höhe von 143 Mio. € (per März 2008) aufgenommen, davon entfielen 54 Mio. € auf Bonität 5 und größer. 89 Mio. € strukturierte Wertpapiere waren den Problemengagements zuzuordnen.

³⁾ Buchwerte, d. h. nach Abzug von Verlusten wertgeminderter Finanzanlagen

⁴⁾ Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Die Bank erwartet rezessionsbedingt im Geschäftsjahr 2009/10 eine spürbare Verschlechterung der Bonitätsstruktur.

Identifikation und Betreuung von Problemengagements. Alle kreditrisikobehafteten Positionen werden ständig überwacht. Die Betreuung von Problemengagements erfolgt in spezialisierten Betreuungseinheiten. Ziel dieser Sonderbetreuung ist es, durch eine enge Begleitung rechtzeitig tragfähige Maßnahmen zu ergreifen, um die Überlebensfähigkeit der Unternehmen zu erreichen oder im Falle eines Scheiterns dieser Bemühungen den wirtschaftlichen Schaden zu reduzieren. Angesichts der aktuellen konjunkturellen Entwicklung hat die Bank ihre Überwachung nochmals deutlich erweitert, indem nicht nur die Non-performing Loans³ in einem besonderen Fokus stehen, sondern auch alle Engagements als Problemengagements gekennzeichnet werden, für die zwar keine nachhaltigen Wertminderungen erwartet werden, die jedoch aufgrund der vorliegenden Informationen einer speziellen Betreuung durch die auf Abwicklung oder Sanierung spezialisierten Einheiten bedürfen. Zudem wurden die Kriterien zur Einstufung als (nicht wertgemindertes) Problemengagement im Laufe des Berichtsjahres erweitert.

³ Eine Forderung wird als „Non-performing“ eingestuft, wenn (i) ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde, (ii) Zinsen oder Kapitalrückzahlungen mehr als 90 aufeinanderfolgende Tage in Verzug sind oder wenn (iii) andere eindeutige Hinweise bestehen, dass der Schuldner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, und es zusätzlich an objektiven Hinweisen darauf fehlt, dass sie durch spätere Zahlungen oder die Verwertung von Sicherheiten eingebracht werden können. Dabei berücksichtigt die IKB den Liquidationswert der verfügbaren Sicherheiten.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der Problemengagements:

Problemengagements ¹⁾ Marktsegmente	31.3.2009 Kreditvolumen in Mio. €	31.3.2008 Kreditvolumen in Mio. €	Veränderung	
			in Mio. €	in %
Wertgemindert (Non-performing Loans)	1 603	1 241	362	29
Nicht wertgemindert	505	305	200	66
Gesamt	2 108	1 546	562	36
In % des Kreditvolumens der Marktsegmente	7,9 %	5,9 %		

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

¹⁾ Buchwerte, d. h. nach Abzug von Verlusten wertgeminderter Finanzanlagen.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die in den Marktsegmenten als Non-performing Loans eingestuftten Forderungen:

Non-performing Loans Marktsegmente	31.3.2009 Kreditvolumen in Mio. €	31.3.2008 Kreditvolumen in Mio. €	Veränderung	
			in Mio. €	in %
Inland	1 035	1 072	-37	-3
Alte Bundesländer	634	558	76	14
Neue Bundesländer	401	514	-113	-22
Ausland	337	80	257	321
Impaired (Non-Performer) Kredite	1 372	1 152	220	19
Wertpapiere (wertgeminderte Finanzanlagen)¹⁾	231	89	142	160
Non-performing Loans gesamt	1 603	1 241	362	29
In % des Kreditvolumens der Marktsegmente	6,1 %	4,7 %		

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

¹⁾ Buchwerte, d. h. nach Abzug von Verlusten wertgeminderter Finanzanlagen. Wertpapiere (Wertgeminderte Finanzanlagen).
Nominalvolumen 31. März 2009: 316 Mio. €; 31. März 2008: 111 Mio. €

Der Anstieg der Non-performing Loans entfällt insbesondere auf ausländische Akquisitionsfinanzierungen sowie einen Anstieg der dauerhaft wertgeminderten Finanzanlagen in den Marktsegmenten. Letzterer ist im Wesentlichen begründet durch First-to-default-Wertpapiere auf Länderebene, die im Zuge von verschlechterten Länderratings auf Grundlage der aktuellen Marktspreeds als nachhaltig wertgemindert eingestuft wurden.

Der Rückgang der Non-performing Loans im Inland liegt ausschließlich am fortgesetzten Abbau von Problemengagements in den neuen Bundesländern, während sich in den alten Bundesländern ein Anstieg zeigte.

Risikovorsorge. Für Risiken aus dem Kreditgeschäft wird bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung des Kredits eine Risikovorsorge in Form einer Wertberichtigung gebildet. Für Eventualverbindlichkeiten wird bei drohender Inanspruchnahme eine Rückstellung gebildet. Für dauerhafte Wertminderungen bei CDSs sowie bei in CLNs eingebetteten CDSs wird die Risikovorsorge ebenfalls in Form einer Rückstellung gebildet.

Bei der Bemessung der erforderlichen Wertberichtigung berücksichtigt die IKB sowohl die Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Cashflows als auch den Wert der jeweiligen Besicherung. Verantwortlich für die Festsetzung der Wertberichtigungen ist der Bereich Kreditrisikomanagement und -controlling, der jeden Fall einzeln beurteilt, die Sanierungsstrategie bewertet und die Schätzung der erwarteten Zahlungseingänge vornimmt.

Zudem werden die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie die Eventualforderungen in Bezug auf latente Kreditrisiken analysiert. Sofern erforderlich, wird auf pauschaler Basis eine Risikovorsorge gebildet. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen wird in Anlehnung an das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10. Januar 1994 vorgenommen. Dabei werden historische Kreditverluste zugrunde gelegt und mit einem Konjunkturfaktor multipliziert, um der gesamtwirtschaftlichen Situation Rechnung zu tragen. Hierzu wurde dieser Faktor von 100 % auf 155 % angehoben. Der Bestand der Pauschalwertberichtigungen beträgt 159 Mio. € gegenüber 113 Mio. € im Vorjahr.

Die Nettorisikovorsorge im Kreditgeschäft weist mit 1.208 Mio. € zum 31. März 2009 einen um 140 Mio. € niedrigeren Wert als im Vorjahr (1.348 Mio. €) auf. Darin enthalten sind Abschreibungen auf Forderungen gegenüber Havenrock-Gesellschaften in Höhe von 905 Mio. €. Dem stehen Erträge in gleicher Höhe aus der Risikoschirmabsicherung durch die KfW gegenüber. Ohne die Berücksichtigung dieses Effektes ergibt sich ein Rückgang der Nettorisikovorsorge im Kreditgeschäft in Höhe von 1.045 Mio. €. Nach der hohen Dotierung der Rückstellung für CDS-Geschäfte als Teil der Nettorisikovorsorge im letzten Geschäftsjahr waren in 2008/09 hierfür noch 49 Mio. € zu bilden. Der Rückgang resultiert damit hauptsächlich aus niedrigeren Dotierungen für CDS-Geschäfte bei gegenläufig leicht gestiegenem Netto-Risikovorsorgeaufwand im traditionellen Kreditgeschäft.

Risikoreporting und Risikokommunikation. Alle relevanten Informationen aus den Kreditgeschäften werden vom Bereich Kreditrisikomanagement und -controlling im Rahmen von vierteljährlichen Kreditrisikoreports auf Konzernebene detailliert aufbereitet und dem Vorstand vorgelegt und erläutert. Zusätzlich erhalten der Aufsichtsrat sowie Aufsichtsbehörden vierteljährlich eine umfassende Risikoberichterstattung (Dash Board), die alle wesentlichen Informationen zur Gesamtrisikoposition im Konzern enthält.

Portfolioinvestments.

Die Portfolioinvestments in der IKB AG in Höhe von nominal 3,5 Mrd. € umfassten zum 31. März 2009:

- Wertpapiere mit einem Nominalvolumen von 2,7 Mrd. € wurden auf die vollkonsolidierte Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited übertragen. Die Wertpapiere sind jedoch aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen zum Risikoübergang im Zusammenhang mit dem von der IKB an Rio Debt Holdings (Ireland) Limited gewährten Junior Loan weiter bei der IKB AG zu bilanzieren.
- Vier synthetische Transaktionen mit sieben Tranchen und einem Volumen von 0,46 Mrd. € befinden sich aufgrund der Lehman-Insolvenz in Abwicklung.
- Zwei synthetische Transaktionen mit sechs Tranchen und gemischten Referenzaktiva (Unternehmen und ABS) im Gesamtvolumen von nominal 0,20 Mrd. € befinden sich im Bestand. Diese sind im Mai 2009 zu einfachen Credit-linked Notes mit Unternehmen und Staaten als Referenzaktiva umstrukturiert worden.
- Neben einer Principal Protected Note mit einem Nominalwert von 0,08 Mrd. € befinden sich weiterhin Verbriefungspositionen i.H.v. 0,16 Mrd. € aus den Marktsegmenten auf der Bilanz, die zum strategischen Kerngeschäft der Bank gehören.

Portfolioinvestments der IKB AG

Bonitätsstruktur* der Portfolioinvestments der IKB AG

	zum 31.3.2009*	zum 31.3.2008*
	Nominal in Mrd. €	Nominal in Mrd. €
Aaa	0,3	1,3
Aa	0,1	1,6
A	0,2	0,9
Baa	0,6	0,3
Ba/B	0,3	0,2
Sub B/NR	2,1	0,5
Gesamt	3,5	4,9

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

* Die Darstellung erfolgt einheitlich in der Ratingbezeichnung von Moody's. Sofern von zwei oder mehr Ratingagenturen ein Rating vorliegt, wurde das schlechtere angesetzt.

Underlying-Assetstruktur der strukturierten Kreditprodukte der IKB AG

Underlying-Portfolien	31.3.2009		31.3.2008	
	Nominal in Mrd. €	in %	Nominal in Mrd. €	in %
Corporates	1,1	30	2,6	53
ABS	2,3	64	1,6	32
davon mit Subprime-Anteilen	1,7	49	1,5	31
ABS + Corporates gemischt	0,2	6	0,7	15
davon mit Subprime-Anteilen	0,2	6	0,2	5
Gesamt	3,5	100	4,9	100

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die externe Ratingstruktur der Corporate CDO-Investments, der ABS-Investments sowie der Investments mit gemischten Underlying Assets.

Corporate CDO-Investments Ratingstruktur*	31.3.2009 Nominal in Mrd. €	31.3.2008 Nominal in Mrd. €
Aaa	0,1	0,7
Aa	0,0	1,3
A	0,2	0,5
Baa	0,4	0,1
Ba/B	0,1	–
Sub B/NR	0,4	0,0
Gesamt	1,1	2,6

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

* Die Darstellung erfolgt einheitlich in der Ratingbezeichnung von Moody's. Sofern von zwei oder mehr Ratingagenturen ein Rating vorliegt, wurde das schlechtere angesetzt.

ABS-Investments Ratingstruktur*	31.3.2009 Nominal in Mrd. €	31.3.2008 Nominal in Mrd. €
Aaa	0,2	0,3
Aa	0,1	0,1
A	0,1	0,2
Baa	0,2	0,2
Ba/B	0,2	0,2
Sub B	1,5	0,5
Gesamt	2,3	1,6

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

* Die Darstellung erfolgt einheitlich in der Ratingbezeichnung von Moody's. Sofern von zwei oder mehr Ratingagenturen ein Rating vorliegt, wurde das schlechtere angesetzt.

Corporates + ABS gemischt Ratingstruktur*	31.3.2009 Nominal in Mrd. €	31.3.2008 Nominal in Mrd. €
Aaa	–	0,4
Aa	–	0,1
A	–	0,2
Baa	–	–
Ba/B	–	–
Sub B	0,2	–
Gesamt	0,2	0,7

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

* Die Darstellung erfolgt einheitlich in der Ratingbezeichnung von Moody's. Sofern von zwei oder mehr Ratingagenturen ein Rating vorliegt, wurde das schlechtere angesetzt.

Liquiditäts- und Marktpreisrisiken

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko ist das Risiko, dass die IKB nicht mehr in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen termingerecht zu erfüllen (Liquiditätsrisiko) oder am Markt zu angemessenen Konditionen Refinanzierungsmittel aufzunehmen (Refinanzierungsrisiko).

Der Liquiditätsbedarf der Bank wurde im Berichtszeitraum im Wesentlichen durch Mittelaufnahmen am Geldmarkt (Tages- und Termingelder) in besicherter Form, die Durchführung von Verbriefungstransaktionen mit eigenem Kreditgeschäft zur Generierung von EZB-fähigen Wertpapieren, die Teilnahme am EZB-Tender, den Verkauf von liquiden Wertpapieranlagen sowie Schuldscheindarlehen und die Hereinnahme von Kundengeldern auf Schuldscheinbasis gedeckt (siehe hierzu auch „Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum/Weitere Transaktionen“). Ferner sind der Bank die Mittel aus der Kapitalerhöhung im Oktober 2008 zugeflossen.

Darüber hinaus ermöglichen zwei bis zum März 2011 befristete Liquiditätslinien der KfW die Aufnahme von bis zu 3 Mrd. € auf besicherter Basis. Diese Linien sind aktuell teilweise gezogen. Zur Sicherung der Liquidität hat die Bank im Dezember 2008 Garantien des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) im Volumen von 5 Mrd. € genehmigt bekommen. Die Laufzeit der darunter emittierten Anleihen ist auf drei Jahre begrenzt. Auf Basis dieser Garantien hat die IKB im Januar und März 2009 zwei Anleihen im Volumen von jeweils 2 Mrd. € und einer Laufzeit von drei Jahren sowie im April 2009 in Höhe von 1 Mrd. € emittiert. Am 3. Juli 2009 hat der SoFFin gegenüber der IKB AG seine Absicht erklärt, ein zusätzliches Garantievolumen in Höhe von 7 Mrd. € bereitzustellen, davon für einen Teilbetrag von 3 Mrd. € die Option zur Emission von Anleihen mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren. Die Bank plant, die Garantie sukzessive zur Emission entsprechender Wertpapiere einzusetzen. Weitere Mittel fließen der IKB aus Förderkreditprogrammen der KfW und der Landesförderinstitute zu, die die IKB bei der Finanzierung ihrer mittelständischen Kunden einsetzt.

Im Berichtszeitraum hat sich auch das Volumen der neu hereingenommenen Kundeneinlagen positiv entwickelt. Die Bank beabsichtigt, diese Möglichkeit der Refinanzierung über durch den Einlagensicherungsfonds garantierte Passiva auch zukünftig zu nutzen.

Die Bank rechnet, verteilt über die nächsten zwölf Monate, je nach Entwicklung des Neugeschäfts mit einem zu deckenden Mittelbedarf von 11 bis 12 Mrd. €. Zur Refinanzierung dieses Bedarfs stehen im Wesentlichen SoFFin-Garantien, Ziehungsmöglichkeiten bei der EZB und unter den KfW-Liquiditätslinien sowie die Hereinnahme von Einlagensicherungsfonds-garantierten Passiva und die Veräußerung von Bilanzaktiva im Rahmen der EU-Auflagen zur Verfügung.

Die Liquiditätsplanung basiert auf einer Reihe von Annahmen über die oben genannten und weitere liquiditätsbestimmende Faktoren der Aktiv- sowie der Passivseite. Im Falle eines kumulierten Nichteintrittes mehrerer dieser Annahmen können sich Liquiditätsrisiken ergeben. In Betracht kommt hier z.B. eine Marktentwicklung, die den Verkauf von Bilanzaktiva ebensowenig erlaubt wie den Ausbau von Einlagensicherungsfonds-garantierten Passiva.

Marktpreisrisiko

Als Marktpreisrisiko wird das Risiko von Wertveränderungen aufgrund von Schwankungen von am Markt beobachtbaren Parametern (Risikofaktoren) bezeichnet. Die für die IKB relevanten Risikofaktoren umfassen Wechselkurse, Zinsen und Credit Spreads, Volatilitäten (Optionspreise) und Aktienpreise. Das Management von Marktpreisrisiken erfolgt auf Konzernebene.

Die IKB unterscheidet die Portfolien Eigenhandel, Investmentportfolio (Eigenmittelanlage und Liquiditätsreserve) und Kreditrefinanzierung. Die Liquiditätsreserve stellt Anlagen dar, die bei der Zentralbank oder im Interbankengeschäft kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung eingesetzt werden können. Die Kreditrefinanzierung umfasst das Kreditgeschäft, das Kreditersatzgeschäft (z. B. Corporate-Bond- und Schuldschein-darlehen-Investments) sowie die nicht nachrangigen Refinanzierungsinstrumente der Bank.

Zinsänderungsrisiko. Zinsänderungsrisiken bestehen in möglichen Wertveränderungen von offenen Aktiv- oder Passivpositionen bei Verschiebungen der risikolosen Zinskurve. Die IKB setzt eine Vielzahl von Instrumenten zur Steuerung und Absicherung ihres Zinsrisikos ein. Sie schließt Transaktionen mit diesen Instrumenten sowohl in ihrem Handelsbuch als auch in ihrem Anlagebuch ab. Risiken im Handelsbuch und im Anlagebuch werden mit vergleichbaren Methoden gemessen und überwacht.

Das Zinsänderungsrisiko der IKB liegt insbesondere im Investmentportfolio.

Credit-Spread-Risiko. Spread-Risiken ergeben sich aufgrund von Änderungen der in Kursen von Wertpapieren und Derivaten eingepreisten Bonitäts- und Liquiditätsaufschläge auf den risikolosen Zinssatz.

Das relevante Spread-Risiko der IKB resultiert insbesondere aus den Wertpapieren und Schuldschein-darlehen des Investmentportfolios, dem aus der Transaktion mit Rio Debt Holdings (Ireland) Limited zurückbehaltenen First Loss Piece sowie den sonstigen auf der Bilanz der IKB verbliebenen Portfolioinvestments.

Volatilitätsrisiko. Volatilitätsrisiken bestehen in möglichen Wertänderungen von Optionspositionen, die nicht micro-gehedgt sind, aufgrund von Änderungen der am Markt beobachteten impliziten Volatilitäten bzw. Optionspreise. Verbleibende Optionsstillhalterpositionen liegen insbesondere im Investmentportfolio der Bank.

Fremdwährungsrisiko. Fremdwährungsrisiken ergeben sich aufgrund von Schwankungen des jeweiligen Wechselkurses zum Euro. In der IKB bestehen im Wesentlichen nur Währungspositionen in USD, GBP, JPY und CHF. Kredite in Fremdwährungen inklusive ihrer zukünftigen Erträge werden bezüglich der Fremdwährungsrisiken nahezu vollständig abgesichert.

Quantifizierung der Marktpreisrisiken. Zur Quantifizierung des Marktpreisrisikos im Rahmen der operativen Steuerung und täglichen Überwachung verwendet die Bank einen Value-at-Risk-Ansatz für eine Haltedauer von 10 Tagen und ein Konfidenzniveau von 99 %. Der Value at Risk drückt den maximalen Wertverlust des Portfolios der Bank über einen Zeitraum von 10 Tagen (Haltedauer) aus, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird. Der Value at Risk wird mittels historischer Simulation berechnet, wobei alle relevanten Risikofaktoren (Zinsen, Volatilitäten, Wechselkurse, Spreads, Aktienpreise) berücksichtigt werden. Um den spezifischen Besonderheiten aller Produkte gerecht zu werden, findet bei der historischen Simulation eine volle Bewertung der strukturierten Zinsprodukte anhand von historischen Marktszenarien unter Berücksichtigung von Korrelationseffekten statt. Für nicht-strukturierte Instrumente erfolgt eine Abschätzung des Marktwerteffekts auf Basis von Zins-, Wechselkurs- und Spread-Sensitivitäten der Instrumente. Im Rahmen der Value-at-Risk-Ermittlung erfolgt die historische Simulation auf Basis einer zweijährigen Historie von 500 Szenarien, die aktuell im Wesentlichen den Zeitraum seit Beginn der Finanzmarktkrise umfasst. Der Value at Risk für das 99%-Konfidenzniveau entspricht dann dem fünftschlechtesten Szenarioergebnis der Simulation. Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit wird der Value at Risk auf einem Konfidenzniveau von 99,76 % (Liquidationssicht) bzw. 90 % (Going-Concern-Sicht) mit einer Haltedauer von einem Jahr ermittelt (siehe Abschnitt „Risikotragfähigkeit“).

Im Vorjahr wurde für die operative Steuerung noch ein Konfidenzniveau von 99,8 % verwendet, das dem schlechtesten Szenarioergebnis entsprach. Die Umstellung auf das 99%-Konfidenzniveau wurde zur Stabilisierung der VaR-Entwicklung und zwecks Angleichung an die in der Branche vorherrschende Wahl vorgenommen.

Um die Vorhersagekraft der eingesetzten Modelle zu prüfen, wird ein regelmäßiges Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse werden im Rahmen des monatlichen MaRisk-Reportings dem Vorstand berichtet. Dieses Backtesting zeigte bisher, dass die täglich eingetretenen Ergebnisveränderungen durch die Value-at-Risk-Berechnungen zutreffend abgebildet wurden.

Entwicklung des Marktpreisrisikoprofils. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Marktrisikoprofils der Bank auf Basis von Basis Point Value (BPV), Vega und des Value at Risk zum 99%-Konfidenzniveau mit einer Haltedauer von 10 Tagen. Der „BPV“ gibt die Barwertänderung des Portfolios der Bank bei einer parallelen Verschiebung aller Zinskurven um einen Basispunkt (0,01 %) nach oben an. Das „Vega“ gibt die Barwertänderung des Portfolios der Bank bei Erhöhung von Zinsvolatilitäten um plus 1 % an.

in Mio. €	31.3.2009		31.3.2008	
				Vorjahreswerte (VaR) zum Konfidenzniveau 99,8 %
Basis Point Value	0,1	-1,9		
Vega	-17,1	-23,2		
VaR – Fremdwährung	-9,3	-11,3		-14,0
VaR – Zins und Volatilität	-126,1	-104,6		-129,4
VaR – Spread*	-123,8	-		-
Korrelationseffekt*	54,7	-		-
VaR gesamt	-204,5	-115,9		-143,4

* im Vorjahr nicht ermittelt

Die Veränderung des BPV resultiert aus der im Geschäftsjahr 2008/09 umgesetzten Strategie der Bank, das Portfolio gegen kleine Zinsänderungen weitgehend abzusichern. Der Vega-Rückgang resultiert aus dem Abbau von Optionsstillhalterpositionen im Investmentportfolio. Aufgrund dieser Maßnahmen zur Risikoreduktion ist der Zins- und Volatilitäts-Value-at-Risk im Vergleich zum Vorjahr trotz des deutlich gesunkenen Zinsniveaus und des drastischen Anstiegs der Zinsvolatilitäten im Zuge der Finanzkrise nur leicht gestiegen.

Darüber hinaus hat die Bank im Geschäftsjahr 2008/09 Credit-Spread-Risiken in die Marktrisikomessung mittels Value at Risk integriert. Die Ausweitung der Credit Spreads und Credit-Spread-Volatilitäten, insbesondere infolge der Lehman-Insolvenz im September 2008, haben zu einem deutlichen Anstieg des Credit-Spread-Risikos im Portfolio der Bank geführt. Das Credit-Spread-Risiko resultiert im Wesentlichen aus Staatsanleihen, Pfandbriefen, Corporate Bonds und Schuldscheindarlehen. Das aus Portfolioinvestments resultierende Credit-Spread-Risiko für die IKB ist aufgrund der durch die KfW und Lone Star (LSF Aggregated Lendings S.A.R.L.) an Rio Debt Holdings (Ireland) Limited gewährten Darlehen und des damit übernommenen Risikos lediglich von nachgeordneter Bedeutung.

Mit dem Methodenwechsel hat die Bank erstmals einen Diversifikationseffekt in Höhe von 54 Mio. € oder 20 %, bezogen auf die Summe der Einzelrisiken, ermittelt.

Limitierung. Die Limitierung besteht aus einem Value-at-Risk-Limit, basierend auf einem 99%-Konfidenzniveau bei einer angenommenen Haltedauer von 10 Tagen. Das Value-at-Risk-Limit orientiert sich hinsichtlich der Limithöhe an der Risikotragfähigkeit der Bank. Darüber hinaus werden Währungsrisiken im Gesamtbestand mit einem Volumenlimit für die offene Devisenposition begrenzt.

Risikoberichterstattung. Die tägliche Berichterstattung an Vorstand und Treasury umfasst die Bewertungen aller Positionen, das Zinsergebnis, das Marktpreisrisiko und die Limitauslastung. Darüber hinaus wird der Vorstand monatlich ausführlich über relevante Marktentwicklungen, Veränderungen des Bestandes, Bewertung des Bestandes, Ergebnisentwicklung sowie Markt- und Liquiditätsrisikoprofil informiert. Der Monatsbericht ergänzt zudem die Marktrisikobetrachtung auf Basis Value at Risk um das barwertige Risiko unter Stress-Annahmen und Kommentierungen über besondere Entwicklungen. Der Aufsichtsrat wird vierteljährlich im Rahmen der Gesamtrisikoberichterstattung mittels des Dashboards über die Marktpreisrisiken informiert.

Operationelle Risiken

Operationelles Risiko ist die Gefahr eines Verlusts, der infolge eines Mangels oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen, außerhalb der Einflussosphäre der Bank liegenden Ereignissen eintritt.

Das Operational Risk Management (ORM) koordiniert und überwacht das Management der operationellen Risiken. Dem ORM obliegen auch die konzernweite Schadenspotenzialanalyse und die Entwicklung konzernweiter OpRisk-Management- und -Schulungskonzepte. Die operative Risikosteuerung liegt im Verantwortungsbereich der einzelnen Geschäftsfelder, Bereiche und Tochtergesellschaften.

Dabei liegt der Schwerpunkt nicht nur auf der regelmäßigen Analyse und Identifikation der Schwachstellen und Optimierungsansätze aller geschäftlichen Abläufe und Prozesse, sondern auch auf dem Ausbau der Sicherheitsorganisation und der Anpassung der zugrunde liegenden Prozesse. Hierzu werden unter der Leitung des ORM jährlich Business-Impact-Analysen durchgeführt, die nicht nur die spezifischen Risikoprofile der einzelnen Geschäftsfelder und Bereiche widerspiegeln, sondern hierüber auch Risikopotenziale hervorheben.

Einmal pro Quartal erfolgt in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Bereichsleitern eine Risikobewertung der OpRisk-Handlungsfelder Personal, Prozesse, Infrastruktur, Rechtsrisiken und Projekte. Die Erkenntnisse fließen in den Risikobericht ein.

Alle Geschäftseinheiten sind verpflichtet, eingetretene oder beinahe eingetretene Schadensfälle an das Operational Risk Management zu melden. Alle Schadensfälle werden in einer zentralen Schadensfalldatenbank zusammengeführt und auf ihre Ursachen sowie die Auswirkungen untersucht. Hieraus können Verbesserungsvorschläge abgeleitet und umgesetzt werden.

Zum Verantwortungsbereich des Operational Risk Management gehört auch das konzernweite Notfallmanagement, das auf Basis regelmäßiger Business-Impact-Analysen auf dem neuesten Stand gehalten wird. Um eine unternehmensweite Transparenz zu gewährleisten, erfolgt die Darstellung aller Notfallpläne sowohl in umfassender Form im IKB-Intranet als auch in schriftlicher, papiergebundener Form in Notfallmanagement-Handbüchern.

Die Qualität der Notfallpläne wird durch regelmäßige Notfalltests in allen Zentralbereichen, Markteinheiten und Tochtergesellschaften sichergestellt.

Risikoreporting und Risikokommunikation. Über die operationellen Risiken sowie einzelne Schäden und deren Verteilung auf die einzelnen Geschäftseinheiten wird der Vorstand durch das ORM quartalsweise informiert. Bei wesentlichen Risiken oder eingetretenen Schäden erfolgt eine Ad-hoc-Meldung an den Risikovorstand und ggf. an die Vorstandsmitglieder der darüber hinaus betroffenen Ressorts.

Rechtsrisiken

Unter die operationellen Risiken wird auch das Rechtsrisiko subsumiert, also das Risiko von Verlusten durch Verletzung von rechtlichen Rahmenbedingungen, neue gesetzliche Regelungen und für die Bank nachteilige Änderungen oder Auslegungen (z. B. höchstrichterliche Entscheidungen) bestehender gesetzlicher Regelungen. Die Begrenzung der Rechtsrisiken ist Aufgabe des Bereichs Recht.

Die Wahrnehmung dieser Aufgabe erfolgt durch die verfügbaren internen Ressourcen. Falls notwendig, werden externe Anwaltskanzleien zur Unterstützung eingeschaltet.

Im Tagesgeschäft erfolgt die Sicherstellung rechtlicher Grundqualität durch die Verwendung eines textbausteinbasierten Mustervertragssystems, mit dem insbesondere Kredit- und Sicherheitenverträge erstellt werden können. Abweichungen von diesen Mustern werden durch den Bereich Recht geprüft und freigegeben.

Alle Vertragsmuster werden kontinuierlich daraufhin überprüft, ob Anpassungen aufgrund von gesetzgeberischen Änderungen oder Rechtsprechungen erforderlich sind.

Daneben werden insbesondere Rechtsentwicklungen, die von direkter Bedeutung für das Geschäft der Bank sind, durch Mitwirkung in Gremien und Ausschüssen der Aufsichtsbehörden und des Bundesverbandes deutscher Banken begleitet. Gegenwärtig werden so insbesondere die Gesetzgebungsvorschläge zur Änderung der Eigenkapitalunterlegungsregelungen beobachtet.

In rechtlichen Auseinandersetzungen sichert der Bereich Recht durch Einsatz spezialisierter Ressourcen, die in besonderer Weise Zugang zu den in der Gesellschaft verfügbaren Informationen erhalten, die Wahrung der Rechtspositionen der Gesellschaft und die Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Folgende rechtliche Auseinandersetzungen sind in besonderer Weise risikorelevant.

Rechtsstreitigkeiten wegen angeblich fehlerhafter Kapitalmarktinformation. Gegen die Gesellschaft sind (Stand: 6. Juli 2009) seit Ausbruch der Krise im Sommer 2007 134 Klagen von Anlegern in IKB-Papieren erhoben worden. Diese Klagen stützen sich überwiegend auf angeblich falsche Inhalte der Pressemitteilung vom 20. Juli 2007, in Einzelfällen aber auch auf angeblich falsche Inhalte der Bilanzpressekonferenz vom 28. Juni 2007 oder auf vermeintlich fehlerhafte Kapitalmarktinformation noch vor diesem Zeitpunkt.

In der im Fokus der Klageverfahren stehenden Pressemitteilung vom 20. Juli 2007 hatte die Gesellschaft eine Gewinnerwartung für das Geschäftsjahr 2007/08 von 280 Mio. € in Aussicht gestellt. Sie verwies zudem auf zwei Analysen von Moody's und Standard & Poors, wonach sie nur begrenzt von der Subprime-Krise betroffen sei. Wie sich im Nachhinein herausgestellt hat, waren diese Einschätzungen der Gesellschaft unzutreffend.

Die genannten gerichtlichen Verfahren belaufen sich insgesamt auf einen (vorläufigen) Gesamtstreitwert von rund 8,3 Mio. €. Es ist nicht auszuschließen, dass weitere Anleger Schadensersatzklagen gegen die Gesellschaft geltend machen, was das Gesamtrisiko bei einer erfolgreichen Inanspruchnahme entsprechend erhöhen könnte.

Zwischenzeitlich sind bereits 51 dieser Anlegerklagen durch das Landgericht Düsseldorf erstinstanzlich abgewiesen worden; die Klageabweisungen in mindestens 27 dieser Fälle sind rechtskräftig. Insgesamt können daraus aber keine zwingenden Rückschlüsse auf den Ausgang der anderen Klageverfahren oder auf etwaige Entscheidungen in höheren Instanzen gezogen werden. Jedoch haben bereits der 22. und der 9. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf mit Urteilen vom 19. Juni 2009 und 29. Juni 2009 die Berufung in fünf Fällen zurückgewiesen. Beide Senate erklärten die Fälle für nicht revisibel.

Die IKB hält auch die noch nicht abgewiesenen Klagen von Anlegern für unbegründet. Die IKB ist damals davon ausgegangen, dass aus den Liquiditätslinien für das Conduit Rhineland Funding Capital Corporation keine nennenswerten Risiken drohten, weil man es nicht für möglich hielt, dass der gesamte Asset-Backed-Commercial-Paper-(ABCP)-Markt zusammenbrechen und eine Refinanzierung auf Dauer unmöglich werden könnte. Die IKB konzentrierte sich deshalb in der Presseerklärung vom 20. Juli 2007 aus damaliger Sicht auf die Risiken in ihrer Eigenbilanz. Auch vor diesem Zeitpunkt gab es nach Auffassung der IKB keine fehlerhafte Kapitalmarktinformation, die zur Begründetheit entsprechender Klagen führen würde.

Neben den genannten Klagen gibt es Aktionäre sowie Anleger in anderen IKB-Papieren, die außergerichtlich an die IKB mit der Forderung auf Schadensersatz herangetreten sind.

Klage der FGIC und ggfs. aus anderen Konstellationen. Der US-amerikanische Anleiheversicherer Financial Guaranty Insurance Company und dessen britische Tochtergesellschaft (zusammen FGIC) hatten am 10. März 2008 gegen die IKB und deren (damalige) Tochtergesellschaft IKB Credit Asset Management GmbH sowie gegen Havenrock II Limited und Calyon Klage bei einem New Yorker Gericht eingereicht. Die Kläger beantragen in erster Linie, von vertraglichen Verpflichtungen von bis zu 1,875 Mrd. US-\$ zugunsten Havenrock II bzw. Calyon befreit zu werden. Überdies werden Schadensersatzansprüche gegen die IKB in nicht benannter Höhe geltend gemacht. Die IKB hielt und hält die in der Klageschrift vorgebrachten Vorwürfe für unbegründet.

Ende August 2008 gab FGIC Corporation, FGICs Muttergesellschaft, bekannt, dass FGIC und Calyon einen Vergleich geschlossen haben, wonach FGIC an Calyon den Betrag von 200 Mio. US-\$ zahlte.

Das New Yorker Gericht wies die von FGIC eingereichte Klage Ende Dezember 2008 aus verfahrensrechtlichen Gründen ab. FGIC beantragte daraufhin Anfang Februar 2009 bei dem Gericht in New York, das die Klage abgewiesen hatte, das Urteil zu überprüfen, um den Fall erneut verhandeln zu können. Gleichzeitig legte FGIC am Berufungsgericht in New York Berufung gegen die Abweisung ein. FGIC muss diese Berufung bis Anfang November 2009 vollständig begründet haben.

Ende Mai 2009 wies dasselbe erstinstanzliche Gericht den Antrag von FGIC auf Überprüfung des Dezember-Urteils ebenfalls ab. Diese Entscheidung ist rechtskräftig, und damit gilt das Verfahren in New York trotz der Berufung vor dem Berufungsgericht als nicht länger vor der ersten Instanz anhängig. FGIC kann gegen die Entscheidung, die Ende Mai 2009 fiel, bis zum 13. Juli 2009 ebenfalls Berufung einlegen.

Nach New Yorker Verfahrensrecht gilt eine Entscheidung des erstinstanzlichen Gerichts als rechtskräftige Verfügung, und zwar solange, bis sie durch eine Berufung aufgehoben wird.

Die bisherigen Abweisungen in New York sind verfahrensrechtlicher Natur, FGIC kann die Klage daher weiterhin auch vor anderen Gerichten außerhalb von New York vorbringen.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die IKB AG darüber hinaus in Bezug auf ihre Aktivitäten und Tätigkeiten sowie die Aktivitäten und Tätigkeiten der IKB Credit Asset Management GmbH im Rahmen von Rhineland Funding Capital Corporation, den Havenrock-Transaktionen und/oder Rhinebridge von anderen an diesen Transaktionen beteiligten Parteien auf Schadensersatz in Anspruch genommen wird.

Die KfW hat die IKB mit Vereinbarung vom 10./16. September 2008 in bestimmtem Umfang von Ansprüchen aus Rechtsstreitigkeiten u. ä. (einschließlich damit zusammenhängender Verfahrenskosten) freigestellt, die im Zusammenhang mit Rhineland Funding, Rhinebridge oder den Havenrock-Gesellschaften wegen vor dem 29. Oktober 2008 eingetretener Ereignisse gegen die IKB gerichtet werden. Auch wenn die Freistellung betragsmäßig begrenzt ist, geht die IKB davon aus, dass die Risiken aus aktuell geltend gemachten Rechtsstreitigkeiten durch die Freistellung im Wesentlichen gedeckt sind. Die IKB AG unterliegt in diesem Zusammenhang umfänglichen Informations-, Auskunft-, Mitwirkungs- und Handlungspflichten gegenüber der KfW. Ansprüche von Aktionären der IKB AG oder Anlegern in Finanzinstrumenten, die an die Entwicklung der IKB-Aktien gekoppelt sind, sind nicht von der Freistellung umfasst.

Wenn die IKB eine mit einem konkreten von der Freistellungsvereinbarung umfassten Anspruch in Zusammenhang stehende Verpflichtung aus der Freistellungsvereinbarung schuldhaft verletzt, erlischt unter bestimmten Voraussetzungen der Freistellungsanspruch in Bezug auf diesen konkreten Anspruch. Der Vorstand erachtet das Risiko einer Pflichtverletzung als gering, da zur Sicherstellung der vertraglichen Verpflichtungen der IKB die notwendigen Umsetzungsschritte für die Einhaltung eines vertragskonformen Verhaltens in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit der KfW detailliert bestimmt und schriftlich dokumentiert wurden. Die Ansprüche der IKB auf Freistellung erlöschen zudem rückwirkend, wenn der Aktienkauf- und Übertragungsvertrag oder die dingliche Anteilsübertragung zwischen KfW und LSF6 Europe Financial Holdings L.P. nichtig sind oder werden oder eine der Parteien ein Gestaltungsrecht ausübt, das zur Rückabwicklung der im Hinblick auf das Verpflichtungsgeschäft erbrachten Leistung berechtigt. Darüber hinaus erlöschen die Ansprüche aus der Freistellungsvereinbarung, wenn auch bei Berücksichtigung der Ansprüche aus der Freistellungsvereinbarung bei der IKB AG ein Insolvenzgrund vorliegt oder ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der IKB AG gestellt wird.

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf hat im Juli 2009 Anklage gegen den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden, Herrn Ortseifen, wegen Marktmanipulation und Untreue erhoben. Der Vorwurf der Untreue steht dabei in Zusammenhang mit Bauvorhaben an der von Herrn Ortseifen bewohnten – jedoch der Bank gehörenden – Immobilie.

Gegen zwei weitere ehemalige Vorstandsmitglieder wurde in diesem Zusammenhang Strafbefehl beim Amtsgericht Düsseldorf beantragt. Gegen sämtliche andere Beschuldigte wurden die Ermittlungsverfahren (auch im Hinblick auf das Verfahren wegen Untreue durch pflichtwidrige Portfolioinvestments) mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt. Bezüglich des Verdachts der Unrichtigen Darstellung laufen seit diesem Berichtszeitraum noch ergänzende Ermittlungen.

Die Bank hat dabei die Rolle der potenziell Geschädigten. Der Vorstand unterstützt die Staatsanwaltschaft bei ihrer Arbeit und kooperiert mit ihr in jeglicher Hinsicht, um möglichst schnell eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge zu erreichen.

Beihilfe-Verfahren. Im Zusammenhang mit den Rettungsmaßnahmen der KfW mit Unterstützung der Bankenverbände zugunsten der IKB hat die EU-Kommission die Maßnahmen als Beihilfe qualifiziert und im Oktober 2008 unter strengen Auflagen genehmigt. Die Gesellschaft setzt erhebliche Ressourcen ein, um diese Auflagen umzusetzen. Sofern dies nicht gelingt, können der Gesellschaft wesentliche rechtliche und wirtschaftliche Nachteile entstehen.

Anfechtungsklagen gegen die Beschlüsse von Hauptversammlungen. Gegen Beschlüsse der Hauptversammlung vom 28. August 2008 ist derzeit noch eine Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage zu Tagesordnungspunkt 6 (Aufsichtsratswahlen) rechtshängig.

Gegen Beschlüsse der außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 sind derzeit (Stand 7. Juli 2009) die folgenden Klagen rechtshängig:

- 11 Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen zu TOP 1 (genehmigtes Kapital),
- 9 Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen zu TOP 2 (bedingte Kapitalerhöhung),
- 25 Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen zu den TOP 3 und 4 (Aufhebung der Sonderprüfung bezüglich des Vorstands und des Aufsichtsrats),
- 9 Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen zu TOP 5 (Aufsichtsratswahlen),
- 1 Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklage zu TOP 8 (Satzungsänderung bezüglich der Wahl des Vorsitzenden der Hauptversammlung) sowie
- 4 Klagen gegen den Beschluss über die Ablehnung des in der Hauptversammlung gestellten Antrags auf Abwahl des Versammlungsleiters.

Risiken im Zusammenhang mit Auflagen des SoFFin

Neben anderen Auflagen verpflichtet eine Auflage des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) die IKB zur Erstellung von Monats-, Quartals-, Halbjahres- und Jahresberichten, die die finanzielle und wirtschaftliche Situation der IKB darstellen. Mit der Nichteinhaltung der Verpflichtungen sind bestimmte Rechtsfolgen, u. a. Strafanordnungen in Höhe von 1 Mio. € pro Verstoß, verbunden. Es wurden daher Prozesse implementiert, um die operationellen Risiken der Nichteinhaltung zu minimieren.

Weiterhin hat die IKB AG sicherzustellen, dass sie angemessen kapitalisiert ist, d. h. konkret, über eine Kernkapitalquote nach § 10 Abs. 2a KWG von mindestens 8 % des in § 2 Abs. 6 Satz 2 SolvV genannten Nenners der Gesamtkennziffer verfügt. Reduziert sich während der Laufzeit des Garantievertrages das Kernkapital des Unternehmens nach § 10 Abs. 2a KWG auf weniger als 8 % des in § 2 Abs. 6 Satz 2 SolvV genannten Nenners der Gesamtkennziffer, so hat die IKB den SoFFin hierüber unverzüglich zu informieren und unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die geforderte Kernkapitalquote von mindestens 8 % des in § 2 Abs. 6 Satz 2 SolvV genannten Nenners der Gesamtkennziffer wieder zu erreichen (zu den Auflagen zur erweiterten SoFFin-Garantie vom 3. Juli 2009 siehe Nachtragsbericht).

IT-Risiken

Im Bereich der IT-Risiken liegen die Schwerpunkte in Maßnahmen zur Weiterentwicklung des bankweiten Notfallmanagements, der Sicherheit der DV-Systeme sowie der Sicherheit des Datenbestandes. Hierzu gehörte neben der kontinuierlichen Verbesserung des Informationssicherheits-Managements (ISMS), basierend auf den internationalen Standards ISO 27001:2005, ISO 27002:2005 sowie den Standards des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), die Angleichung der System- und Netzwerksicherheit an die weiterhin stark zunehmenden externen Bedrohungen. Eine deutliche Verringerung der operationellen Risiken wurde durch die Inbetriebnahme eines – räumlich getrennten – Ausweichrechenzentrums erzielt. Die Weiterbildung der Mitarbeiter ist ebenfalls ein integraler Bestandteil der Vorsorge. Unterstützt werden diese Maßnahmen durch regelmäßige Prüfungen und Notfallübungen. Die Umsetzung eines angemessenen Managementsystems für die Informationssicherheit gemäß ISO 27001 wurde vom TÜV Rheinland erneut bestätigt.

Bei verschiedenen Prüfungen wurde festgestellt, dass in den Fachbereichen entwickelte Anwendungen (sogenannte IDV-Anwendungen) nicht ausreichend dokumentiert sind. Der Bereich IT koordiniert aktuell die Erstellung entsprechender Dokumentationen und schult die Fachbereiche auf Anfrage. Die Verantwortung für die Erstellung der Dokumentation und die Meldung der IDV-Anwendung an IT liegt jedoch weiterhin innerhalb der Fachbereiche.

Compliance-Risiken

Als Kreditinstitut unterliegt die IKB speziellen Rechtsnormen. Dazu zählen unter anderem Vorschriften zur Vermeidung von Interessenkonflikten, Marktmanipulationen oder Insiderhandel und Geldwäsche. Die Regelungen zur Geldwäscheprävention sind in speziellen Organisationsanweisungen für die IKB sowie in spezifischen Handbüchern an den jeweils betroffenen ausländischen Standorten niedergelegt.

Des Weiteren hat die IKB ein Compliance-Konzept implementiert, in dem die Verhaltensanforderungen bezüglich der Wertpapiercompliance für alle Mitarbeiter verbindlich festgelegt sind. Dieses wird ergänzt durch die Konzernrichtlinie über den Umgang mit Interessenkonflikten. Für die Standorte London, Luxemburg und New York wurden jeweils standortspezifische Compliance-Konzepte erlassen.

In einem Code of Conduct hat die IKB darüber hinaus einen Verhaltenskodex formuliert, der die Wertvorstellungen und Überzeugungen der IKB abbildet. Die im Code of Conduct der IKB benannten Grundsätze enthalten die Anforderungen an das Verhalten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an sämtlichen Standorten des IKB Konzerns. Sie bilden den verbindlichen Orientierungsrahmen für das Tagesgeschäft.

Im Rahmen eines Projektes wurde im Berichtsjahr zunächst eine vorbereitende Analyse durchgeführt, in der die Risiken aus externen/internen betrügerischen Handlungen zwecks weiterer Aufbereitung erhoben wurden. In dieser Analyse (Stand November 2008) wurden in einem ersten Schritt zunächst abstrakte Gefährdungsfelder für Betrugsrisiken identifiziert. Mangels bis dahin abgeschlossener Erkenntnisse war beim externen Betrug von einer mittleren Gefährdungslage der IKB auszugehen, die der anderer Häuser vergleichbarer Größe und mit einem vergleichbaren Geschäftsmodell entsprach. Zur Plausibilisierung und Verifizierung der seinerzeit gewonnenen Erkenntnisse ist eine weitere vertiefende Gefährdungsanalyse vorgesehen. Im Dezember 2008 wurden die Compliance-Funktionen unter Einrichtung einer unmittelbaren fachlichen Berichtslinie an den Vorstandsvorsitzenden in den Bereich Recht integriert, wobei die Koordination dieser Funktionen durch den neu ernannten Chief Compliance Officer erfolgt. Der neue Chief Compliance Officer wurde beauftragt, im Geschäftsjahr 2009/10 die bereits im Berichtsjahr eingeleiteten Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung fortzuentwickeln und eine Ausdehnung der Compliance-Funktion zu installieren. Hierzu gehören unter anderem eine weitere Detaillierung des Code of Conduct, insbesondere hinsichtlich der Einführung von Vergünstigungswertgrenzen, und die Etablierung eines externen Hinweisgebersystems.

Die IKB hat im März 2008 eine Gefährdungsanalyse bezüglich der Geldwäscherisiken erstellt, die alle gruppenangehörigen Unternehmen und Zweigniederlassungen im In- und Ausland umfasste. Das Neugeschäft der IKB wurde für das Berichtsjahr anhand einer Auswertung per März 2009 überprüft. Es ergaben sich keine signifikanten Veränderungen, aufgrund derer eine Neubewertung der Gefährdungssituation vorzunehmen gewesen wäre.

Lediglich bezogen auf die erhöhten Sorgfaltspflichten im Kreditgeschäft mit Auslandsbezug ist eine Prozessmodifizierung veranlasst worden, die bei Krediten in festgelegten Risikoländern eine Einbindung des Geldwäschebeauftragten vor der Kreditentscheidung festlegt.

Bezogen auf die internen Risiken (Aufbau- und Ablauforganisation), ist im Berichtsjahr keine Neubewertung erfolgt, weil die Bank im Januar 2009 ein neues Geschäftsmodell beschlossen hat, das im Laufe des Geschäftsjahres 2009/10 umzusetzen ist. In diesem Zusammenhang sind die Gefährdungsanalyse und die Organisation der Geldwäscherprävention zeitnah grundlegend neu zu bewerten.

In der Gefährdungsanalyse wurden die kunden-, produkt- und transaktionsspezifischen Risiken erfasst und identifiziert sowie entsprechend kategorisiert. Aus den identifizierten Risiken wurden Indikatoren abgeleitet, die als Suchkriterien und Parameter bei der Überwachung zugrunde gelegt werden. Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass die IKB-Gruppe aufgrund der spezifischen Geschäftstätigkeit einem erheblich geringeren Geldwäscherisiko unterliegt als Institute mit Schaltergeschäft und Kontokorrentzahlungsverkehr.

Personalrisiken

Das Management der Personalrisiken liegt in der Verantwortung der einzelnen Zentralbereiche und Markteinheiten in Zusammenarbeit mit dem Personalbereich. Hierzu gehört nicht nur die Notwendigkeit einer angemessenen Personalausstattung zur Umsetzung der betrieblichen und strategischen Erfordernisse, sondern auch die Aufrechterhaltung der erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen der Mitarbeiter, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Verantwortlichkeiten benötigen. Die IKB setzt zu diesem Zweck ein umfassendes und kontinuierliches Aus- und Weiterbildungsmanagement ein, um das hohe Qualifikationsniveau der Mitarbeiter aufrechtzuerhalten. Um dem Risiko Rechnung zu tragen, dass es zu nachhaltigen Störungen des Betriebsablaufes aufgrund der Abwesenheit oder des Ausscheidens von Mitarbeitern kommt, bestehen in der IKB eindeutige Vertretungsregelungen und Funktionssicherstellungen, die regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Seit Beginn der Krise der Bank im Juli 2007 verzeichnete die IKB eine deutlich erhöhte Anzahl von Personalabgängen in allen Bereichen, die aufgrund der derzeitigen Lage der Gesellschaft nicht vollständig durch die Gewinnung neuen qualifizierten Personals kompensiert werden konnte. Die hierdurch entstandenen Beeinträchtigungen werden aktuell durch interne Transfermaßnahmen und den intensiven Einsatz externer Berater bewältigt. In den letzten zwei Quartalen ist die Anzahl eingehender Kündigungen stark rückläufig, was einerseits auf die Arbeitsmarktsituation und andererseits auch auf eine generelle Abwartehaltung hinsichtlich der Auswirkungen des Interessenausgleichs und Sozialplans zurückzuführen sein könnte.

Aufgrund der umfangreichen Reorganisationsvorhaben kommt es zu einem erheblichen Arbeitsplatzumbau sowie einer Reduzierung von Arbeitsplätzen. Bestehende Strukturen und gewachsene Prozesse werden verändert und Stellenprofile modifiziert. In der Übergangsphase kann dies zu Ineffizienzen und einer vermehrten Fehlerneigung führen. Darüber hinaus kann es zu Inkongruenzen zwischen der sozialbedingten Schutzbedürftigkeit einzelner Mitarbeiter und den Belangen der Bank, der IKB S.A. und der IKB CC kommen. Durch die klaren Regelungen u. a. im Interessenausgleich und Sozialplan sowie die nach wie vor stabilen Führungsstrukturen erwarten wir kein operatives Risiko bei der Umsetzung der oben genannten Regelungen.

Strategische Risiken und Reputationsrisiken

Strategische Risiken betreffen die Gefährdung der langfristigen Erfolgsposition der Bank. Diese können durch Veränderungen im rechtlichen oder gesellschaftlichen Umfeld erfolgen, aber auch von Seiten der Markt- und Wettbewerbsbedingungen der Kunden oder Refinanzierungspartner ausgehen.

Da es für strategische Risiken keine Regelmäßigkeiten gibt, sind sie als Spezialrisiken in einem integrierten System schwer fassbar. Sie stehen deshalb unter besonderer Beobachtung des Vorstands und der Stabsabteilung Strategische Planung und werden kontinuierlich betrachtet. Hierzu gehören ferner die regelmäßige Überprüfung der geänderten Geschäftsstrategie (nach deren endgültiger Verabschiedung) auch im Rahmen des strategischen Planungsprozesses sowie die daraus resultierende Durchführung strategischer Initiativen und Restrukturierungsmaßnahmen. Das bisherige Geschäftsmodell der IKB ist durch die Auflagen der EU-Kommission in einzelnen Bereichen (primär Immobilienkunden) eingeschränkt worden. Mit der Neuausrichtung des Geschäftsmodells der IKB, u. a. durch eine Verbreitung des Produktangebotes für Mittelstandskunden (Angebot von Beratungsprodukten) und eine intensivere Ausschöpfung des Kundenpotenzials, wird die Zielsetzung verfolgt, die Auswirkungen der Auflagen der EU-Kommission in ertragsmäßiger Hinsicht zu kompensieren.

Reputationsrisiken sind die Gefahr von Verlusten, sinkenden Erträgen, steigenden Kosten oder einem verringerten Unternehmenswert aufgrund einer Verschlechterung des Ansehens der Bank in der Öffentlichkeit, vor allem bei Kunden, Anteilseignern, Ratingagenturen oder Mitarbeitern. Reputationsrisiken resultieren häufig aus anderen Risikoarten und verstärken diese durch deren Öffentlichkeitswirkung.

Im Zuge der Neuausrichtung ist es ein wichtiges Ziel der IKB, die durch die Krise beschädigte Reputation wieder dauerhaft zu verbessern. Das Management des Reputationsrisikos in der IKB wird direkt durch den Vorstand wahrgenommen.

Geschäftsrisiken

Unter Geschäftsrisiko versteht die Gesellschaft unerwartete negative Planabweichungen bei den Zins- und Provisionserträgen und bei den betrieblichen Aufwendungen infolge verschlechterter Marktbedingungen, Veränderungen der Wettbewerbsposition oder des Kundenverhaltens sowie aufgrund geänderter rechtlicher Rahmenbedingungen.

Das operative Management des Geschäftsrisikos – also der Gefahr einer negativen Veränderung der Ertragslage innerhalb der mit dem Vorstand vereinbarten Geschäftsstrategie – liegt in der Verantwortung jedes einzelnen Geschäftsfeldes, Zentralbereiches und jeder Tochtergesellschaft. Das im Bereich Financial Controlling angesiedelte Ergebniscontrolling hat die Aufgabe, die unterjährige Erlös- und Kostenentwicklung durch kontinuierliche Plan-Ist-Vergleiche nachzuhalten und monatlich an den Vorstand und die Geschäftsfelder zu berichten.

Die Quantifizierung des Geschäftsrisikos für die Risikotragfähigkeit erfolgt mittels eines Modells auf Basis der statistisch ermittelten Kosten- und Erlösvolatilitäten, das die historischen Abweichungen des tatsächlichen Provisions- und Zinsergebnisses und der betrieblichen Aufwendungen von den Planwerten errechnet. Das hierdurch gebundene ökonomische Kapital wird im Rahmen der regelmäßigen Risikotragfähigkeitsanalyse berücksichtigt.

Risikoreporting und Risikokommunikation. Die Abweichung von den Planungs- und Zielgrößen werden monatlich an den Vorstand sowie die jeweiligen Zentralbereichs- und Geschäftsfeldleitungen berichtet, um frühzeitig gegensteuern zu können. Damit stehen allen Geschäftsfeldern und Zentralbereichen die für sie notwendigen Informationen zeitnah und umfassend zur Verfügung.

Gesamtaussage zur Risikosituation

In einem nach wie vor extrem von Unsicherheit und Volatilität geprägten Marktumfeld sowie in einer tiefen Rezession ist die IKB weiterhin erheblichen Risiken durch Kreditausfälle, Zinsänderungs-, Liquiditäts- und Rechtsrisiken ausgesetzt.

Die Auswirkungen der weltweiten Konjunkturabschwächung auf das Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft sind derzeit nur sehr schwer abschätzbar. Die Gefahr einer weiteren wirtschaftlichen Verschlechterung ist unverändert sehr groß. In einzelnen Branchen, wie insbesondere Automotive, sind die negativen Entwicklungen bereits deutlich erkennbar. Die Auswirkungen der Rezession haben im zurückliegenden Geschäftsjahr in besonderem Maße Spuren bei den Akquisitionsfinanzierungen hinterlassen, auf die mehr als die Hälfte der Wertberichtigungen entfallen sind.

In allen Kapitalmärkten zeigt – neben der anhaltenden Finanzmarktkrise – auch der eingetretene abrupte Konjunkturunbruch Wirkung in Form eines weiteren hohen Anstiegs von Volatilitäten und Credit Spreads, die zumindest zu hohen Bewertungsverlusten beitragen. Hiervon waren und sind weiter insbesondere auch die verbrieften Kreditrisiken betroffen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr waren weitere Wertverluste bei strukturierten Wertpapieren und damit zusätzliche Belastungen in der Gewinn- und Verlustrechnung hinzunehmen. Nach der im Dezember 2008 erfolgten Übertragung eines größeren Teils der Portfolioinvestments auf die voll konsolidierte Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited ist das Restrisiko der IKB nun begrenzt auf

- die sich in Abwicklung befindlichen und nicht veräußerten Portfolioinvestments in Höhe von nominal 0,5 Mrd. €. Die sich aus diesen Transaktionen für die IKB ergebenden Risiken sind im Wesentlichen auf die Werthaltigkeit der gestellten Sicherheiten sowie etwaige rechtliche Risiken bei der Geltendmachung von Ansprüchen auf die Erlöse aus den Sicherheiten im Rahmen der Abwicklung begrenzt,
- zwei im Mai 2009 restrukturierte Transaktionen von nominal 0,2 Mrd. €, deren Referenzaktiva Unternehmen und Staaten sind,

- die strukturierten Wertpapiere, die aus der Geschäftstätigkeit der Markteinheiten resultieren und überwiegend im Zusammenhang mit Ausplatzierungen eigener Finanzierungen stehen,
- das von der IKB AG gewährte nachrangige Darlehen (Erstverlustrisiko) an die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited.

Trotz aller Maßnahmen zur Reduktion des Zinsänderungsrisikos verbleibt vor dem Hintergrund der extremen Marktverwerfungen ein relativ hohes Risiko aus steigenden Schwankungsbreiten der Zinsen (Volatilitätsrisiko, Vega) aufgrund der in der Eigenmittelanlage eingesetzten optionalen Elemente.

Das Liquiditätsrisiko ist durch die Unterstützung des SoFFin insoweit abgemildert, dass die IKB die geplanten eigenen Maßnahmen zur Liquiditätsbeschaffung in Ruhe und in einem wieder sich normalisierenden Marktumfeld umsetzen können wird.

Die Risikotragfähigkeit ist per 31. März 2009 zwar sowohl aus der Eigenkapitalgeber- als auch Fremdkapitalgebersicht gegeben, sie ist aber angespannt. Durch die Verluste hat sich die Risikodeckungsmasse deutlich reduziert, während gleichzeitig krisenbedingt der ökonomische Eigenkapitalbedarf zur Abdeckung der Risiken angestiegen ist. Im Falle einer deutlichen Ausdehnung der aktuellen Rezession auch über das Jahr 2010 hinaus und einer nochmaligen gravierenden Belastung des Kapitalmarktes, wie er nach dem Zusammenbruch des Bankhauses Lehman Brothers beobachtet werden musste, wäre die Risikotragfähigkeit nicht mehr gegeben.

Aus diesem Grund nutzt die Bank alle wirtschaftlich vertretbaren Möglichkeiten, ihre Risikopositionierung weiter zu verringern. Dies betrifft sowohl die Adressenausfallrisiken, die nicht zuletzt auch durch den Abbau des Immobilienportfolios reduziert werden sollen, als auch die Marktpreisrisiken. So wird der schon seit Beginn der Krise eingeschlagene Weg des strukturellen Abbaus der Zinsposition weiter vorangetrieben.

Der Fortbestand der IKB hängt davon ab, dass die

- seitens des SoFFin für die Vergabe der Garantien,
- von der EU-Kommission für die Genehmigung der Beihilfe und
- vom Einlagensicherungsfonds des privaten Bankgewerbes

gemachten Auflagen eingehalten werden und die EU-Kommission auch den erweiterten SoFFin-Garantierahmen genehmigt.

Hierzu ist es insbesondere erforderlich, dass

- die Kernkapitalquote von mindestens 8 % auf Ebene des Einzelinstituts und der Institutsgruppe eingehalten wird,
- die Konzernbilanzsumme bis zum 30. September 2011 auf € 33,5 Mrd. reduziert wird,
- das Segment Immobilienfinanzierung sowie die Aktivitäten an den Standorten Luxemburg und New York termingerecht aufgegeben werden und
- die Risikotragfähigkeit auch zukünftig unter Berücksichtigung der vorstehenden Punkte sowie des neuen Geschäftsmodells gegeben ist.

Sofern es zur Einhaltung der Kernkapitalquote von mindestens 8 % und zur Gewährleistung der Risikotragfähigkeit in den nächsten Geschäftsjahren nicht gelingt, Risikopositionen in ausreichendem Maße abzubauen, ist die Zuführung von weiterem Eigenkapital erforderlich.

Diese Vorgaben hat die IKB nicht nur in ihrer Planung berücksichtigt, sondern auch Prozesse und Gremien für das dafür erforderliche nachhaltige Bilanzstrukturmanagement geschaffen. Dazu gehört neben der Veräußerung bestimmter, nicht mehr zum Kerngeschäft der Bank gehörender Risikoaktiva an institutionelle Investoren auch die Veränderung der Refinanzierungsstruktur.

Neben der zeitlichen Komponente der Umsetzung der EU-Auflagen werden auch die Auswirkungen auf die wichtigsten wirtschaftlichen Kenngrößen wie Kernkapital, laufende Ertragsbelastungen und Liquidität laufend überwacht.

Für den Fall, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise länger als erwartet anhalten sollte, besteht für die Umsetzung der Maßnahmen allerdings Raum für ggf. erforderliche Anpassungen. Je nach Dauer der Marktverwerfungen muss beispielsweise der Verkauf von Bilanzaktiva nicht um jeden Preis vorgenommen werden, um die EU-Auflagen zu erfüllen. Auch bei einer temporären Unterschreitung der vom SoFFin geforderten Mindestkernkapitalquote können mit dem SoFFin geeignete Maßnahmen abgestimmt werden.

Der Vorstand geht allerdings davon aus, dass die Auflagen fristgerecht umgesetzt und gleichzeitig die wirtschaftlichen Vorgaben eingehalten werden.

5. Ereignisse nach dem 31. März 2009 (Nachtragsbericht)

Seit dem 31. März 2009 haben sich die folgenden neuen Entwicklungen ergeben.

Kernkapitalstärkung durch Lone Star

Die von LSF6 Rio S.à.r.l. im November und Dezember 2008 übernommenen Nachrangschuldverschreibungen der IKB AG im Gesamtnennbetrag von 101,5 Mio. € wurden am 4. Juni 2009 auf die LSF6 Europe Financial Holding L.P. übertragen. Durch eine Verzichts- und Besserungsvereinbarung zwischen der LSF6 Europe Financial Holdings L.P. und der IKB AG vom 5. Juni 2009 hat die LSF6 Europe Financial Holdings L.P. als Inhaberin von Nachrangschuldverschreibungen der IKB AG im Gesamtnennbetrag von 101,5 Mio. € auf ihren Rückzahlungsanspruch und künftige Zinszahlungsansprüche gegen die IKB AG aus diesen Schuldverschreibungen auflösend bedingt durch den Eintritt des Besserungsfalles verzichtet und dadurch eine Zuzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von 101,5 Mio. € gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB erbracht. Der Besserungsfall tritt ein, soweit die IKB AG einen Jahresüberschuss ausweisen könnte sowie die bankaufsichtsrechtliche Eigenkapitalquote von mindestens 9,0 % auf Einzelinstitutsebene einhält.

Weiterhin wird sich am 14. Juli 2009 mit Ausgabe der Aktien an LSF6 Rio S.à.r.l., Luxemburg, im Anschluss an die Wandlung der am 11. Dezember 2008 gekauften Schuldverschreibungen mit bedingter Wandlungspflicht und bedingtem Wandlungsrecht der IKB AG in Höhe von 123,5 Mio. € das Grundkapital der Bank um 123,5 Mio. € erhöhen. Das Grundkapital der IKB AG wird ab dem 14. Juli 2009 1.621 Mio. € (vorher: 1.498 Mio. €) betragen, eingeteilt in 633.326.261 (vorher: 585.075.911) nennwertlose Stückaktien. Der Lone-Star-Anteil am Grundkapital der IKB AG wird sich nach Lieferung der Aktien auf 91,5 % erhöhen.

Erweiterung des Garantierahmens des SoFFin

Mit der Begebung einer staatlich garantierten Emission über 1 Mrd. € im April 2009 wurde der Garantierahmen des SoFFin über 5 Mrd. € vom Dezember 2008 vollständig ausgenutzt.

Am 3. Juli 2009 hat der SoFFin gegenüber der IKB AG seine Absicht erklärt, den Garantierahmen der IKB für neu zu begebende Schuldverschreibungen um 7 Mrd. € zu erweitern. Nach vertraglicher Umsetzung dieser Entscheidung und der noch ausstehenden Genehmigung der EU-Kommission – Notifizierung ist bereits erfolgt – wird die IKB insgesamt über einen Garantierahmen von 12 Mrd. € verfügen, von dem bisher 5 Mrd. € für die Emission von staatsgarantierten Schuldverschreibungen genutzt wurden.

Bedingung des Garantierahmenvertrages ist u. a., dass die IKB auch in Zukunft eine Kernkapitalquote von mindestens 8 % einhält.

In diesem Zusammenhang wurde vom Prüfungsverband Deutscher Banken e.V. in seiner Eigenschaft als Dienstleister für den Einlagensicherungsfonds des privaten Bankgewerbes zur Aufrechterhaltung der Einlagensicherung die Begrenzung der geschützten Kundeneinlagen auf ein Volumen von maximal 11 Mrd. € (bisher 9 Mrd. € bis zum 30. September 2011) für die Laufzeit der SoFFin-Garantien festgelegt.

Die Mitglieder des Vorstands der IKB AG verzichten ab dem 3. Juli 2009 bis zum 31. Dezember 2010 freiwillig auf Zahlungen, die den Betrag von 500 Tsd. € p.a. übersteigen. Nebenleistungen (z.B. KfZ, Versicherungen, Pensionsabschlagszahlungen, Telefonnutzung) bleiben hiervon unberührt. Nachzahlungen sind erst ab Auslaufen der SoFFin-Garantien zulässig.

Die staatsgarantierten Schuldverschreibungen aus dem erweiterten Rahmen dürfen über maximal 4 Mrd. € eine Laufzeit von bis zu 36 Monaten und über maximal 3 Mrd. € eine Laufzeit von bis zu 60 Monaten haben, müssen jedoch spätestens am 31. Dezember 2014 fällig sein. Auf den Betrag der am 30. Juni 2013 noch ausstehenden SoFFin-garantierten IKB-Anleihen zahlt die IKB AG zusätzlich zu den vereinbarten Garantiegebühren 2 % bei Fälligkeit an den SoFFin.

Mit der Erweiterung des Garantierahmens nutzt die IKB das vom Bund bereitgestellte Garantieinstrument, weil die Situation an den Geld- und Kapitalmärkten gerade für Banken weiterhin so schwierig ist, dass eine adäquate Refinanzierung für die IKB derzeit kaum möglich ist.

Mit staatsgarantierten Emissionen beabsichtigt die IKB, ihre Liquidität weiterhin sicherzustellen und das Geschäft mit ihren mittelständischen Kunden zu stabilisieren. Die IKB hat keine SoFFin-Leistungen für Rekapitalisierung oder Risikoübernahme beantragt.

Die erste staatlich garantierte Emission unter diesem Garantierahmen ist für Ende Juli 2009 geplant.

Stand Umsetzung der EU-Auflagen

Der Stand der Umsetzung der EU-Auflagen stellt sich Ende Juni 2009 wie folgt dar:

- Segment Immobilienfinanzierung: Das Kreditvolumen in diesem Segment wurde bereits um 10 % abgebaut (Zwischenziel bis 30. September 2010: Abbau 20 %); die Abwicklung/Verkauf betroffener Tochtergesellschaften ist angelaufen.
- Movesta Lease and Finance GmbH: Der Prozess zur Veräußerung des 50%-Anteils der IKB AG an der Movesta Lease and Finance GmbH ist schon weit vorangeschritten. Nach dem weitgehend abgeschlossenen Due-Diligence-Prozess finden derzeit weiterführende Analysen und Vertragsverhandlungen auf exklusiver Basis mit Kaufinteressenten statt. Die Unterzeichnung des Kaufvertrages soll im August 2009 erfolgen.

- IKB CC, New York: Das Zwischenziel „Abbau von 25 % des Kredit-Portfolios bis zum 30. September 2010“ – ausgehend von einem Kreditportfolio in Höhe von nominal 1,2 Mrd. € per 31. März 2007 – ist mit einem aktuellen Stand von nominal 0,9 Mrd. € per 31. März 2009 bereits weitgehend erreicht. Per 30. Juni 2009 wurde dieses Ziel bereits umgesetzt, da das Kreditportfolio nur noch rund 0,61 Mrd. € umfasst.
- IKB S.A.: Zur Abwicklung der IKB S.A. und zur Übernahme bestimmter Aufgaben durch die Muttergesellschaft werden zurzeit die konzeptionellen und praktischen Vorbereitungen getroffen.
- Die Geschäftstätigkeiten der IKB in Amsterdam wurden bereits eingestellt.
- Der Verkauf nicht strategischer Aktivpositionen ist bereits weit fortgeschritten; das Kreditvolumen per 31. März 2009 hat sich im Vergleich zum 31. März 2007 von 1,7 Mrd. € auf 0,6 Mrd. € verringert.

Personalia

Mit Wirkung vom 27. April 2009 hat Herr Dr.-Ing. E.h. Eberhard Reuther sein Aufsichtsratsmandat bei der IKB AG niedergelegt. Durch Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf wurde Herr Dr. Thomas Rabe, Berlin, Mitglied des Vorstands der Bertelsmann AG, mit Wirkung zum 23. Juni 2009 zum Mitglied des Aufsichtsrats der IKB AG bestellt.

Herr Dr. Reinhard Grzesik, Mitglied des Vorstands der IKB AG, ist auf eigenen Wunsch und aus persönlichen Gründen zum 3. Juli 2009 aus dem Vorstand der IKB AG ausgeschieden. Der Vorstand der IKB AG wird auf vier Mitglieder verkleinert. Die Aufgabengebiete von Herrn Dr. Grzesik, Finanzen, Steuern, Immobilien und IT, übernahm Herr Dr. Dieter Glüder, bislang im IKB-Vorstand verantwortlich für Produkte, Treasury und Volkswirtschaft. Zusätzlich zu ihren bisherigen Aufgaben übernahmen der Vorstandsvorsitzende, Herr Hans Jörg Schüttler, das Treasury und der Vertriebsvorstand, Herr Dr. Michael H. Wiedmann, den Produktbereich und den Bereich Volkswirtschaft. Herr Claus Momburg ist im Vorstand der IKB AG weiterhin für Risikomanagement, Credit Operations sowie Personal zuständig.

6. Prognosebericht

Zukünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Vorstand erwartet, dass die Rahmenbedingungen für das Kerngeschäft der Bank im weiteren Verlauf des Jahres 2009 und in 2010 noch schwieriger werden:

Als Folge der Zuspitzung der internationalen Finanzkrise im Herbst 2008 hat sich der globale Abschwung dramatisch verschärft. Weltweit sind nahezu alle Länder direkt oder indirekt über Folgewirkungen betroffen, wie z. B. die Liquiditätsklemme auf den Interbankenmärkten, den Vertrauensverlust auf den Kapitalmärkten, Nachfrageeinbrüche im Welthandel oder fallende Rohstoffpreise. Damit hat sich die Finanzkrise zu einer realwirtschaftlichen globalen Krise ausgeweitet.

Deutschlands Exportwirtschaft – die treibende Kraft des vorangegangenen Aufschwungs – wurde durch den weltweiten Einbruch der Nachfrage nach Investitionsgütern besonders hart getroffen. Nach und nach hat sich die Krise zudem auf die Gesamtwirtschaft ausgeweitet. Damit befindet sich Deutschland seit Herbst 2008 in der tiefsten Rezession seit Gründung der Bundesrepublik.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrem Frühjahrsgutachten davon aus, dass das BIP 2009 um 6 % schrumpfen wird. Für 2010 ist mit keiner durchgreifenden Erholung zu rechnen. Dabei werden die Exporte 2009 im Zuge des Einbruchs im Welthandel deutlich um über 20 % sinken und im darauffolgenden Jahr nur leicht um 2 % zunehmen.

Die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen, die für das Kreditgeschäft der Bank wichtigste gesamtwirtschaftliche Determinante, dürften ebenfalls im Sog der weltweiten Krise und angesichts der Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Konjunktur deutlich zurückgefahren werden. Die Forschungsinstitute erwarten für 2009 ein Minus von 16 % und einen weiteren Rückgang von 2 % in 2010. Dagegen dürften die Bauinvestitionen anziehen, weil die Investitionsprogramme der öffentlichen Hand zum Tragen kommen. Auch ist zu erwarten, dass der private Konsum zunächst stützend wirkt. Mit dem zunehmenden Arbeitsplatzrisiko wird sich die Konsumneigung aber verschlechtern, sodass der private Verbrauch zum Jahresende 2009 deutlich sinkt.

Ein wesentlicher Faktor für die weitere Entwicklung ist, dass das Vertrauen in die Banken weltweit möglichst bald wiederhergestellt wird. Das wird nicht ohne eine wirkungsgerechte staatliche Unterstützung gelingen. Erst dann wird die Kreditvergabe sich wieder den Notwendigkeiten einer wirtschaftlichen Erholung vollumfänglich anpassen.

In Europa (EU 27) wird die Wirtschaftleistung nach einem Wachstum von 0,9 % in 2008 im Zuge der globalen Rezession um 4 % in 2009 und 0,5 % in 2010 schrumpfen.

Eingetrübt haben sich auch die Aussichten für die Staaten Mittelosteuropas. Die Folgen der Finanzkrise sind auch hier deutlich zu spüren. In der Region insgesamt zeichnet sich seit dem dritten Quartal 2008 eine Abschwächung der Wirtschaftsentwicklung ab, wobei der Verlauf in den einzelnen Länder sehr unterschiedlich ist. Insgesamt werden in der Region ein Sinken des Bruttoinlandsprodukts um 1,7 % in 2009 und eine leichte Erholung um 0,8 % in 2010 erwartet.

Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die Auflagen der EU-Kommission zwingen zu einer grundlegenden Überarbeitung der Geschäftsaktivitäten der IKB. Unter anderem ist das Immobilienfinanzierungsgeschäft einzustellen, die Konzernbilanzsumme muss bis zum 30. September 2011 auf 33,5 Mrd. € verringert werden. Die IKB wird deshalb das Kundengeschäft stärker auf nicht bilanzwirksame Dienstleistungen konzentrieren.

Die Geschäftsbeziehungen zu den Firmenkunden sollen durch eine verbesserte Marktdurchdringung (bessere Ausschöpfung der vorhandenen Kundenbeziehungen und erhöhte Gewinnung von Neukunden) sowie die Einführung bzw. den Vertrieb neuer Produkte ausgebaut werden. Der langfristige Unternehmenskredit sowie strukturierte Finanzierungsformen werden wesentliche Produkte bleiben, aber durch Beratungs- und Serviceleistungen, die keine oder nur geringe Kreditrisiken bzw. Bilanzbelastung bedeuten, ergänzt werden. Die intensivere Ausschöpfung des Kundenpotenzials spiegelt sich auch in der Reorganisation des Vertriebs und des Produktmanagements wider. Kundenverantwortung und Produktmanagement werden getrennt.

Innovative Finanzierungslösungen für die Kunden sollen integraler Bestandteil des Geschäftsmodells bleiben. Über Verbriefungen soll das Wachstum der Assets under Management mit der Einhaltung der EU-Auflage zur Begrenzung der Konzernbilanzsumme, dem vorhandenen Eigenkapital und der Liquidität in Einklang gebracht werden.

Der Bankenmarkt ist im Umbruch. Über die zukünftige Marktstruktur kann deshalb derzeit noch wenig ausgesagt werden. Die Margen im Firmenkundengeschäft werden voraussichtlich ansteigen. Die zügige (Re-) Fokussierung auf die Rolle einer Bank, die Unternehmen gerade aus dem Mittelstand innovative Dienstleistungen und Produkte zur Verfügung stellt, ist in diesem Umfeld ratsam und erfolgversprechend. Die Unternehmen müssen sich selbst an die bzw. in der Rezession anpassen und brauchen hierfür einen beratenden Partner.

Darüber hinaus zeichnen sich regulatorische Änderungen bzw. Restriktionen hinsichtlich höherer Eigenkapital- und Liquiditätspuffer im Bankensektor ab, deren Einhaltung durch Verbriefungen gezielt gesteuert werden kann.

Vermögenslage

Durch die Kapitalerhöhung konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Stabilisierung der Vermögenslage der IKB erreicht werden. So haben sich die Solvabilitätskoeffizienten der IKB deutlich verbessert und liegen trotz der im vergangenen Geschäftsjahr angefallenen Verluste deutlich höher als noch zu Beginn des Geschäftsjahres.

Ungeachtet des weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Umfelds erwartet die IKB auch für die Zukunft, dass ihre Solvabilitätskennziffern alle gesetzlichen Anforderungen erfüllen werden. Die IKB geht außerdem davon aus, dass ihre Solvabilitätskennziffern weiterhin bestimmte Mindestwerte übersteigen werden, zu denen sie sich vertraglich verpflichtet hat. Hierzu gehört insbesondere die Einhaltung einer Kernkapitalquote von mindestens 8 % durch die IKB AG. Zur Sicherung dieser und anderer Mindestquoten wird die IKB gegebenenfalls, insbesondere bei einer Fortsetzung des wirtschaftlichen Abschwungs, weitere Maßnahmen zur Stärkung ihrer Kapitalbasis durchführen.

Liquiditätssituation

Durch die Bewilligung einer weiteren Garantie in Höhe von 7 Mrd. € durch den SoFFin und den in Kürze geplanten Vertragsabschluss kann mit Hilfe der nachfolgend geplanten Emissionen und Assetverkäufe i.H.v. 3,9 Mrd. € die Liquidität der IKB für einen Prognosezeitraum von etwa zwei Jahren planmäßig sichergestellt werden. Die IKB hat sich im Zusammenhang mit den im Dezember 2008 bewilligten und bereits ausgeschöpften Garantien über 5 Mrd. € gegenüber dem SoFFin u. a. zu einer regelmäßigen umfangreichen Berichterstattung, zur Umsetzung der EU-Auflagen und zur Einhaltung einer Kernkapitalquote von 8 % verpflichtet. Diese Anforderungen gelten u.a. auch für die erweiterte Garantie über 7 Mrd. € vom 3. Juli 2009.

Besicherte Finanzierungen und die Beleihung von Wertpapieren oder Krediten bei der Zentralbank sind für alle Banken wesentliche Refinanzierungsquellen geworden, auch für die IKB. Im Interbankengeschäft nutzt die Bank ebenfalls das Instrument der besicherten Geldaufnahme zur Deckung der Liquiditätsbedarfe. Voraussetzung für die Refinanzierung in unbesicherter Form ist eine Normalisierung an den internationalen Kapitalmärkten. Darüber hinaus wird die IKB einen noch größeren Teil ihres Kreditgeschäftes als in der Vergangenheit durch die Aufnahme von Mitteln bei den öffentlichen Förderbanken refinanzieren.

In der Planung enthalten ist ein Liquiditätseffekt von 3,9 Mrd. € aus Assetverkäufen, die für die Erfüllung der EU-Auflagen betreffend die Reduktion der Bilanzsumme erforderlich sind. Somit sind auch die geplanten Asset-Verkäufe ein wichtiger Baustein für die Liquiditätsversorgung.

Die Bank nutzt zudem die Möglichkeit der Mittelaufnahme über durch die Einlagensicherung abgesicherte Geldmarktgeschäfte und Schuldscheindarlehen. Seit dem vierten Kalenderquartal 2008 hat die Bank mehr als 1 Mrd. € neue Kundeneinlagen gewinnen können, wobei der Schwerpunkt bei Termingeldeinlagen liegt. Vereinzelt konnten auch Schuldscheindarlehen bei institutionellen Anlegern und Unternehmen platziert werden.

Vor dem Hintergrund des aktuellen Ratings (Baa3/BBB-) wird die Emission von ungesicherten Inhaberschuldverschreibungen am Kapitalmarkt, wenn überhaupt, nur sehr selektiv und in kleinen Abschnitten möglich sein. Dies kann sich durch Veränderung des Anlegerverhaltens und/oder positive Ratingveränderungen auf längere Sicht besser darstellen.

Die künftige Liquiditätssituation ist weiterhin abhängig von der Neugeschäftsentwicklung und dem Abrufverhalten der Kunden aus bestehenden Kreditzusagen. Beide Faktoren wurden ausreichend konservativ in den Liquiditätsbedarf eingeplant.

Daneben können auch Collateral-Anforderungen der Bankpartner, insbesondere aus dem Derivategeschäft, die Liquidität der Bank beeinflussen. Die potenziellen Risiken hieraus werden ebenfalls in der Liquiditätsplanung abgebildet.

Ertragslage

Die Bank wird nach Abschluss der Restrukturierung voraussichtlich eine deutlich andere Ertragsstruktur und ein insgesamt niedrigeres Ertragsniveau haben als in den Geschäftsjahren vor 2007/08, da die in den Vorjahren vereinnahmten Erträge aus Portfolioinvestments deutlich zurückgehen. Die Geschäftsjahre 2009/10 und 2010/11 werden erheblich durch die Folgewirkungen der Finanzmarktkrise und die Ausweitung auf die Realwirtschaft und damit den Unternehmenssektor beeinträchtigt sein. Belastend wirken insbesondere die Einschränkung des Neugeschäftes sowie erhöhte Risikovorsorgen und die stark gestiegenen Refinanzierungskosten. Darüber hinaus wird die IKB durch Senkung der Sachkosten um 30 % auf Jahresbasis und Abbau von voraussichtlich 370 Arbeitsplätzen im Konzern die Kosten deutlich reduzieren. Mittelfristiges Ziel ist das Erreichen einer angemessenen Rendite aus dem operativen Geschäft auf das eingesetzte Kapital. Hierfür ist es erforderlich, dass aus dem geplanten Aufbau der Beratungsdienstleistungen zusätzliche Provisionserträge erzielt werden.

Die weitere Entwicklung der Bank hängt zudem davon ab, dass sich die Bank adäquat refinanzieren kann. Dafür sind neben dem erweiterten Garantierahmen des SoFFin eine Normalisierung der Kapitalmärkte zumindest für besicherte Mittelaufnahmen und die Wiederherstellung von Vertrauen in die Banken generell sowie daraus resultierende günstigere Refinanzierungskosten als unter den SoFFin-Garantien erforderlich.

Die Bedienung der Besserungsabreden im Zusammenhang mit der Bereitstellung von 1.050 Mio. € bankaufsichtsrechtlichem Kernkapital durch die KfW Bankengruppe im Geschäftsjahr 2007/08, der Besserungsabrede im Zusammenhang mit dem Verzicht von LSF6 Europe Financial Holdings L.P. auf den Rückzahlungsanspruch und künftige Zinszahlungsansprüche aus den im November und Dezember 2008 übernommenen Nachrangschuldverschreibungen der IKB AG sowie von Wertaufholungsrechten der hybriden Kapitalgeber führen voraussichtlich dazu, dass für mehrere Geschäftsjahre keine oder nur geringe Überschüsse im Konzern und in der IKB AG ausgewiesen werden.

7. Vergütungsbericht

Der vorliegende Vergütungsbericht bezieht sich auf die Vergütung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder im bzw. für das Geschäftsjahr 2008/09 und stellt die Ausgestaltung der Vergütungssysteme in diesem bzw. für dieses Geschäftsjahr dar. Er berücksichtigt die Regelungen des Handelsgesetzbuches sowie die Grundsätze des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Das Vergütungssystem des Vorstands

Im Geschäftsjahr 2008/09 hat sich die Zusammensetzung des Vorstands – wie schon im vorigen Geschäftsjahr – deutlich geändert. In dem Zeitraum, auf den sich dieser Vergütungsbericht bezieht, gehörten dem Vorstand die folgenden Mitglieder an:

- Hans Jörg Schüttler (Mitglied und Vorsitzender des Vorstands seit 1. November 2008),
- Dr. Günther Bräunig (Mitglied und Vorsitzender des Vorstands bis 31. Oktober 2008),
- Dr. Dieter Glüder,
- Dr. Reinhard Grzesik,
- Dr. Andreas Leimbach (1. April 2008 bis 31. Januar 2009),
- Claus Momburg,
- Dr. Michael H. Wiedmann (seit 1. März 2009).

Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einer festen jährlichen Grundvergütung, einer erfolgsabhängigen variablen Vergütung sowie erfolgsunabhängigen Nebenleistungen und Pensionszusagen zusammen. Aktienoptionspläne oder vergleichbare Gestaltungen bestehen nicht. Vier Vorstandsmitglieder erhalten bzw. erhielten neben ihrer festen jährlichen Grundvergütung zum Ausgleich für eine nicht vereinbarte Altersversorgung zusätzlich einen monatlichen Betrag von 10.000 € brutto.

Aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Situation der Bank wurde von der Entwicklung einer neuen Vergütungsstruktur bisher abgesehen. Für die Festlegung der Vorstandsvergütung im Einzelnen ist das Aufsichtsratspräsidium zuständig.

Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden insbesondere die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Vorstands insgesamt sowie die besondere Situation der Bank. Die Angemessenheit der jeweiligen Gesamtvergütungen wird regelmäßig vom Aufsichtsratspräsidium überprüft. Etwaige Bezüge aus Konzernmandaten werden einbezogen.

Erfolgsunabhängige Vergütungsbestandteile

Die erfolgsunabhängige Jahresgrundvergütung wird monatlich als Gehalt ausgezahlt. Zusätzlich erhalten die Vorstandsmitglieder Nebenleistungen in Form von Sachbezügen, die im Wesentlichen aus Versicherungsprämien und der Dienstwagennutzung bestehen. Als Vergütungsbestandteil sind diese Nebenleistungen vom einzelnen Vorstandsmitglied zu versteuern. Die konkrete Höhe variiert bei den einzelnen Vorstandsmitgliedern je nach der persönlichen Situation. Kredite oder Vorschüsse wurden Vorstandsmitgliedern im Berichtsjahr nicht gewährt.

Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile

Gemäß den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex umfassen die monetären Vergütungsbestandteile der Gesamtvergütung fixe und variable Bestandteile. Die variable Vergütungskomponente hat – bis auf einen 30 bzw. 60%igen Mindestanteil der Zieltantieme – Risikocharakter, sodass es sich hierbei nicht um eine gesicherte Vergütung handelt. Eine nachträgliche Änderung der vereinbarten Erfolgsziele ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Grundlage der variablen Vergütung ist zunächst das Erreichen der mit jedem aktiven Vorstandsmitglied für das jeweilige Geschäftsjahr an dessen Anfang schriftlich vereinbarten Ziele. Die Festlegung der erreichten variablen Vergütung erfolgt dann entsprechend dem Erreichungsgrad der Ziele. Maximal ist eine Tantieme von 200 %, minimal von 30 %, in je einem Fall von 50 % bzw. 60 % der Zieltantieme möglich. Darüber hinaus kann das Aufsichtsratspräsidium bei der Festlegung der variablen Bezüge nach seinem Ermessen weitere Aspekte berücksichtigen. Dies kann zu einer höheren oder niedrigeren Tantieme innerhalb der festgelegten Grenzen führen. Für das Geschäftsjahr 2008/09 hat der Aufsichtsrat mit den Vorstandsmitgliedern ausschließlich Ziele zur Stabilisierung der Bank vereinbart. Die variablen Vergütungen für das Geschäftsjahr 2008/09 wurden in einer Sitzung am 11. Mai 2009 durch das Aufsichtsratspräsidium festgelegt. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation der Bank auf der einen Seite und in Anerkennung ihres außerordentlichen Engagements im Rahmen der Restrukturierung auf der anderen Seite erhalten die Vorstandsmitglieder Herr Dr. Glüder, Herr Momburg, Herr Schüttler und Herr Dr. Wiedmann ihre jeweilige Zieltantieme.

Herr Dr. Grzesik bekommt für den Fall eines Kontrollwechsels eine Mindesttantieme von 150 %, wobei ein Kontrollwechsel vorliegt, wenn ein Dritter allein oder durch ihm entsprechend § 22 WpHG zuzurechnende Stimmrechte einen Stimmrechtsanteil erlangt, der in einer ordentlichen Hauptversammlung der IKB AG zu einem Stimmrechtsanteil in Höhe von mindestens der Hälfte des präsenten stimmberechtigten Grundkapitals geführt hätte. Die Bedingung ist mit dem Erwerb der KfW-Anteile im Geschäftsjahr 2008/09 durch LSF6 Europe Financial Holdings L.P. eingetreten.

Für Herrn Dr. Bräunig wurde auf dessen Wunsch die Mindesttantieme festgesetzt. Das Aufsichtsratspräsidium war grundsätzlich bereit, Herrn Dr. Bräunig eine höhere Tantieme auszus zahlen.

Change of Control

Die am 31. März 2009 amtierenden Vorstandsmitglieder haben keine Change-of-Control-Klausel in ihren Anstellungsverträgen bzw. nachträglich auf eine ursprünglich vereinbarte Klausel verzichtet.

Leistungen durch Dritte

Kein Mitglied des Vorstands hat im abgelaufenen Geschäftsjahr Leistungen oder entsprechende Zusagen von einem Dritten, ausgenommen Bezüge von Tochterunternehmen der IKB, im Hinblick auf seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied erhalten.

Einzelheiten zur Vergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2008/09 ergeben sich gemäß den vertraglichen Vereinbarungen und den Beschlüssen des Aufsichtsratspräsidiums aus der nachfolgenden Tabelle:

	Jahresvergütung (in Tsd. €)				Gesamt
	Festbezüge	Variable Bezüge	Pensionsersatz	Wert der Nebenleistungen*	
Hans Jörg Schüttler (seit 1.11.2008)	312	313	50	8	683
Dr. Günther Bräunig (bis 31.10.2008)	321	125		15	461
Dr. Dieter Glüder	442	650		43	1 135
Dr. Reinhard Grzesik	480	975	120	17	1 592
Dr. Andreas Leimbach (1.4.2008 bis 31.1.2009)	375	458	100	1 135	2 068
Claus Momburg	410	550		72	1 032
Dr. Michael H. Wiedmann (seit 1.3.2009)	40	46	10	1	97
Gesamt	2 380	3 117	280	1 291	7 068

* Einschließlich der erhaltenen Vergütungen für die Übernahme von Organfunktionen bei Tochterunternehmen in Höhe von 67 Tsd. € (Herr Dr. Glüder 20 Tsd. €, Herr Momburg 47 Tsd. €) sowie Zahlung einer Abfindung an Herrn Dr. Leimbach in Höhe von 1.120 Tsd. €.

Für das vorangegangene Geschäftsjahr 2007/08 belief sich die Jahresvergütung des Gesamtvorstands auf 4.264 Tsd. €. Hiervon entfielen 1.967 Tsd. € auf Festbezüge, 2.044 Tsd. € auf variable Bezüge, 56 Tsd. € auf Pensionsersatzzahlungen und 197 Tsd. € auf Nebenleistungen.

Im Rahmen der „Erweiterung des Garantierahmens des SoFFin“ (siehe Nachtragsbericht) verzichteten die Mitglieder des Vorstands der IKB AG ab dem 3. Juli 2009 bis zum 31. Dezember 2010 freiwillig auf Zahlungen, die den Betrag von 500 Tsd. € p.a. übersteigen. Nebenleistungen (z.B. KfZ, Versicherungen, Pensionsabschlagszahlungen, Telefonnutzung) bleiben hiervon unberührt. Nachzahlungen sind erst ab Auslaufen der SoFFin-Garantien zulässig.

Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit

Das ausgeschiedene Vorstandsmitglied Herr Dr. Leimbach hatte gemäß den mit ihm getroffenen Vereinbarungen das Recht, bei Eintritt neuer Mehrheitsverhältnisse im Aktionärskreis die vorzeitige Beendigung des Dienstvertrages zu verlangen. Die Vereinbarung dieser Klausel war zu den Zeiten der Existenzkrise der IKB mit anstehendem Wechsel des Hauptaktionärs notwendig, um eine qualifiziere Führungskraft gewinnen zu können. Herr Dr. Leimbach hat auf eigenen Wunsch und aus persönlichen Gründen das Dienstverhältnis zum 31. Januar 2009 beendet. Zur Abgeltung der Ansprüche aus dem Dienstvertrag hat Herr Dr. Leimbach eine für den Fall des Ausscheidens bei Eintritt neuer Mehrheitsverhältnisse im Aktionärskreis vertraglich vereinbarte Abfindung in Höhe von 1.120 Tsd. € erhalten (ein Jahresgehalt zzgl. Pensionsersatzleistungen zzgl. einer Tantieme in Höhe der 100%igen Zieltantieme für das Geschäftsjahr 2008/09).

Rückzahlungsansprüche der Gesellschaft

Das Aufsichtsratspräsidium hatte in seiner Sitzung am 16. Februar 2008 beschlossen, die für das Geschäftsjahr 2006/07 im Juli 2007 gezahlten erfolgsabhängigen Vergütungen an den Vorstand zurückzufordern.

Mit dem ehemaligen Vorstandsmitglied Herrn Braunsfeld wurde in Bezug auf die Rückzahlung der Tantieme für das Geschäftsjahr 2006/07 eine Aufhebungsvereinbarung zu seinem Dienstvertrag geschlossen, in dessen Rahmen der Rückzahlungsanspruch (25 Tsd. €) verrechnet wurde.

Die Tantiemeansprüche zwischen der IKB und den ehemaligen Vorstandsmitgliedern Herrn Dr. Doberanzke und Herrn Dr. Guthoff wurden im Dezember 2008 erledigt. Herr Dr. Doberanzke und Herr Dr. Guthoff haben die von der Bank zurückgeforderten Tantiemen (583 Tsd. € bzw. 600 Tsd. €) freiwillig und ohne Anerkenntnis einer Rechtspflicht in Höhe von 494 Tsd. € bzw. 499 Tsd. € im Oktober und Dezember 2008 zurückgezahlt. Die Rückzahlungen erfolgten einvernehmlich. Die Differenzen zu den Bruttobeträgen stellen die Höhe der steuerlichen Nachteile dar, da die Rückzahlungen der bereits im Jahre 2007 ausgezahlten Tantiemen erst im Jahr 2008 erfolgten. Darüber hinaus berücksichtigt der Differenzbetrag bei Herrn Dr. Doberanzke auch, dass er im Geschäftsjahr 2006/07 nur zehn Monate als Vorstand der Bank tätig war. Im Rahmen der Rückzahlungsvereinbarungen mit Herrn Dr. Doberanzke und Herrn Dr. Guthoff ist mit beiden Herren die Zahlung der bis dahin einbehaltenen Vergütungen für die Übernahme von Beiratstätigkeiten in Konzernunternehmen der IKB im Geschäftsjahr 2006/07 von 24 Tsd. € bzw. 50 Tsd. € vereinbart worden. Die Vergütungen wurden im Januar 2009 gezahlt.

Herr Momburg hat die zurückgeforderte Tantieme des Geschäftsjahres 2006/07 (558 Tsd. €) im Geschäftsjahr 2008/09 an die IKB zurückgezahlt.

In Bezug auf das ehemalige Vorstandsmitglied Herr Neupel rechnet die IKB seit Mai 2008, soweit rechtlich zulässig, den Rückzahlungsanspruch auf die überzahlte Tantieme für das Geschäftsjahr 2006/07 (451 Tsd. €) monatlich mit seinen Pensionsansprüchen gegen die IKB auf. Herr Neupel hat diesbezüglich Klage im Urkundsverfahren auf Zahlung seiner Pensionen für die Monate Mai bis Juli 2008 erhoben. Das im Dezember 2008 ergangene Vorbehaltsurteil ist zugunsten von Herrn Neupel entschieden worden. Aufgrund des von der Gesellschaft beantragten Vorbehalts wird nunmehr ein Nachverfahren durchgeführt. Die Gesellschaft macht gegenüber Herrn Neupel darüber hinaus Schadenersatz geltend für nicht genehmigte, von der Gesellschaft erstattete Aufwendungen in dem von Herrn Neupel von der Gesellschaft angemieteten Wohnhaus sowie für von ihm verantwortete Aufwendungen in dem von Herrn Ortseifen angemieteten Wohnhaus.

Die Rückzahlung der zuviel gezahlten Tantieme (805 Tsd. €) durch Herrn Ortseifen ist Gegenstand eines laufenden Gerichtsverfahrens. Ebenfalls hat die Gesellschaft Herrn Ortseifen und seine Ehefrau auf Zahlung von rückständigen Mietzahlungen und Räumung des von der Gesellschaft angemieteten Wohnhauses verklagt. Auch macht die Gesellschaft gegenüber Herrn Ortseifen Schadenersatz geltend für nicht genehmigte, von der Gesellschaft erstattete Aufwendungen in dem von Herrn Ortseifen angemieteten Wohnhaus sowie für von ihm verantwortete Aufwendungen in dem von Herrn Neupel angemieteten Wohnhaus.

Altersversorgung

Die Vorstandsmitglieder Herr Dr. Glüder und Herr Momburg haben nach dem Ausscheiden aus dem Unternehmen in folgenden Fällen einen Anspruch auf Ruhegeldzahlungen: bei Erreichen der Regelaltersgrenze von derzeit 63 Jahren, dauerhafter Arbeitsunfähigkeit sowie bei vorzeitiger Beendigung oder Nichtverlängerung des Dienstvertrages. Im letztgenannten Fall erhalten die Vorstandsmitglieder bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres als sogenanntes Übergangsgeld ein vermindertes Ruhegeld, soweit die Ursache der vorzeitigen Beendigung oder Nichtverlängerung nicht auf Verschulden (Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit) oder die Ablehnung eines gleichen oder günstigeren Angebots zur Vertragsverlängerung zurückgeht. Für Herrn Dr. Glüder gilt diese Regelung ab 16. Oktober 2008. Bis zu diesem Zeitpunkt bestand eine Versorgungszusage im Rahmen seines vor Eintritt in die IKB bestehenden Anstellungsverhältnisses mit der KfW. Hierfür hat die IKB an die KfW die anfallenden Zuführungsbeträge in Höhe von 72 Tsd. € zur Fortsetzung der Zusage vom 1. April 2008 bis zum 15. Oktober 2008 gezahlt. Herr Momburg hat durch Vereinbarung auf seinen dienstvertraglichen Anspruch auf Übergangsgeld verzichtet, allerdings unter der aufschiebenden Bedingung, dass ein Gericht in einem rechtskräftigen Urteil schuldhaftes Verhalten (Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit) seiner Person im Zusammenhang mit der Krise der Bank feststellt. Keines der anderen Vorstandsmitglieder hat Anspruch auf Zahlung eines Übergangsgeldes im Falle des Ausscheidens.

Die zu gewährende Versorgungsleistung ist abhängig von der Dauer der Vorstandstätigkeit. Der Grundanspruch beträgt für die Herren Dr. Glüder und Momburg 35 bzw. 50 % des ruhegeldfähigen Einkommens. Die Höhe des Übergangsgeldes ist abhängig von dem Alter des Vorstandsmitglieds und der Dauer seiner Vorstandstätigkeit und liegt zwischen 5 und 75 % der letzten Jahresgrundvergütung. Anderweitig erworbene Ruhegeldansprüche und anderweitige Arbeitseinkünfte werden in bestimmtem Umfang auf die Ruhegeldzahlungen der Gesellschaft angerechnet. Laufende Renten werden jährlich gemäß der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland angepasst.

Nach dem Tod von Herrn Dr. Glüder oder Herrn Momburg wird ein vermindertes Ruhegeld als Hinterbliebenenversorgung ausgezahlt. Witwen erhalten lebenslang bis zu 60 % des Ruhegeldes. Das Witwengeld entfällt bei Wiederverheiratung. Unterhaltsberechtigte Kinder erhalten mindestens bis zur Erreichung des 18. Lebensjahres und darüber hinaus längstens bis zum 25. Lebensjahr für die Dauer der Schul- oder Berufsausbildung einschließlich des Wehr- oder Zivildienstes 15 % des Ruhegeldes (25 %, falls kein Anspruch auf Witwengeld besteht). Übersteigen Witwen- und Waisengelder zusammen den Betrag des Ruhegeldes, erfolgt eine anteilige Kürzung der Waisengelder um den übersteigenden Betrag.

Für die künftigen Ruhegeldansprüche der Vorstandsmitglieder hat die Gesellschaft Pensionsrückstellungen gebildet, im Pensionsfall ergeben sich folgende Zahlungen:

in Tsd. €	Jahresbezüge bei Eintritt des Pensionsfalles Stand: 31.3.2009	Zuführung zur Pensions- rückstellung Per 31.3.2009
Dr. Dieter Glüder	360*	644
Claus Momburg	308*	132

* Unterstellt eine Bestellung bis zur Beendigung des 63. Lebensjahrs

Die Vorstandsmitglieder Herr Dr. Grzesik, Herr Schüttler und Herr Dr. Wiedmann haben wegen abweichender Regelungen der Altersversorgung mit der IKB keinen Anspruch auf Ruhegeldzahlungen bzw. lediglich bei Eintritt einer dauerhaften Arbeitsunfähigkeit. Das ausgeschiedene Vorstandsmitglied Herr Dr. Leimbach hat ebenfalls keinen Anspruch auf Ruhegeldzahlungen. Das ausgeschiedene Vorstandsmitglied Herr Dr. Bräunig hat eine Versorgungszusage im Rahmen seines vor Eintritt in die IKB bestehenden Anstellungsverhältnisses mit der KfW erhalten. Hierfür hat die IKB an die KfW die anfallenden Zuführungsbeträge in Höhe von 82 Tsd. € zur Fortsetzung der Zusage vom 1. April 2008 bis zu seinem Ausscheiden am 31. Oktober 2008 gezahlt.

Frühere Mitglieder des Vorstands

Die Gesamtvergütung der früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen beliefen sich auf 3.097 Tsd. € (Vorjahr: 3.882 Tsd. €). Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2008/09 – neben der Abfindung an Herrn Dr. Leimbach in Höhe von 1.120 Tsd. € – an zwei ehemalige Vorstandsmitglieder im Rahmen von Abfindungsvereinbarungen Beträge in Höhe von 1.313 Tsd. € ausgezahlt. Für einen dieser Abfindungsbeträge wurde bereits im Geschäftsjahr 2007/08 eine Rückstellung in Höhe von 800 Tsd. € gebildet. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen wurden 37.282 Tsd. € (Vorjahr: 37.094 Tsd. €) zurückgestellt.

Das Vergütungssystem des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 11 der Satzung der IKB geregelt. Sie trägt – in Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften und entsprechend den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex – der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder sowie der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg des IKB-Konzerns Rechnung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten neben einer festen auch zwei variable, erfolgsorientierte Vergütungskomponenten. Die kurzfristige Komponente ist von der Höhe der Dividende abhängig und die langfristige richtet sich nach dem Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses je Aktie; beide Komponenten werden aber auch nur dann gezahlt, wenn eine Dividende von mindestens 4 % des Grundkapitals ausgeschüttet wird. Als feste Vergütung erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats, neben dem Ersatz ihrer Auslagen, zu denen auch die auf ihre Bezüge entfallende Umsatzsteuer gehört, für jedes Geschäftsjahr 20.000,- €. Daneben erhalten die Aufsichtsratsmitglieder für jedes Geschäftsjahr eine variable Vergütung in Höhe von 200,- € für je 0,01 € Dividende, die über 0,30 € je Aktie hinaus für das abgelaufene Geschäftsjahr an die Aktionäre ausgeschüttet wird. Ferner wird eine weitere variable Vergütung in Höhe von 90,- € für jede 0,01 € gezahlt, um die der Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses je Aktie den Betrag von 0,30 € übersteigt.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Doppelte und jeder Stellvertreter das Eineinhalbfache der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds. Die Vergütung erhöht sich außerdem für jede Mitgliedschaft in einem Aufsichtsratsausschuss jeweils um das 0,25-Fache und für jeden Vorsitz in einem Ausschuss zusätzlich jeweils um das 0,25-Fache der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds. Abweichend hiervon erhalten die Mitglieder des Nominierungsausschusses aufgrund eines Beschlusses des Aufsichtsrats vom 5. Februar 2009 keine zusätzliche Vergütung für ihre Tätigkeit. Die zusätzlichen Vergütungen für die Ausschussarbeit können maximal die Höhe der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds erreichen. Mitglieder des Aufsichtsrats, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat oder einem Ausschuss angehören, erhalten für jeden angefangenen Monat ihrer Tätigkeit eine zeitanteilige Vergütung.

Die Aufsichtsratsvergütung ist von anderen Kennzahlen abhängig als die Vorstandsbezüge, sodass eine unerwünschte Angleichung der Vergütungsinteressen beider Gremien ausgeschlossen ist. Mit der jährlichen festen Vergütung von 20.000,- € soll insbesondere der Unabhängigkeit des Aufsichtsrats Rechnung getragen werden, die zur Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion erforderlich ist. Außerdem soll hierdurch eine angemessene und vom wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens unabhängige Mindestvergütung gewährleistet sein. Das dividendenabhängige Vergütungselement soll zu einem gewissen Gleichklang der Vergütungsinteressen des Aufsichtsrats mit den Renditeerwartungen der Aktionäre führen. Durch die Bindung eines weiteren Teils der variablen Vergütung an den Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses enthält die Aufsichtsratsvergütung auch einen auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogenen Bestandteil.

Die Vergütung des Aufsichtsrats

Für das Geschäftsjahr 2008/09 erhalten die Aufsichtsratsmitglieder unter der Annahme, dass aufgrund der Lage der Gesellschaft keine Dividende gezahlt wird, keine variable Vergütung.

Die Aufsichtsratsmitglieder Herr Scherrer, Herr Dr. von Köller, Herr Brahın, Herr Dr. Nolting und Herr Dr. Tuczka haben auf die feste Vergütung zugunsten der Gesellschaft verzichtet.

Über ihre feste Vergütung hinaus haben Aufsichtsratsmitglieder im Berichtsjahr keine weiteren Vergütungen bzw. Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere für Beratungs- und Vermittlungsleistungen, erhalten.

Einzelheiten zur Vergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2008/09 ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

in Tsd. €	Gesamt (nur feste Vergütung; variable Vergütung entfällt, da keine Dividende gezahlt wird)
Bruno Scherrer (seit 30.10.2008) (Vorsitzender seit 30.10.2008)	Verzicht
Dr. Karsten von Köller (seit 16.12.2008) (stellv. Vorsitzender seit 1.1.2009)	Verzicht
Werner Oerter (bis 31.12.2008) (bis 30.10.2008 Vorsitzender)	35
Detlef Leinberger (bis 6.10.2008) (stellv. Vorsitzender bis 06.10.2008)	26
Dieter Pfundt (bis 31.12.2008) (stellv. Vorsitzender bis 31.12.2008)	30
Dieter Ammer (bis 30.11.2008)	13
Jörg Asmussen (bis 27.5.2008)	3
Dr. Jens Baganz (bis 30.11.2008)	13
Stefan A. Baustert (seit 25.3.2009)	2
Wolfgang Bouché	30
Olivier Brahin (seit 22.1.2009)	Verzicht
Hermann Franzen (bis 31.12.2008)	19
Dr. Lutz-Christian Funke (seit 22.1.2009)	5
Ulrich Grillo	20
Arndt G. Kirchhoff (seit 25.3.2009)	2
Jürgen Metzger	20
Werner Möller (vom 28.08 bis 18.11.2008) (stellv. Vorsitzender vom 8.10.2008 bis 18.11.2008)	10
Dr. Claus Nolting (seit 22.1.2009)	Verzicht
Roland Oetker (bis 30.11.2008)	17
Dr. Christopher Pleister (vom 28.8.2008 bis 1.2.2009)	10
Dr.-Ing. Eberhard Reuther	20
Randolf Rodenstock (bis 3.12.2008)	15
Rita Röbel (bis 30.11.2008)	13
Dr. Michael Rogowski (bis 28.8.2008)	8
Jochen Schametät (bis 30.11.2008)	13
Dr. Carola Steingräber	20
Dr. Alfred Tacke (bis 31.12.2008)	23
Dr. Andreas Tuczka (seit 22.1.2009)	Verzicht
Dr. Martin Viessmann (bis 25.3.2009)	20
Ulrich Wernecke	22
Andreas Wittmann	20
Zwischensumme	429
Auslagenersatz Aufsichtsrat gesamt	69
Gesamt	498

8. Sonstige Finanzinformationen

Angaben gem. § 289 Abs. 4 HGB

Das Grundkapital der Gesellschaft zum 31. März 2009 betrug 1.497.794.332,16 € und war eingeteilt in 585.075.911 auf den Inhaber lautende Stückaktien. Alle Aktien gewähren die gleichen Rechte. Jede Aktie gewährt eine Stimme und ist maßgebend für den Anteil am Gewinn.

Die Hauptversammlung der IKB AG hatte am 27. März 2008 eine Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen von 247.794.332,16 € um bis zu 1.486.765.992,96 € auf bis zu 1.734.560.325,12 € unter Gewährung von Bezugsrechten an die Aktionäre beschlossen. Die KfW hatte zugesagt, dass aus der Kapitalerhöhung so viele entstehende neue Aktien der IKB AG gezeichnet oder übernommen werden, dass der IKB AG aus der Kapitalerhöhung mindestens 1,25 Mrd. € (vor Kosten) zufließen werden. Die neuen Aktien wurden den Aktionären der Gesellschaft in der Zeit vom 29. Juli 2008 bis 11. August 2008 für 2,56 € je neue Aktie zum Bezug angeboten. Von der KfW sind insgesamt 487.288.757 und von sonstigen Aktionären 992.493 neue Aktien für je 2,56 € bezogen worden. Die Durchführung der Kapitalerhöhung ist am 24. Oktober 2008 in das Handelsregister eingetragen worden. Hierdurch stieg das Grundkapital der Gesellschaft um 1.250.000.000,00 € auf 1.497.794.332,16 €.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. August 2013 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 500.000.000,00 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 195.312.500 neuen Aktien zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2008/09 kein Gebrauch gemacht.

Durch Beschluss der Hauptversammlung am 28. August 2008 wurde der Vorstand weiter ermächtigt, bis zum 27. August 2013 Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 900.000.000,00 € mit einer Laufzeit von maximal 20 Jahren zu begeben und den Inhabern dieser Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 123.749.998,08 € nach Maßgabe der jeweiligen Anleihebedingungen zu gewähren. Die Restermächtigung zur Ausgabe von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen von bis zu 245.700.000,00 € sowie das dazugehörige bedingte Kapital von bis zu 13.667,84 € wurden durch Beschluss der Hauptversammlung am 28. August 2008 aufgehoben.

In Ausnutzung der Ermächtigung vom 28. August 2008 hat der Vorstand der Gesellschaft am 19. November 2008 beschlossen, nachrangige Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 123.671.070,72 € mit bedingter Wandlungspflicht und bedingtem Wandlungsrecht auf bis zu 48.309.012 Aktien der Gesellschaft aus dem bedingten Kapital mit Bezugsrecht der Aktionäre zu begeben. Bedingungen für das grundsätzliche Entstehen von Wandlungspflicht und Wandlungsrecht sind, dass die gegen die Ermächtigung vom 28. August 2008 gerichtete Anfechtungsklage erledigt wird und das zu der Ermächtigung gehörende bedingte

Kapital bestandkräftig im Handelsregister der Gesellschaft eingetragen ist. Die Wandelschuldverschreibungen wurden den Aktionären der Gesellschaft in einem nicht öffentlichen Bezugsangebot in der Zeit vom 24. November 2008 bis 8. Dezember 2008 zum Bezug angeboten. Eine Tochtergesellschaft der Unternehmensgruppe Lone Star, die LSF6 Rio S.à.r.l., Luxemburg, hatte sich verpflichtet, alle Schuldverschreibungen zu übernehmen, die nicht von anderen Aktionären gezeichnet wurden. Von Aktionären der Gesellschaft sind Schuldverschreibungen über insgesamt 150.174,72 € und von Lone Star (LSF6 Rio S.à.r.l.) der Restbetrag von 123.520.896,00 € bezogen bzw. übernommen worden. Eine Schuldverschreibung berechtigt zum Bezug von neun neuen Aktien aus dem bedingten Kapital zu einem Wandlungspreis von 2,56 € je Aktie. Die Bedingungen für das grundsätzliche Entstehen für Wandlungspflicht und Wandlungsrecht sind seit dem 1. Juli 2009 erfüllt, sodass seit diesem Zeitpunkt ein jederzeitiges Wandlungsrecht besteht. Eine Wandlungspflicht besteht spätestens am 11. April 2012 oder bereits früher, wenn bestimmte aufsichtsrechtliche Kennziffern der Gesellschaft unterschritten werden.

Nachdem die LSF6 Rio S.à.r.l. am 2. Juli 2009 im vollen Umfang von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch gemacht hat, erhöht sich das Grundkapital der Gesellschaft mit Ausgabe der Bezugsaktien um 123.520.896,00 € auf 1.621.315.228,16 €.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 wurde die Gesellschaft zudem ermächtigt, bis zum 27. Februar 2010 eigene Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigen. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2008/09 kein Gebrauch gemacht.

In der Hauptversammlung am 28. August 2008 wurde die Gesellschaft außerdem ermächtigt, bis zum 27. Februar 2010 eigene Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grundkapitals zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel zu erwerben. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Aktienerwerb darf auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen durchgeführt werden. Solche Aktienerwerbe sind auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung am 28. August 2008 über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigungen erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Die erworbenen Aktien dürfen nach Wahl des Vorstands über die Börse oder in anderer Weise veräußert bzw. zu einem Teil oder insgesamt eingezogen werden. Von diesen Ermächtigungen wurde im Geschäftsjahr 2008/09 kein Gebrauch gemacht.

Durch Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 24. März 2014 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 247.499.996,16 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 96.679.686 neuen Aktien zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Gegen diesen Beschluss sind Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen erhoben worden, über die noch nicht entschieden ist.

Durch weiteren Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 24. März 2014 Wandel- bzw. Optionsgenussscheine sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 900.000.000,00 € zu begeben und den Inhabern der Genussscheine oder Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 618.749.990,40 € nach Maßgabe der jeweiligen Anleihebedingungen zu gewähren. Die Restermächtigung zur Ausgabe von Wandel- und/oder Optionsverschreibungen von bis zu 776.328.929,28 € ist durch Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung am 25. März 2009 aufgehoben worden. Gegen diese Beschlüsse sind Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen erhoben worden, über die noch nicht entschieden ist.

Die Bundesrepublik Deutschland ist zu 80 % an der KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main, beteiligt, die bis zum 24. Oktober 2008 unmittelbar und mittelbar über ihre 100%ige Tochtergesellschaft KfW Beteiligungsholding GmbH, Frankfurt am Main, 45,48 % der Stimmrechte an der IKB AG hielt. Am 24. Oktober 2008 erhöhte sich der unmittelbar und mittelbar über die KfW Beteiligungsholding GmbH gehaltene Stimmrechtsanteil der KfW Bankengruppe auf 90,81 %. Seit 29. Oktober 2008 wird dieser Stimmrechtsanteil von 90,81 % unmittelbar von den LSF6 Europe Financial Holdings, L.P. (Delaware), Dallas, USA, und mittelbar von den LSF6 Europe Partners, LLC (Delaware), Dallas, USA, Lone Star Europe Holdings, L.P. (Bermuda), Hamilton, Bermuda, Lone Star Europe Holdings, Ltd. (Bermuda) Hamilton, Bermuda, und Herrn John P. Grayken, USA, gehalten. Aufgrund der Ausübung von Wandlungsrechten aus Schuldverschreibungen der Gesellschaft durch eine Tochtergesellschaft der Unternehmensgruppe Lone Star, der LSF6 Rio S.à.r.l., Luxemburg, am 2. Juli 2009 erhöht sich der Stimmrechtsanteil der Unternehmensgruppe Lone Star mit Ausgabe der Bezugsaktien geringfügig auf 91,5 %.

Der Stimmrechtsanteil der Stiftung zur Förderung der Forschung für die gewerbliche Wirtschaft (Stiftung Industrieforschung), Köln, hat am 24. Oktober 2008 den angabepflichtigen Schwellenwert von 10 % unterschritten.

Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat nach Maßgabe des § 84 AktG und § 6 der Satzung bestellt und abberufen. Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern; die Zahl der Mitglieder bestimmt der Aufsichtsrat. Die Bestellung erfolgt für eine Amtszeit von höchstens fünf Jahren. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Die Satzung der Gesellschaft kann gemäß § 179 Abs. 1 AktG und § 17 der Satzung nur durch Beschluss der Hauptversammlung geändert werden. Der satzungsändernde Beschluss bedarf, sofern das Aktiengesetz nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreibt, einer Zweidrittelmehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, kann auch der Aufsichtsrat beschließen.

Die Vereinbarungen mit zwei ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für den Fall eines Kontrollwechsels bei der Gesellschaft sind im Vergütungsbericht dargestellt. Die Anstellungsverträge der Mitarbeiter enthalten keine Regelungen für den Fall eines Kontrollwechsels.

Bericht des Vorstands zu den Angaben gemäß § 289 Abs. 4 HGB

Der Vorstand hat im Lagebericht für die Gesellschaft Angaben gemäß § 289 Abs. 4 HGB gemacht und erläutert diese wie folgt:

Die Zusammensetzung des Grundkapitals ergibt sich aus § 5 der Satzung. Die Gesellschaft hat lediglich Stammaktien ausgegeben; Vorzugsaktien oder Sonderrechte einzelner Aktionäre bestehen nicht.

Im Hinblick auf den Ablauf der beiden Ermächtigungen, jeweils am 27. Februar 2010, zum Erwerb und zur Veräußerung eigener Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels und zu anderen Zwecken beabsichtigt der Vorstand, die ordentliche Hauptversammlung des Jahres 2009 zu bitten, neue Ermächtigungen gleicher Art zu erteilen.

Die IKB verfügt mit LSF6 Europe Financial Holdings L.P., einem Unternehmen des Finanzinvestors Lone Star, über einen Hauptaktionär, der die weitere Fokussierung auf die mittel- und langfristige Finanzierung des deutschen Mittelstandes mit einem erweiterten Angebot im Firmenkundengeschäft unterstützt.

Die Ernennung und Abberufung der Vorstandsmitglieder folgt den gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen. Gemäß der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat ernennt der Aufsichtsrat aus der Mitte des Vorstands den Vorsitzenden des Vorstands. Satzungsänderungen werden in gesetzlich zulässigem Umfang erleichtert.

Angaben gemäß § 312 AktG

Die IKB hat gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht erstellt. Der Abhängigkeitsbericht wird nicht öffentlich gemacht. Die Schlusserklärung des Vorstands der Bank im Abhängigkeitsbericht lautet: „Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffenen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

Düsseldorf, 9. Juli 2009

IKB Deutsche Industriebank AG
Der Vorstand

Jahresabschluss der IKB Deutsche Industriebank AG

- Jahresbilanz
- Gewinn- und Verlustrechnung
- Anhang

Jahresbilanz der IKB Deutsche Industriebank AG

Aktivseite	in €	in Tsd. €*	31.3.2009 in €	31.3.2008 in Tsd. €
1. Barreserve				
a) Kassenbestand			21 313,49	35
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			3 859 084,61	308 393
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	3 643 622,91	(308 300)		
c) Guthaben bei Postgiroämtern			58 649,24	78
			3 939 047,34	308 506
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig			1 518 983 575,56	1 603 477
b) andere Forderungen			4 784 215 419,41	6 673 542
			6 303 198 994,97	8 277 019
3. Forderungen an Kunden			24 462 166 390,00	26 064 685
darunter: Kommunalkredite	1 969 443 266,62	(2 256 520)		
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Anleihen und Schuldverschreibungen				
aa) von öffentlichen Emittenten			1 453 369 899,47	1 236 004
ab) von anderen Emittenten			10 658 074 081,69	10 876 333
			12 111 443 981,16	12 112 337
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	7 967 480 000,00	(6 618 081)		
davon: von öffentlichen Emittenten	1 149 980 000,00	(918 354)		
davon: von anderen Emittenten	6 817 500 000,00	(5 699 728)		
b) eigene Schuldverschreibungen			315 955 984,25	190 863
Nennbetrag	324 078 973,02	(200 884)		
			12 427 399 965,41	12 303 200
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			182 343 703,89	181 849
6. Beteiligungen			12 881 926,27	12 882
darunter: an Kreditinstituten	262 885,64	(263)		
7. Anteile an verbundenen Unternehmen			893 265 709,64	977 813
darunter: an Kreditinstituten	323 605 374,00	(192 520)		
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	(40 000)		
8. Treuhandvermögen			937 686,58	1 288
darunter: Treuhandkredite	887 686,58	(1 127)		
9. Immaterielle Anlagewerte			9 319 927,16	14 996**
10. Sachanlagen			18 454 122,35	27 285**
11. Sonstige Vermögensgegenstände			678 259 104,63	1 712 789
12. Steuerabgrenzungsposten			86 600 000,00	–
13. Rechnungsabgrenzungsposten			90 753 107,87	94 102
Summe der Aktiva			45 169 519 686,11	49 976 414

* in Klammern: Vorjahreswerte

** Vorjahreswerten angepasst wie im Anhang beschrieben

zum 31. März 2009

Passivseite	in €	in Tsd. €*	31.3.2009 in €	31.3.2008 in Tsd. €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig			65 797 219,64	134 316
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			15 966 505 455,67	18 761 159
			16 032 302 675,31	18 895 475
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) andere Verbindlichkeiten				
aa) täglich fällig			909 687 666,59	256 912
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			5 977 378 526,74	6 606 822
			6 887 066 193,33	6 863 734
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen			14 272 313 931,02	18 418 648
4. Treuhandverbindlichkeiten			937 686,58	1 288
darunter: Treuhandkredite	887 686,58	(1 127)		
5. Sonstige Verbindlichkeiten			2 487 906 418,54	491 272
6. Rechnungsabgrenzungsposten			178 522 651,84	166 148
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			160 560 546,35	154 761
b) Steuerrückstellungen			86 990 796,49	93 678**
c) andere Rückstellungen			1 087 670 050,16	1 273 599**
			1 335 221 393,00	1 522 038
8. Nachrangige Verbindlichkeiten			1759 009 182,31	1 790 233
9. Genusssrechtskapital			186 799 363,92	301 165
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	41 348 335,12	(49 281)		
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken			189 620 816,45	189 620
11. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital			1 497 794 332,16	247 794
bedingtes Kapital:	123 749 998,08	(14)		
b) Stille Einlagen			70 128 920,14	210 866
c) Kapitalrücklage			1 649 201 194,97	1 649 201
d) Gewinnrücklagen				
da) gesetzliche Rücklage			2 398 573,84	2 399
db) andere Gewinnrücklagen			0,00	502 493
			2 398 573,84	504 892
e) Bilanzgewinn			-1 379 703 647,30	-1 275 950
			1 839 819 373,81	1 336 803
Summe der Passiven			45 169 519 686,11	49 976 414
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			52 705,74	121
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			4 406 278 063,04	5 362 964
			4 406 330 768,78	5 363 085
2. Andere Verpflichtungen				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			2 750 658 783,64	4 100 834

* in Klammern: Vorjahreswerte

** Vorjahreswerten angepasst wie im Anhang beschrieben

Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG

Aufwendungen	in €	in Tsd. €*	2008/2009 in €	2007/2008 in Tsd. €
1. Zinsaufwendungen			6 270 435 845,75	5 472 021
2. Provisionsaufwendungen			22 802 878,93	25 772
3. Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			–	4 056
4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter			116 341 434,63	118 110
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			28 347 963,57	36 802
darunter: für Altersversorgung	14 939 798,30	(22 121)		
			144 689 398,20	154 911
b) andere Verwaltungsaufwendungen			166 243 321,96	158 466
			310 932 720,16	313 377
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			7 993 772,40	7 889
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen			110 225 599,65	29 361
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			1 192 124 846,54	1 492 779
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			656 625 722,26	1 295 840
9. Außerordentliche Aufwendungen			55 282 662,02	–
10. Erstattete Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			–82 169 244,18	–22 671
11. Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen			1 743 491,95	1 727
Summe der Aufwendungen			8 545 998 295,48	8 620 151
1. Jahresfehlbetrag			–861 349 273,11	–1 760 678
2. Verlustvortrag aus dem Vorjahr			–1 275 949 984,96	–
3. Entnahmen aus Genussrechtskapital			114 365 319,32	295 594
4. Entnahme aus Stillen Beteiligungen			140 737 115,86	189 134
5. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus anderen Gewinnrücklagen			502 493 175,59	–
Bilanzverlust			–1 379 703 647,30	–1 275 950

* in Klammern: Vorjahreswerte

für die Zeit vom 1. April 2008 bis 31. März 2009

Erträge	2008/2009 in €	2007/2008 in Tsd. €
1. Zinserträge aus		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	6 031 584 311,72	5 069 268
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	458 270 136,34	638 909
	6 489 854 448,06	5 708 177
2. Laufende Erträge aus		
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	6 722 981,14	6 344
b) Beteiligungen	280 416,02	623
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	17 033 577,57	–
	24 036 974,73	6 967
3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	119 556 540,02	50 856
4. Provisionserträge	109 389 890,85	116 015
5. Nettoertrag aus Finanzgeschäften	2 240 708,94	–
6. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	5 355 541,00	14 223
7. Sonstige betriebliche Erträge	29 600 612,64	20 719
8. Außerordentliche Erträge	904 614 306,13	942 516
9. Jahresfehlbetrag	861 349 273,11	1 760 678
Summe der Erträge	8 545 998 295,48	8 620 151

Anhang

Erläuterungen zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss der IKB Deutsche Industriebank AG (IKB) für das Geschäftsjahr 2008/09 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und unter Beachtung der einschlägigen Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen

Der Ausweis der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden erfolgt zum Nennwert, vermindert um Einzel- und Pauschalwertberichtigungen (Risikovorsorge). Unterschiede zwischen Nenn- und Auszahlungsbetrag werden in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst.

Für latente Kreditrisiken bestehen Pauschalwertberichtigungen. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen beruht auf eigenen vergangenheitsbezogenen Analysen des Kreditportfolios und orientiert sich an den steuerlichen Vorschriften, wie sie im Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10. Januar 1994 niedergelegt sind. Nach der IDW-Stellungnahme BFA 1/1990 zur Bildung von Pauschalwertberichtigungen für das latente Kreditrisiko im Jahresabschluss von Kreditinstituten ist bei der Ermittlung des latenten Risikos mit einem Faktor zu multiplizieren, der es gestattet, das beobachtete Risiko der Vergangenheit in die Zukunft fortzuschreiben. Um den erwarteten höheren zukünftigen Kreditausfällen im Zuge der aktuellen Rezession Rechnung zu tragen, wird ein Rezessionsaufschlag von 55 % auf die nach der steuerlichen Methode ermittelten Pauschalwertberichtigungen angewendet. Daraus resultiert eine Erhöhung der Pauschalwertberichtigung um rund 46 Mio. €.

Wertpapiere/Kreditderivate

Wertpapiere i.S.d. RechKredV werden unter den Posten "Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere" sowie "Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere" (ausgenommen Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen) ausgewiesen. Soweit die Bestände dem Umlaufvermögen zugeordnet sind, werden diese zu Anschaffungskosten bzw. mit den niedrigeren beizulegenden Zeitwerten bewertet (strenges Niederstwertprinzip). Auf die in Vorjahren abgeschriebenen Wertpapierbestände werden aufgrund des Wertaufholungsgebots gemäß § 280 Abs. 1 HGB gegebenenfalls Zuschreibungen auf den höheren beizulegenden Zeitwert, maximal bis zu den fortgeschriebenen Anschaffungskosten, vorgenommen. Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens im Bestand handelt es sich überwiegend um Emissionen

internationaler Industrieunternehmen (Corporate Bonds) und Wertpapiere aus Verbriefungstransaktionen, insbesondere in Form von Credit Linked Notes, die die IKB in Dauerbesitzabsicht bis zur Endfälligkeit der Papiere erworben hat. Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden gemäß § 340e Abs. 1 HGB i.V.m. § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Dabei erfolgt eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert in den Fällen, in denen von einer dauerhaften Wertminderung ausgegangen werden kann. Bei Wertpapieren, deren beizulegender Zeitwert aufgrund der starken Spreadausweitungen infolge der derzeitigen Marktentwicklungen ohne erkennbare Verschlechterung der Kreditqualität der zugrunde liegenden Forderungen bzw. aufgrund von Liquiditätsabschlägen unter dem Buchwert liegt und bei denen die Absicht besteht, diese bis zur Endfälligkeit zu halten, wird die Wertminderung als nicht dauerhaft angesehen. Eine Abschreibung auf einen niedrigeren Wert unterbleibt somit. Die Unterschiede zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag (Agien/Disagien) werden bei wesentlichen Beträgen über die Restlaufzeit zeitanteilig verteilt.

Für die Bilanzierung von Wertpapieren aus Verbriefungstransaktionen – insbesondere Collateralized Debt Obligations (CDO) und Credit Linked Notes (CLN) – hat sich die IKB an der Auslegung der Vorschriften des HGB zur Bilanzierung strukturierter Produkte orientiert. Hierbei erfolgt eine getrennte Bilanzierung in Anlehnung an die Stellungnahme zur Rechnungslegung des IDW RS HFA 22 „Zur einheitlichen oder getrennten handelsrechtlichen Bilanzierung strukturierter Finanzinstrumente“ nur dann, wenn das Basisinstrument mit einem Derivat verbunden ist, das neben dem Bonitätsrisiko des Emittenten weiteren Risiken unterliegt (eingebettetes Derivat). Ein eingebettetes Kreditderivat liegt in Anlehnung an das „Positionspapier des IDW zu Bilanzierungs- und Bewertungsfragen im Zusammenhang mit der Subprime-Krise“ immer dann vor, wenn es sich um ein Wertpapier handelt, bei dem das Kreditrisiko des Referenzportfolios mit einem Credit Default Swap (CDS) auf den Emittenten übertragen wurde.

Sofern im Referenzportfolio CDS enthalten sind, wurden die in strukturierten Wertpapieren eingebetteten Derivate als Eventualverbindlichkeiten unter den Bilanzvermerken ausgewiesen. Im Falle einer dauerhaften Wertminderung dieser Wertpapiere aufgrund einer drohenden Inanspruchnahme aus dem eingebetteten Kreditderivat werden Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet und die Eventualverbindlichkeiten in gleicher Höhe gekürzt. Sofern im Referenzportfolio ausschließlich Forderungen oder Wertpapiere enthalten sind, erfolgt eine Bilanzierung des Wertpapiers als einheitlicher Vermögensgegenstand nach den allgemeinen Vorschriften.

Soweit für ein Wertpapier ein Börsenkurs verfügbar ist, stellt dieser den beizulegenden Zeitwert dar. Die IKB hat im Berichtsjahr die verwendeten Bewertungsverfahren nochmals weiterentwickelt. Zur Ableitung des beizulegenden Zeitwertes werden folgende Verfahren herangezogen:

- **Bewertung von Asset Backed Securities (ABS-Wertpapiere):** Sofern für die betreffenden Papiere Preisangaben eines externen Marktdatenlieferanten existieren, werden diese nach Plausibilisierung zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes verwendet. Für die restlichen Wertpapiere wird ein Barwert auf der Grundlage vertraglich vereinbarter Cashflows mit Spreads für Wertpapiere mit vergleichbarem Risikoprofil ermittelt.

- **Bewertung von CDOs, die insbesondere auf ABS-Wertpapiere mit Subprime-Anteil referenzieren:** Für diese Wertpapiere wird ein Barwert auf der Grundlage prognostizierter Cashflows ermittelt. Hierzu werden für die zugrunde liegenden Referenzportfolien Cashflows geschätzt, die insbesondere von den erwarteten Ausfallraten, den erwarteten Verlusthöhen bei Ausfall sowie von der Möglichkeit vorzeitiger Darlehensrückführungen beeinflusst werden. Dabei wird sowohl auf empirische Zeitreihen als auch auf veröffentlichte Schätzungen von Marktteilnehmern zurückgegriffen. Den aktuellen negativen Marktbedingungen wird dabei ausreichend Rechnung getragen. Für die jeweils einer bestimmten CDO-Tranche zuzuordnenden erwarteten Zahlungen wurde angenommen, dass Tilgungen der ABS-Wertpapiere der jeweils ranghöchsten Tranche zugerechnet werden. In einem weiteren Schritt erfolgt für die einzelnen CDOs eine Verdichtung zu einem Gesamt-Cashflow. Hierbei werden vereinfachende Annahmen über die Rangverhältnisse im CDO-Vertrag („Wasserfall“) berücksichtigt. Im Rahmen der Barwertermittlung für diesen Gesamt-Cashflow werden zusätzlich Abschläge für mangelnde Marktliquidität dieser Titel vorgenommen.
- **Bewertung sonstiger CDOs, die überwiegend auf Wertpapiere mit Unternehmensrisiken referenzieren:** Die Bewertung dieser CDOs beruht, soweit sie dem Umlaufvermögen zugeordnet sind, auf üblicherweise von Marktteilnehmern für CDOs verwendeten Bewertungsmethoden. Soweit CDOs auf andere CDOs referenzieren (CDO²), wurden diese zunächst in eine einstufige CDO überführt. Bestehende Sonderausstattungen wurden bei der Festlegung der unteren und oberen Schwelle der Verlustbeteiligung der einstufigen CDO berücksichtigt. Die wesentlichen Bewertungsparameter – CDS-Spreads und Korrelationen für die zugrunde liegenden Unternehmensrisiken – waren am Markt verfügbar bzw. wurden aus Marktdaten abgeleitet und gegebenenfalls den Besonderheiten der Portfoliostruktur angepasst.

Soweit diese CDOs dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wird eine Fundamentalbewertung vorgenommen. Diese beruht auf Simulationsrechnungen, die den erwarteten Ausfall der Transaktionen berücksichtigen. Bei der Ermittlung des zu erwartenden Ausfalls wird auf historische Ausfallraten zurückgegriffen, welche entsprechend der Restlaufzeit der Transaktionen adjustiert werden.

- **Bewertung von First-To-Default-Produkten:** Derzeit hält die IKB fünf Wertpapiere mit First-To-Default-Vereinbarungen, die sich überwiegend auf süd- und osteuropäische Staaten beziehen. Die Bewertung erfolgt wegen fehlender Marktpreise mit Hilfe eines Bewertungsmodells. Die Bewertung erfolgt auf der Grundlage von am Markt verfügbaren Credit Spreads und Recovery Rates sowie auf der Grundlage von Annahmen über die Korrelation der Risiken der Finanzinstrumente im Referenzportfolio.
- **Bewertung von Collateralised Loan Obligations:** Die Bewertung dieser Wertpapiere erfolgt wegen fehlender Marktpreise mit Hilfe eines Bewertungsmodells. Hierzu werden die vertraglich vereinbarten Zahlungsströme mit einem dem Risiko der Referenzforderungen angepassten Zinssatz diskontiert. Die hierbei ermittelten Werte wurden mit einem Kreditportfoliomodell und auf der Grundlage von Schätzungen über die Marktwerte der den Collateralised Loan Obligations zugrunde liegenden Kredite plausibilisiert. Hierbei wurde auch der angespannten gesamtwirtschaftlichen Lage Rechnung getragen.

Bestimmte Wertpapiere des Anlagevermögens bilden mit diesen Wertpapieren zugeordneten (Zins-)Sicherungsgeschäften Bewertungseinheiten mit der Folge, dass bei marktzensinduzierten Wertänderungen der Grund- oder der Sicherungsgeschäfte aufgrund der gegenläufigen Wertentwicklung des Sicherungsgeschäfts auf eine Abschreibung oder die Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften verzichtet wird. Soweit Wertänderungen auf eine nachhaltige Bonitätsverschlechterung des Emittenten oder des Vertragspartners zurückzuführen sind, wird eine entsprechende Abschreibung vorgenommen oder gegebenenfalls eine Rückstellung gebildet. Zudem wurden bestimmte Derivate des Handelsbestandes aufgrund ihrer gegenläufigen Ausrichtung zu Bewertungseinheiten zusammengefasst.

Im Zusammenhang mit der Nutzung von Bewertungsmodellen zur Bestimmung beizulegender Zeitwerte sind aufgrund fehlender oder unplausibler Marktdaten Expertenschätzungen, Annahmen und subjektive Beurteilungen des Managements erforderlich, die auf der Grundlage vorliegender Kapitalmarktinformationen und Erfahrungen aus der Vergangenheit beruhen. Die damit einhergehenden Prognoseunsicherheiten können bei Abweichungen der tatsächlichen von der erwarteten Entwicklung zu anderen wirtschaftlichen Ergebnissen mit Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führen.

Im Geschäftsjahr wurde ein Volumen von Nominal 659 Mio. € börsenfähiger eigener Schuldverschreibungen zurückgekauft. Gemäß dem Beschluss des Vorstands vom 24. März 2009 sind 367 Mio. € eingezogen worden. Aus der Reduzierung der – mit dem Rückzahlungsbetrag – bilanzierten verbrieften Verbindlichkeiten ergab sich ein Gewinn in Höhe von 63,7 Mio. €.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen/Sachanlagen/immaterielle Anlagewerte

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Die Bewertung erfolgt gemäß § 340e Abs. 1 HGB i.V.m. § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Dabei erfolgt eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert nur in den Fällen, in denen von einer dauerhaften Wertminderung ausgegangen wird.

Sachanlagevermögen sowie immaterielle Anlagewerte werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Standardsoftware und Softwarelizenzen wurden im Berichtsjahr 2008/09 von den Sachanlagen in die immateriellen Wirtschaftsgüter umgegliedert.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2008 werden auf Basis der zu diesem Stichtag in Kraft getretenen Unternehmensteuerreform geringwertige Wirtschaftsgüter nur noch bis zu einem Nettowert von 150 € im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben. Für geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Nettowert von 150 € bis 1.000 € erfolgt nunmehr eine Pflichtabschreibung über fünf Jahre gemäß § 6 Abs. 2a EStG. Hierzu werden die geringwertigen Wirtschaftsgüter in einem jährlichen Sammelposten zusammengefasst und auch dann noch abgeschrieben, wenn sie im Laufe der fünf Jahre abgehen.

Wertpapierpensionsgeschäfte

Bei echten Wertpapierpensionsgeschäften werden gemäß § 340b Abs. 4 HGB die übertragenen Vermögensgegenstände weiterhin in der Bilanz ausgewiesen und eine entsprechende Verbindlichkeit gegenüber dem Pensionsnehmer bilanziert. Tritt die IKB umgekehrt als Pensionsnehmer auf, werden die in Pension genommenen Vermögensgegenstände nicht bilanziert und in Höhe der als Sicherheiten übertragenen Vermögensgegenstände eine Forderung gegenüber dem Pensionsgeber bilanziert.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert. Der Unterschied zum Einzahlungsbetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und planmäßig erfolgswirksam aufgelöst.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Verwendung der ©Richttafel 2005G von Klaus Heubeck und eines Rechnungszinsfußes von 6 % mit dem Teilwert für Anwartschaften und dem Barwert für laufende Renten bewertet.

Rückstellungen für Steuern und ungewisse Verbindlichkeiten werden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen werden – soweit erforderlich – entsprechend den steuerlichen Vorschriften mit 5,5 % abgezinst.

In den vergangenen beiden Geschäftsjahren wurden bereits die Pensionsverpflichtungen aus den Versorgungsordnungen (VO) 79 und 94, die Verpflichtungen aus Deferred Compensation und die Vorruhestandsverpflichtungen absichernden Vermögenswerte sowie die Vermögenswerte des Wertkontenplans ausgelagert. Eine entsprechende Auslagerung der Vermögenswerte der VO 06 erfolgte Anfang des Geschäftsjahres 2008/09. Im Rahmen von Contractual Trust Arrangements (CTA) hat die IKB dabei die erforderlichen Vermögensmittel zur Erfüllung der Pensionsansprüche von ihrem übrigen Unternehmensvermögen separiert und diese auf einen Unternehmenstreuhänder übertragen. Die den Verpflichtungen gegenüberstehenden Vermögenswerte werden unter dem Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ungekürzt ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr erfolgte eine Umgliederung der Zinsen aus Steuern i. H. v. 9,8 Mio. € (Vorjahr: 12,1 Mio. €) von den Steuer-rückstellungen in die anderen Rückstellungen.

Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich eventuell gebildeter Rückstellungen bilanziert.

Derivate-Geschäfte

Derivative Finanzgeschäfte (Swaps, Termingeschäfte, Optionen) sind als schwebende Geschäfte in der Bilanz grundsätzlich nicht ausweispflichtig. Sie werden bei Abschluss entsprechend ihrer Zweckbestimmung dem Bank- oder Handelsbuch zugeordnet. Soweit derivative Finanzgeschäfte dem Handelsbuch zuzuordnen sind, werden sie auf Basis von aktuellen Marktpreisen entsprechend dem Imparitäts- und Realisationsprinzip bewertet. Zur Deckung und Steuerung von Zins- und Marktpreisrisiken des Bankbuchs getätigte derivative Finanzgeschäfte unterliegen zusammen mit den bilanziellen Finanzgeschäften einer einheitlichen Steuerung und Bewertung des Zinsänderungsrisikos. Marktwertveränderungen dieser Geschäfte wird daher bilanziell nicht Rechnung getragen.

Währungsumrechnung

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte folgt den Grundsätzen des § 340h HGB. Die auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu historischen Anschaffungskursen in Euro umgerechnet. Davon ausgenommen wurden die auf ausländische Währungen lautenden Wertpapiere des Anlagevermögens, die durch Verbindlichkeiten und Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt sind. Diese Wertpapiere des Anlagevermögens werden mit dem Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (EZB) zum Stichtag umgerechnet.

Alle übrigen auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte werden ebenfalls mit dem Referenzkurs der EZB zum Stichtag umgerechnet. Soweit Devisentermingeschäfte zur Deckung von zinstragenden Bilanzpositionen abgeschlossen sind, werden die Auf- und Abschläge (Deport/Report) zum Kassakurs zeitanteilig im Zinsergebnis verrechnet. Kursgesicherte Aufwendungen und Erträge werden zum kontrahierten Terminkurs umgerechnet.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden Aufwendungen aus der Währungsumrechnung nach § 340h Abs. 2 HGB berücksichtigt. Unrealisierte Erträge werden dabei gemäß § 340h Abs. 2 S. 2 HGB nur insoweit berücksichtigt, wie sie die vorgenannten Aufwendungen je Währung in der Gewinn- und Verlustrechnung neutralisieren.

Erläuterungen zur Auflösung des für die Risikoübernahme durch die KfW Bankengruppe und den Bankenpool bestimmten Risikoschirms

Zur Abwendung der existenzbedrohenden Situation, der die IKB infolge der Subprime-Krise ausgesetzt war, hat die KfW Bankengruppe (KfW), teilweise mit Unterstützung von drei Verbänden der deutschen Kreditwirtschaft (Bankenpool), verschiedene Rettungsmaßnahmen durchgeführt.

Für ein auf der Bilanz der IKB bzw. der IKB International S.A. gehaltenes Teilportfolio besonders risikoreicher strukturierter Wertpapiere in Höhe von nominal 3,3 Mrd. € (per 30. September 2007) verpflichtete sich die KfW Bankengruppe mit Unterstützung des Bankenpools mittels Credit Default Swap und Finanzgarantie, Ausfälle sowie Veräußerungsverluste aus diesen Wertpapieren bis zu einer Gesamthöhe von 1 Mrd. € auszugleichen (Risikoschirm). Am 24. Juli 2008 wurde der Risikoschirm durch vorzeitige Abrechnung mit der KfW aufgelöst. Der im Vorjahr unter den Sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesene Anspruch gegen die KfW aus den Sicherungsmaßnahmen wurde entsprechend ausgebucht. Die im Geschäftsjahr für die Risikoübernahme geleisteten Prämien sowie Bewertungseffekte durch die vorzeitige Abrechnung wurden im Außerordentlichen Ergebnis erfasst.

Zudem wurden zwischen der KfW Bankengruppe und der IKB Vereinbarungen über die Unterbeteiligung der KfW am Ausfallrisiko der IKB aus Liquiditätslinien gegenüber den Gesellschaften Havenrock Ltd. und Havenrock II Ltd. getroffen. Diese Unterbeteiligungsverträge wurden am 28. Oktober 2008 mit der KfW final abgerechnet. Aus dieser Abrechnung hat die IKB den ausstehenden Betrag von der KfW in Höhe von ca. 938,9 Mio. US-\$ erhalten.

Zum Bilanzstichtag waren die Kreditzusagen der IKB gegenüber Havenrock Ltd. über insgesamt 835 Mio. US-\$ in Höhe von ca. 103,7 Mio. US-\$ in Anspruch genommen.

Die Kreditzusagen der IKB gegenüber Havenrock II Ltd. über 460 Mio. US-\$ waren zum Bilanzstichtag in vollem Umfang in Anspruch genommen.

Aus der Inanspruchnahme dieser Kreditzusagen resultiert eine Abschreibung i.H.v. 905 Mio. €, der ein außerordentlicher Ertrag aus der Risikoabschirmung durch die KfW gegenübersteht.

Weitere Sondersachverhalte

Pflichtwandelanleihe

Aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung der IKB vom 28. August 2008 hat die IKB eine nachrangige Schuldverschreibung über € 123.671.070,72 mit bedingter Wandlungspflicht und bedingtem Wandlungsrecht in einer Stückelung von jeweils 23,04 € begeben. Bedingungen für das Entstehen des Wandlungsrechts und der Wandlungspflicht sind gleichermaßen die Erledigung bestimmter Anlegerklagen und die Eintragung des Beschlusses über die bedingte Kapitalerhöhung im Handelsregister. Soweit diese Bedingungen bis zum 12. April 2012 nicht erfüllt sind, entfällt die Wandlungspflicht und die Anleihe ist am 12. April 2014 rückzahlbar. Nach Eintritt der Wandlungsbedingungen besteht zu jeder Zeit ein Wandlungsrecht sowie die Wandlungspflicht spätestens am 12. April 2012 oder bereits früher, wenn bestimmte aufsichtsrechtliche Kennziffern der IKB unterschritten werden.

Über die gesamte Laufzeit der Schuldverschreibung wurde ein Zinssatz A vereinbart. Der Zinssatz A wird aufwandswirksam erfasst. Zinssatz B ist die Korrektur zum Wandlungsverhältnis und daher erst im Zeitpunkt der Wandlung zu berücksichtigen. Am Tage der Wandlung wird der um den aufgelaufenen Zinssatz B verminderte Betrag in das gezeichnete Kapital eingestellt.

Namenschuldverschreibung

Zum 27. November 2008 und zum 16. Dezember 2008 hat die IKB nachrangige, nicht besicherte Namensschuldverschreibungen mit zehnjähriger Laufzeit und vorzeitiger Kündigungsmöglichkeit durch die Emittentin begeben. Das Kündigungsrecht stellt nach IDW RS HFA 22 ein eingebettetes Derivat dar und ist getrennt zu bilanzieren. Die Namensschuldverschreibung wird zum Nominalwert bewertet und als nachrangige Verbindlichkeit ausgewiesen. Die im Nominalzins enthaltene implizite Optionsprämie wird als sonstiger Vermögensgegenstand ausgewiesen. Nach IDW RS HFA 22 stellt der spiegelbildliche Gegenposten zu der als sonstigem Vermögensgegenstand ausgewiesenen Optionsprämie einen Rechnungsabgrenzungsposten dar. Dieser wird ratierlich über die Laufzeit der Anleihe bzw. bis zur Ausübung der Kündigung aufgelöst.

Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin)

Die Finanzmarktstabilisierungsanstalt hat der IKB im Dezember 2008 einen Garantierahmen von bis zu 5 Mrd. € für neu zu begebende Schuldverschreibungen bewilligt.

Aufgrund der unverändert angespannten Liquiditätslage der IKB wurden im Januar und März 2009 unter Inanspruchnahme der SoFFin-Garantie zwei Emissionen von festverzinslichen Inhaberschuldverschreibungen mit einem Volumen von jeweils 2,0 Mrd. € begeben.

Die Anleihe wird mit dem Rückzahlungsbetrag gem. § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB zum Nominalwert passiviert und unter Verbriefte Verbindlichkeiten (Formblatt 1 RechKredV, Posten 3.a) auf der Passivseite) ausgewiesen. Die Garantie des SoFFin wirkt sich auf die Bewertung der Anleihe nicht aus.

Die Bereitstellungsgebühr wird im Zinsaufwand und die Garantieprovision unter den Provisionsaufwendungen ausgewiesen.

Bacchus 2008-1, Bacchus 2008-2 und REPV-DS

Zur Liquiditätsbeschaffung im Geschäftsjahr 2008/09 wurden die Zweckgesellschaften Bacchus 2008-1 plc, Dublin, Bacchus 2008-2 plc, Dublin, und REPV-DS Finance 2008-1 GmbH, Frankfurt, gegründet. An die Zweckgesellschaften Bacchus 2008-1 und Bacchus 2008-2 wurden Kreditportfolien mit einem Volumen von 1,1 Mrd. € veräußert. Im Gegenzug wurden alle Schuldtitel dieser Zweckgesellschaften erworben. Die Übertragung auf die REPV-DS Finance 2008-1 erfolgte aufschiebend bedingt. Die aufschiebende Bedingung ist bisher nicht eingetreten. Gemäß IDW RS HFA 8 „Zweifelsfragen der Bilanzierung von asset backed securities-Gestaltungen oder ähnlichen securitisation-Transaktionen“ ist bei der Veräußerung von Forderungen im Rahmen von ABS-Transaktionen entscheidend, dass neben dem bürgerlich-rechtlichen Eigentum auch die Bonitätsrisiken auf den Erwerber übergehen. Im Falle der Gesellschaften Bacchus 2008-1 und 2008-2 wurde das bürgerlich-rechtliche Eigentum auf diese Gesellschaften übertragen. Im Falle der aufschiebend-bedingten Übertragung auf REPV-DS liegt kein Übergang des bürgerlich-rechtlichen Eigentums auf die Zweckgesellschaft vor. Da im Gegenzug bei den Gesellschaften Bacchus 2008-1 und Bacchus 2008-2 alle Schuldtitel dieser Gesellschaften erworben wurden und bei der Gesellschaft REPV-DS GmbH 2008-1 die Schuldtitel, die die Verluste der Zweckgesellschaft vorrangig zu tragen haben, liegen gemäß IDW RS HFA 8 Vereinbarungen vor, die verhindern, dass das Bonitätsrisiko und damit das wirtschaftliche Eigentum auf die Zweckgesellschaften übergeht. Die Forderungen werden daher weiterhin bei der IKB ausgewiesen. In Übereinstimmung mit IDW RS HFA 8 ist in diesen Fällen in Höhe des Kaufpreises (Buchwert der Forderungen) eine korrespondierende Verbindlichkeit unter den Sonstigen Verbindlichkeiten auszuweisen. Die erworbenen Schuldtitel der Bacchus-Gesellschaften wurden gleichfalls in der Bilanz angesetzt und als Wertpapiere des Anlagevermögens unter den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesen. Von der REPV-DS GmbH 2008-1 wurde ein Schuldscheindarlehen erworben, welches ebenfalls in der Bilanz angesetzt und als nachrangiges Darlehen unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen wird. Die Folgebewertung erfolgt zu Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertberichtigungen für dauerhafte Wertminderungen.

Rio Debt Holdings (Ireland) Limited

Im Dezember 2008 wurden strukturierte Wertpapiere und Derivate auf die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited., Dublin, übertragen. In diesem Zusammenhang wurde dieser Zweckgesellschaft ein unverzinsliches Darlehen gewährt (Junior Loan), das bis in Höhe seines Nominalbetrages an den Erstverlusten sowie zu 80 % an möglichen Mehrerlösen (Equity Kicker) im Zusammenhang mit der Verwertung des Portfolios durch die Zweckgesellschaft partizipiert. Weitere dem Junior Loan vorgehende Darlehen wurden von Dritten gewährt. Aufgrund der Höhe des Risikorückbehalts durch die Gewährung des Junior Loan ist das wirtschaftliche Eigentum in Übereinstimmung mit IDW RS HFA 8 nicht auf die Zweckgesellschaft übergegangen. Die übertragenen Wertpapiere werden daher weiter in der Bilanz unter Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ausgewiesen und nach den Vorschriften für Wertpapiere des Anlagevermögens bewertet. In gleicher Höhe wird eine sonstige Verbindlichkeit ausgewiesen, die korrespondierend zu den Wertpapieren bewertet wird. Der Junior Loan wird unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen und nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Aufgrund der Beteiligung der IKB an möglichen Mehrerlösen im Zusammenhang mit der Verwertung des Portfolios ist der Equity Kicker als eingebettetes Derivat in Einklang mit IDW RS HFA 22 getrennt zu bilanzieren und zu bewerten. Er wird nach dem strengen Niederstwertprinzip auf der Grundlage von Modellrechnungen unter Berücksichtigung von Zahlungsstromprognosen bewertet und unter den Sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen. Ein Teil der strukturierten Wertpapiere wurden durch Abschluss von Total Return Swaps auf die Zweckgesellschaft übertragen. Die erhaltenen Ausgleichsbeträge wurden unter den Sonstigen Verbindlichkeiten passiviert.

Umwidmung von Wertpapieren des Umlaufvermögens in Wertpapiere des Anlagevermögens

Aufgrund einer Änderung der Zweckbestimmung erfolgte auf Basis des IDW RH HFA 1.014 „Umwidmung und Bewertung von Forderungen und Wertpapieren nach HGB“ eine Umwidmung von Wertpapieren des Umlaufvermögens in das Anlagevermögen. In diesem Zusammenhang wurden Bewertungseinheiten des Umlaufvermögens, die Liquiditätsbestände mit Swaps enthalten, zu Buchwerten in das Anlagevermögen umgewidmet. Nach der Umwidmung erfolgt die Bewertung auf Basis der für das Anlagevermögen maßgeblichen Grundsätze. Bezüglich des Volumens und weiterer Einzelheiten wird auf die Erläuterungen zum Anlagespiegel verwiesen.

Restrukturierung

Am 21. Oktober 2008 hat die EU-Kommission im Verfahren über staatliche Beihilfe der Bundesrepublik Deutschland für die Umstrukturierung der IKB bekannt gegeben, dass die staatlichen Hilfsmaßnahmen, die die IKB seit Beginn der Krise im Juli 2007 erhalten hat, unter Auflagen und Bedingungen genehmigt worden sind. Die einschneidenden Auflagen beinhalten eine deutliche Reduktion der Geschäftsaktivitäten der IKB, die Aufgabe des Geschäftsfeldes Immobilienfinanzierung und die Schließung von einigen ausländischen Standorten.

Zur Umsetzung der EU-Auflagen wurden interne Projekte initiiert, die ihre Arbeit bereits aufgenommen haben. Das Neugeschäft im Segment Immobilienkunden und in der IKB Capital Corporation, New York, wurde eingestellt. Die Vorbereitungen zur Übertragung von innerbetrieblichen Funktionen von der zu schließenden Luxemburger Tochtergesellschaft auf die Konzernzentrale in Düsseldorf wurden begonnen. In den von den Auflagen direkt betroffenen Einheiten und Tochtergesellschaften sind derzeit knapp 300 Mitarbeiter beschäftigt. Darüber hinaus können aufgrund der Umstrukturierung auch Arbeitsplätze in anderen Konzernteilen betroffen sein. Weiterhin werden durch die geplanten Maßnahmen zur Effizienzsteigerung, Zentralisierung, Anpassung an den verminderten Geschäftsumfang und Verschlankeung der Prozesse Arbeitsplätze wegfallen. Die IKB hat mit dem Konzernbetriebsrat eine Betriebsvereinbarung über einen Interessenausgleich abgeschlossen, die zum Bilanzstichtag in allen wesentlichen Punkten verhandelt war; die Unterzeichnung erfolgte nach Klärung letzter Detailfragen am 21. April 2009. Dem sozialverträglichen Abbau des Personals wurde durch Abschluss eines Sozialplanes am 21. April 2009 Rechnung getragen. Die Umsetzung des Interessenausgleichs erfolgt durch Angebot eines zumutbaren Arbeitsplatzes und Versetzungen, Abfindungen bei Beendigungskündigung und Aufhebungsvertrag, Vorruhestandsvereinbarung, die Tätigkeit einer Transferagentur, den möglichen Wechsel in eine externe Transfergesellschaft und sonstige Leistungen.

Den Verpflichtungen aus den vorgenannten Restrukturierungsmaßnahmen und drohenden Verlusten aus der Abwicklung von Dauerschuldverhältnissen wurde im Geschäftsjahr 2008/09 durch Bildung von Rückstellungen Rechnung getragen, die als sonstige Rückstellungen ausgewiesen werden. Die Bewertung der Rückstellungen erfolgte zum Rückzahlungsbetrag, soweit es sich dabei um ungewisse Verbindlichkeiten handelte. Bei Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften wurde eine Abzinsung der Rückstellungen vorgenommen. Die Aufwendungen für die Restrukturierungsmaßnahmen sind unter dem Posten Außerordentliche Aufwendungen berücksichtigt.

Erläuterungen zur Bilanz

Laufzeitengliederung ausgewählter Bilanzposten nach Restlaufzeiten

in Mio. €		bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre
Forderungen an Kreditinstitute ¹⁾					
	31.3.2009	4 022	354	219	189
	31.3.2008	4 537	1 507	59	571
Forderungen an Kunden					
	31.3.2009	1 957	2 641	11 818	8 046
	31.3.2008	2 630	3 123	10 905	9 407
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ¹⁾					
	31.3.2009	6 603	1 439	4 962	2 963
	31.3.2008	7 577	2 843	4 161	4 180
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ¹⁾					
	31.3.2009	1 501	837	1 080	2 558
	31.3.2008	1 134	1 484	1 184	2 805

¹⁾ jeweils ohne täglich fällige Forderungen bzw. Verbindlichkeiten

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 1.949 Mio. € (Vorjahr.: 1.189 Mio. €) im Folgejahr fällig. Von den unter den Verbrieften Verbindlichkeiten enthaltenen begebenen Schuldverschreibungen sind 6,5 Mrd. € (Vorjahr.: 8,1 Mrd. €) im Folgejahr fällig.

Anlagevermögen

in Mio. €	Anschaffungs-/Herstellungskosten	Zugänge	Abgänge/Umgliederung	Abschreibungen kumuliert	Abschreibungen Geschäftsjahr	Restbuchwerte 31.3.2009	Restbuchwerte 31.3.2008
Sachanlagen	62,3	1,0	1,6	43,2	9,1	18,5	27,3
immaterielle Anlagewerte	49,6	0,7	–	41,0	6,4	9,3	15,0
Beteiligungen	12,9	–	–	–	–	12,9	12,9
Anteile an verbundenen Unternehmen	1 635,8	325,3	152,6	915,3	257,2	893,3	977,8
festverzinsliche Wertpapiere	7 103,0	6 268,8	2 799,5	617,0	370,9	9 955,3	6 719,3
Aktien	196,8	7,7	0,0	22,2	8,1	182,3	181,8

Das Anlagevermögen enthält Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien mit einem Volumen in Höhe von 10,1 Mrd. € (Vorjahr.: 6,9 Mrd. €). Hierbei handelt es sich überwiegend um Emissionen internationaler Industrieunternehmen (Corporate Bonds und Credit Linked Notes) und um CDOs und ABS-Anleihen, die in Dauerbesitzabsicht bis zur Endfälligkeit der Papiere erworben wurden.

Im Geschäftsjahr wurden Abschreibungen in Höhe von 379,0 Mio. € auf festverzinsliche Wertpapiere und Aktien im Anlagevermögen vorgenommen. Insgesamt enthalten diese Wertpapiere am Bilanzstichtag Stille Lasten in Höhe von 1.833 Mio. € (Vorjahr 687 Mio. €). Diese Bestände weisen derzeit niedrigere beizulegende Zeitwerte insbesondere aufgrund von Spreadausweitungen vor allem in Folge der Finanzmarktkrise auf. Die IKB sieht die Differenz zwischen den beizulegenden Zeitwerten (8.305 Mio. €) und den Buchwerten (10.138 Mio. €) als nicht dauerhafte Wertminderung an, sodass keine Abschreibungen vorgenommen wurden.

In den vorgenannten Wertpapierbeständen sind Wertpapiere mit einem Buchwert von 725,6 Mio. € enthalten, die im Rahmen der Verkaufstransaktionen mit der Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited, Dublin, und nach den Regelungen des HFA 8 nicht zu einem bilanziellen Abgang führten. Im Vergleich zu den aktuellen Zeitwerten von 537,1 Mio. € enthalten diese Bestände am Bilanzstichtag Stille Lasten in Höhe von 188,5 Mio. €. Die Struktur der Verkaufstransaktion beinhaltet jedoch den Erwerb eines Junior Loan, der die Verlustpartizipation der IKB AG auf insgesamt 243 Mio. US-\$ begrenzt. Darüber hinausgehende Verluste aus diesem Portfolio werden sowohl durch LSF Aggregated Lendings S.A.R.L. als auch durch die KfW getragen.

Die Bank hat im Geschäftsjahr 2008/09 Wertpapierbestände zu Buchwerten i. H. v. 2.893,4 Mio. € aus dem Umlaufvermögen in das Anlagevermögen umgewidmet. Auf die Abschreibungen nach strengem Niederstwertprinzip mit einem Volumen von 156,2 Mio. € wurde damit verzichtet.

Bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen und den Beteiligungen liegt der Buchwert in keinem Fall über dem beizulegenden Zeitwert.

Am 31. März 2009 beträgt der Buchwert der bankbetrieblich genutzten Grundstücke und Gebäude 9,7 Mio. € (Vorjahr.: 17,5 Mio. €).

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist mit 5,9 Mio. € (Vorjahr.: 7,0 Mio. €) in den Sachanlagen enthalten. Es erfolgte eine Umgliederung der Buchwerten von Standardsoftware 0,2 Mio. € (Vorjahr: 1,7 Mio. €) und Softwarelizenzen 0,3 Mio. € (1,3 Mio. €) in die Immateriellen Vermögensgegenstände.

Börsenfähige Wertpapiere

Die in den nachstehenden Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere werden nach ihrer Börsennotierung wie folgt unterschieden:

in Mio. €	gesamt		börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12 390,4	12 240,0	11 242,1	10 955,0	1 148,3	1 285,0
Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	182,3	181,8	0,0	0,0	182,3	181,8
Anteile an verbundenen Unternehmen	292,7	192,5	0,0	0,0	292,7	192,5

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften

in Mio. €	Verbundene Unternehmen		Beteiligungen	
	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008
Forderungen an Kreditinstitute	4 597,7	6 567,4	0,0	8,6
Forderungen an Kunden	1 737,7	1 771,5	142,2	127,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 748,0	2 589,5	0,0	7 911,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	292,5	77,3	0,0	0,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	700,3	475,1	0,0	0,0

Die nachrangigen Verbindlichkeiten enthalten eine Namensschuldverschreibung in Höhe von 101,5 Mio. € sowie eine Wandelanleihe in Höhe von 123,7 Mio. €, die in Höhe von 123,5 Mio. € von der Zweckgesellschaft LSF6 Rio S.à.r.l., Luxemburg, übernommen und mit Vertrag vom 04. Juni 2009 an die LSF6 Europe Financial Holdings L.P., Dallas, abgetreten wurden.

Darüber hinaus bestanden zum 31. März 2009 unter den Sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesene Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 137,6 Mio. € (Vorjahr: 39,8 Mio. €). Sonstige Vermögensgegenstände, die Beteiligungsgesellschaften betreffen, waren zum Bilanzstichtag nicht im Bestand (Vorjahr: 918 Mio. €).

Treuhandgeschäfte

in Mio. €	31.3.2009	31.3.2008
Forderungen an Kunden	0,8	1,1
Beteiligungen	0,1	0,2
Treuhandvermögen	0,9	1,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,9	1,3
Treuhandverbindlichkeiten	0,9	1,3

Bei den Forderungen an Kunden innerhalb des Treuhandvermögens handelt es sich überwiegend um Kredite an insolvente Kreditnehmer. Gemäß der vertraglichen Vereinbarungen bleibt der Bilanzausweis solange unverändert, bis der Treuhandgeber die IKB aus dem Treuhandverhältnis entlässt.

Nachrangige Vermögensgegenstände

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in den folgenden Aktivposten enthalten:

in Mio. €	31.3.2009	31.3.2008
Forderungen an Kreditinstitute	150,0	150,3
Forderungen an Kunden	891,1	710,5

Wertpapierpensionsgeschäfte

Als Pensionsgeber waren zum Stichtag Wertpapiere mit einem Nominalwert von 732,0 Mio. € übertragen. Zudem hat die IKB als Pensionsnehmer Wertpapiere mit einem Nominalwert von 158,1 Mio. € erhalten, für die die Erlaubnis zur Weiterveräußerung oder Weiterverpfändung besteht. Hieraus resultieren zum Stichtag Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von 127,9 Mio. €. Von der Erlaubnis zur Weiterverpfändung hat die IKB i.H.v. 106,0 Mio. € Gebrauch gemacht. Für die erhaltenen Wertpapiere besteht nach den üblichen Bedingungen im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften eine Rückgabeverpflichtung in gleicher Höhe. Im Rahmen von Pensionsgeschäften wurden diese Sicherheiten weiterverpfändet.

Vermögensgegenstände und Schulden in Fremdwährung

Die in € umgerechneten bilanzierten Währungsvolumina sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt. Die Unterschiedsbeträge zwischen den Vermögensgegenständen und Schulden sind weitgehend durch Währungssicherungsgeschäfte abgesichert.

in Mio. €	31.3.2009	31.3.2008
Vermögensgegenstände	10 600,9	10 472,5
Schulden	9 278,6	6 508,0

Sonstige Vermögensgegenstände und Sonstige Verbindlichkeiten

Die wesentlichen Posten der sonstigen Vermögensgegenstände sind:

in Mio. €	31.3.2009	31.3.2008
Zinsabgrenzungen aus derivativen Geschäften	407	485
Forderungen an verbundene Unternehmen	138	40
Forderungen gegen Finanzbehörden	48	42
Equity Kicker Rio Debt Holdings	48	–
Gezahlte Prämien aus derivativen Geschäften	18	18
Ausgleichsanspruch gegen die KfW aus Risikoabschirmung	–	919

Die wesentlichen Posten der sonstigen Verbindlichkeiten sind:

in Mio. €	31.3.2009	31.3.2008
Verbindlichkeiten ggü. Zweckgesellschaften	1 899	–
Zinsabgrenzungen aus derivativen Geschäft	411	421
Verbindlichkeiten ggü. KfW	75	–
erhaltene Optionsprämien	49	24
Zinsverbindlichkeiten aus nachrangigen Verbindlichkeiten	26	22

Der Erhöhung des Postens „Sonstige Verbindlichkeiten“ liegt im Ausweis der Verbindlichkeiten ggü. Zweckgesellschaften wegen des Nichtabgangs von Kreditportfolien und Wertpapieren begründet.

In Übereinstimmung mit IDW RS HFA 8 enthält diese Position Verbindlichkeiten i. H. v. 1.974 Mio. €, den als Besicherung i. S. d. § 285 Nr. 1 b), 2 HGB Wertpapierbestände in gleicher Höhe gegenüberstehen.

Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden mit 72 Mio. € (Vorjahr.: 73 Mio. €) Unterschiedsbeträge gemäß § 250 Abs. 3 HGB bzw. § 340e Abs. 2 Satz 3 HGB (Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Verbindlichkeiten) ausgewiesen.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet im Wesentlichen mit 107 Mio. € (Vorjahr.: 92 Mio. €) abzugrenzende Zinserträge aus strukturierten Wertpapieren und mit 43 Mio. € (Vorjahr.: 43 Mio. €) Unterschiedsbeträge gemäß § 250 Abs. 2 HGB bzw. § 340e Abs. 2 Satz 2 HGB (Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Forderungen).

Steuerabgrenzungsposten

In diesem Geschäftsjahr erfolgt erstmalig der Ansatz latenter Steuern nach § 274 HGB in Höhe von 86,6 Mio. €. Dieser basiert ausschließlich aus Differenzen zwischen der Handels- und Steuerbilanz, die sich in Folgejahren umkehren, vor allem auf handelsrechtlich gebildeten Drohverlustrückstellungen für eingebettete Derivate (CDS), die steuerlich nicht angesetzt werden können.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten sind Eigenmittel im Sinne des Kreditwesengesetzes und rechnen damit in Höhe von 1.749 Mio. € zum haftenden Eigenkapital und davon in Höhe von 6 Mio. € zu den Drittrangmitteln. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist nicht gegeben. Sie dürfen im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Eine Beteiligung an Verlusten aus dem laufenden Geschäft ist hier nicht vorgesehen; Zinsen werden unabhängig vom Jahresergebnis der Bank geschuldet und gezahlt.

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten belaufen sich auf 1,8 Mrd. € (Vorjahr: 1,8 Mrd. €). Die Zinsaufwendungen hierfür betragen im Geschäftsjahr 96,1 Mio. € (Vorjahr: 96,7 Mio. €).

Einzelposten, die 10 % des Gesamtbetrages übersteigen:

Emissionsjahr	Buchwert in Mio. €	Emissions- währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
2003/2004	310,0	EUR	4,50	9.7.2013
2004/2005	400,0	EUR	4,25	29.7.2033

Genussrechtskapital

Das Genussrechtskapital nach Verlustzuweisungen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 186,8 Mio. € (Vorjahr: 301,2 Mio. €). Hiervon erfüllen 141,4 Mio. € (Vorjahr: 247,9 Mio. €) die Voraussetzung des § 10 Abs. 5 KWG und dienen damit der Verstärkung des haftenden Eigenkapitals. Der Nominalwert beträgt zum Bilanzstichtag 596,8 Mio. € (Vorjahr: 596,8 Mio. €). Bedingungsgemäß nimmt das Genussrechtskapital grundsätzlich bis zur vollen Höhe am Jahresfehlbetrag bzw. Bilanzverlust teil. Zinszahlungen erfolgen je nach Emission nur im Rahmen eines entweder vorhandenen Bilanzgewinnes oder Jahresüberschusses. Die Ansprüche der Genussrechtsinhaber auf Rückzahlung des Kapitals sind gegenüber den Ansprüchen der anderen Gläubiger nachrangig.

Die Ermittlung der Verlustbeteiligung der Genussrechtsinhaber bzw. die Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals ist aufgrund der verschiedenen Genussrechtsbedingungen nach unterschiedlichen Berechnungsarten vorzunehmen. Hierbei ermittelt sich die Verlustbeteiligung der jeweiligen Genussrechtsinhaber grundsätzlich anhand des anteiligen Jahresfehlbetrages bzw. des Bilanzverlustes (teilweise ohne Berücksichtigung des Verlustvortrages) im Verhältnis zum bilanziellen Eigenkapital einschließlich des gesamten Genussrechtskapitals bzw. zum Rückzahlungsbetrag aller am Bilanzverlust teilnehmenden Kapitalanteile. Eine Wiederauffüllung des Rückzahlungsbetrages nach einer Verlustteilnahme sowie eine Nachzahlung ausgefallener Ausschüttungen sind in den Emissionsbedingungen bei Erfüllung entsprechender Bedingungen innerhalb der Laufzeit der Emission bzw. in einem Fall nach Ablauf einer vierjährigen Besserungsperiode ausdrücklich vorgesehen.

Die Rückzahlungsansprüche des verbleibenden Genussrechtskapitals wurden aufgrund der in den Genussrechtsbedingungen festgelegten Verlustpartizipation des Genussrechtskapitals der Bank um 114,4 Mio. € vermindert.

Das Genussrechtskapital setzt sich wie folgt zusammen:

Emissionsjahr	ursprünglicher Nominalwert in Mio. €	Emissions- währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
1997/1998	102,3	DM	7,05	31.3.2009
1999/2000	20,0	EUR	7,23	31.3.2010
2001/2002	100,0	EUR	6,50	31.3.2012
2001/2002	74,5	EUR	6,55	31.3.2012
2004/2005	30,0	EUR	4,50	31.3.2015
2005/2006	150,0	EUR	3,86	31.3.2015
2006/2007	50,0	EUR	4,70	31.3.2017
2007/2008	70,0	EUR	5,63	31.3.2017

Für das Geschäftsjahr 2008/09 sind keine Zinsen auf das Genussrechtskapital (Vorjahr: 2,3 Mio. €) angefallen. Ohne den Jahresfehlbetrag bzw. den Bilanzverlust wären im Geschäftsjahr 2008/09 Zinsen auf Genussrechte in Höhe von 27,9 Mio. € zu zahlen gewesen.

Der Vorstand wurde in der außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 ermächtigt, bis zum 24. März 2014 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber lautende Genussscheine zu begeben. Die Genussscheine müssen den Voraussetzungen des Kreditwesengesetzes entsprechen, unter denen das für die Gewährung von Genussrechten eingezahlte Kapital dem haftenden Eigenkapital zuzurechnen ist. Den Genussscheinen können Inhaber-Optionsscheine beigefügt werden oder sie können mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden. Die Options- bzw. Wandlungsrechte berechtigen nach näherer Maßgabe der Options- bzw. Wandelgenussrechtsbedingungen (nachstehend „Genussrechtsbedingungen“), auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft zu beziehen. Die Eintragung in das Handelsregister ist noch nicht erfolgt.

Der Gesamtnennbetrag der im Rahmen dieser Ermächtigung auszugebenden Genussscheine, Options- und Wandelschuldverschreibungen darf insgesamt 900 Mio. € nicht übersteigen. Options- bzw. Wandlungsrechte dürfen nur auf Aktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu nominal 618.749.990,40 € ausgegeben werden. Die Genussscheine und Schuldverschreibungen können außer in Euro auch in der gesetzlichen Währung eines OECD-Staates – unter Begrenzung auf den entsprechenden Euro-Gegenwert von max. 900 Mio. € – begeben werden.

Entwicklung des Kapitals

1. Eigene Aktien

Der Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 hat die Gesellschaft ermächtigt, bis zum 27. Februar 2010 eigene Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigen. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2008/09 kein Gebrauch gemacht.

In der Hauptversammlung am 28. August 2008 wurde die Gesellschaft ermächtigt, bis zum 27. Februar 2010 eigene Aktien in Höhe von bis zu 10 % des Grundkapitals zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel zu erwerben. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots, beschränkt auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen, erfolgen. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Die erworbenen Aktien dürfen nach Wahl des Vorstands über die Börse oder in anderer Weise veräußert bzw. zu einem Teil oder insgesamt eingezogen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2008/09 kein Gebrauch gemacht.

Im Geschäftsjahr 2008/09 hat es keinen Bestand, weder Zugänge noch Verwertung von eigenen Aktien gegeben.

2. Eigenkapital

Die Hauptversammlung der IKB hat am 27. März 2008 eine Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen von 247.794.332,16 € um bis zu 1.486.765.992,96 € auf bis zu 1.734.560.325,12 € unter Gewährung von Bezugsrechten an die Aktionäre beschlossen. Die neuen Aktien wurden den Aktionären der Gesellschaft in der Zeit vom 29. Juli 2008 bis 11. August 2008 für 2,56 € je neue Aktie zum Bezug angeboten. Von der KfW Bankengruppe sind insgesamt 487.288.757 und von sonstigen Aktionären 992.493 neue Aktien für jeweils 2,56 € bezogen worden. Die Anzahl der neu ausgegebenen Aktien beträgt somit 488.281.250 Stück.

Die beschlossene und durchgeführte Kapitalerhöhung wurde am 24. Oktober 2008 in das Handelsregister eingetragen. Hierdurch erhöhte sich das gezeichnete Kapital (Grundkapital) im Geschäftsjahr 2008/09 von 247.794.332,16 € um 1.250.000.000,00 € auf 1.497.794.332,16 €. Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) ist in 585.075.911 (vorher 96.794.661) auf den Inhaber lautende Stückaktien eingeteilt.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. August 2013 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 500.000.000,00 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 195.312.500 neuen Aktien zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2008/09 kein Gebrauch gemacht. Die Eintragung des genehmigten Kapitals im Handelsregister ist am 3. November 2008 erfolgt.

Durch Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 24. März 2014 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 247.499.996,16 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 96.679.686 neuen Aktien zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Gegen diesen Beschluss sind mehrere Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen erhoben worden, über die noch nicht entschieden ist.

Durch den Beschluss der Hauptversammlung vom 9. September 2004 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 8. September 2009 Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 300.000.000 € zu begeben und den Inhabern dieser Schuldverschreibungen Wandlungs- und Optionsrechte auf Aktien der IKB mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 22.528.000,00 € zu gewähren. Diese Ermächtigung sowie das dazugehörige bedingte Kapital sind im Geschäftsjahr 2008/09 ausgenutzt worden.

Weiterhin wurde der Vorstand durch Beschluss der Hauptversammlung am 28. August 2008 ermächtigt, bis zum 27. August 2013 Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 900.000.000,00 € mit einer Laufzeit von max. 20 Jahren zu begeben und den Inhabern dieser Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 123.749.998,08 € nach Maßgabe der jeweiligen Anleihebedingungen zu gewähren. Die Restermächtigung zur Ausgabe von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen von bis zu 245.700.000,00 € sowie das dazugehörige bedingte Kapital von bis zu 13.667,84 € wurden durch Beschluss der Hauptversammlung am 28. August 2008 aufgehoben.

In Ausnutzung der Ermächtigung vom 28. August 2008 hat der Vorstand der Gesellschaft am 19. November 2008 beschlossen, nachrangige Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 123.671.070,72 € mit bedingter Wandlungspflicht und bedingtem Wandlungsrecht auf bis zu 48.309.012 Aktien der Gesellschaft aus dem bedingten Kapital mit Bezugsrecht der Aktionäre zu begeben. Bedingungen für das grundsätzliche Entstehen von Wandlungspflicht und Wandlungsrecht sind, dass gegen die Ermächtigung vom 28. August 2008 gerichtete Anfechtungsklage erledigt wird und das zu der Ermächtigung gehörende Bedingte Kapital bestandskräftig im Handelsregister der Gesellschaft eingetragen ist. Die bedingte Erhöhung des Grundkapitals wurde am 15. Oktober 2008 in das Handelsregister eingetragen. Die Wandelschuldverschreibungen wurden den Aktionären der Gesellschaft in einem öffentlichen Bezugsangebot in der Zeit vom 24. November 2008 bis 8. Dezember 2008 zum Bezug angeboten. Eine Tochtergesellschaft der Unternehmensgruppe Lone Star, die LSF6 Rio S.à.r.l., Luxemburg, hatte sich verpflichtet, alle Schuldverschreibungen zu übernehmen, die nicht von anderen Aktionären gezeichnet wurden. Von Aktionären der Gesellschaft sind Schuldverschreibungen über insgesamt 150.174,72 € und von LSF6 Rio S.à.r.l., Luxemburg, der Restbetrag von 123.520.896,00 € bezogen bzw. übernommen worden. Eine Schuldverschreibung von nom. 23,04 € berechtigt zum Bezug von 9 neuen Aktien aus dem bedingten Kapital zu einem Wandlungspreis von 2,56 € je Aktie. Die Bedingungen für das Entstehen von Wandlungspflicht und Wandlungsrecht sind seit dem 1. Juli 2009 erfüllt und LSF6 Rio S.à.r.l. hat am 6. Juli 2009 für die durch sie gekauften Anteile die Wandlungserklärung abgegeben. Eine Wandlungspflicht besteht spätestens am 11. April 2012 oder früher, wenn bestimmte aufsichtsrechtliche Kennziffern der Gesellschaft unterschritten werden.

Durch einen weiteren Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 24. März 2014 Wandel- bzw. Optionsgenussscheine sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 900.000.000,00 € zu begeben und den Inhabern der Genussscheine oder Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 618.749.990,40 € nach Maßgabe der jeweiligen Anleihebedingungen zu gewähren. Die Restermächtigung zur Ausgabe von Wandel- und/oder Optionsverschreibungen von bis zu 776.328.929,28 € ist durch Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung am 25. März 2009 aufgehoben worden. Gegen diese Beschlüsse sind Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen erhoben worden, über die noch nicht entschieden ist.

3. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage wird im Geschäftsjahr unverändert mit 1.649,2 Mio. € ausgewiesen.

Hiervon entfallen 1.050 Mio. € auf gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB im vergangenen Geschäftsjahr in die Kapitalrücklage eingestellte Beträge aufgrund des durch die KfW geleisteten Forderungsverzichts auf zwei Darlehen mit Besserungsabreden, die als andere Zuzahlungen behandelt worden sind. Im Rahmen der Veräußerung der IKB-Anteile der KfW an die LSF6 Europe Financial Holdings L.P. per 29. Oktober 2008 wurden die Rechte aus den Besserungsabreden mitübertragen und anschließend an die Gesellschaft LSF6 Rio (Ireland) Limited mit Sitz in Dublin abgetreten. Die Besserungsansprüche aus der Kapitalmaßnahme gehen gegenüber den Ansprüchen der Genussscheininhaber und Inhaber der stillen Einlagen der IKB wirtschaftlich vor. Dabei entstehen in einem Geschäftsjahr Ansprüche nur, wenn und soweit die IKB im HGB-Einzelabschluss nach ihrer Bedienung keinen Jahresfehlbetrag ausweist und die bankaufsichtsrechtliche Eigenkapitalquote auf Einzelinstitutsebene oberhalb von 9 % bleibt. Zinsen fallen nur für solche Geschäftsjahre und in solchem Umfang an, in denen die IKB nach – ggf. einer partiellen – Bedienung der Besserungsabrede keinen Jahresfehlbetrag im HGB-Einzelabschluss ausweist.

4. Gewinnrücklagen

Die Anderen Gewinnrücklagen wurden aufgelöst und mit dem Jahresfehlbetrag und dem Verlustvortrag verrechnet.

5. Hybride Kapitalinstrumente

Das hybride Kernkapital beträgt zum 31. März 2009 nach Verlustzuweisungen 70,1 Mio. € (Vorjahr: 210,9 Mio. €). Es entspricht den Anforderungen des § 10 Abs. 4 KWG und wird damit dem aufsichtsrechtlichen Kernkapital zugerechnet. Der Nominalwert beläuft sich unverändert auf 400 Mio. €.

Unter den Begriff der hybriden Kapitalinstrumente fallen Emissionen in Form von Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter. Bei den Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter ist eine Kündigung nur durch den Emittenten – bei ansonsten unbegrenzter Laufzeit – zulässig, die frühestens 2013 bzw. 2014 ausgeübt werden kann und auch nur dann, wenn der Rückzahlungswert wieder auf den ursprünglichen Einlagennennwert aufgefüllt ist.

Darüber hinaus dürfen stille Beteiligungen im Insolvenzfall erst nach Rückzahlung sämtlicher Nachrangverbindlichkeiten und Genussscheinemissionen bedient werden.

Zur Berechnung der Verlustquote wird die Einlage der stillen Gesellschafter in Relation zum bilanziellen Eigenkapital einschließlich der Genussscheine gesetzt. Die Rückzahlungsansprüche der stillen Gesellschafter verminderten sich durch die Verlustbeteiligung im Geschäftsjahr um 140,7 Mio. €. Eine Wiederauffüllung des Rückzahlungsbetrages nach einer Verlustteilnahme ist in den Emissionsbedingungen bei Erfüllung entsprechender Bedingungen ausdrücklich vorgesehen.

Zinsaufwendungen für die hybriden Kapitalinstrumente ergaben sich im aktuellen Berichtsjahr nicht (Vorjahr: 9,6 Mio. €).

Entwicklung des Kapitals

in Mio. €	1.4.2008	Entnahme	Zuführungen	Verteilung des Jahresergebnisses	31.3.2009
a) Gezeichnetes Kapital					
Stammkapital/Grundkapital	247,8	0,0	1 250,0 ¹⁾		1 497,8
b) Stille Einlage	210,9	-140,7 ²⁾	0,0		70,1
	458,7	-140,7	1 250,0	0,0	1 567,9
c) Kapitalrücklage	1 649,2	0,0	0,0	0,0	1 649,2
d) Gewinnrücklagen					
da) Gesetzliche Rücklage	2,4	0,0	0,0	0,0	2,4
db) Andere Gewinnrücklagen	502,5	-502,5 ³⁾	0,0	0,0	0,0
	504,9	-502,5	0,0	0,0	2,4
e) Bilanzverlust	-1 275,9	0,0	0,0	-103,7	-1 379,6
	1 336,8	-643,2	1 250,0	-103,7	1 839,8
Nicht ausgenutztes					
genehmigtes Kapital	0,0	0,0	500,0	0,0	500,0
bedingtes Kapital	0,0	0,0	123,7 ⁴⁾	0,0	123,7

(aus rechentechnischen Gründen enthält die Tabelle Rundungsdifferenzen)

¹⁾ Umsetzung der Kapitalerhöhung gem. HV-Beschluss vom 27. März 2009

²⁾ Verlustpartizipation der stillen Einlagen für das Geschäftsjahr 2008/09

³⁾ Vollständige Auflösung der Gewinnrücklage im Rahmen der Ergebnisverwendung

⁴⁾ Am 11. Dezember 2008 emittierte nachrangige Wandelschuldverschreibung in Höhe von 123,7 Mio. €.

Gemäß der bei der Aufsicht zum Bilanzstichtag eingereichten Meldung belaufen sich die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel gemäß Kreditwesengesetz auf insgesamt 3,2 Mrd. € (Vorjahr: 2,5 Mrd. €). Die Berechnung der Eigenmittel mit den Bilanzwerten ergibt einen Wert von 3,0 Mrd. €.

Bedeutende Stimmrechtsanteile

Der Bank sind mit Stand 31. März 2009 folgende Mitteilungen gemäß § 21 WpHG zugegangen:

Datum der Veränderung	Meldepflichtiger	Ort	Schwellenwert	direkt gehalten	mittelbar	Gesamt
24.10.2008	Stiftung zur Förderung der Forschung für die gewerbliche Wirtschaft	Köln	<3 %	1,72 %		1,72 %
24.10.2008	Sal Oppenheim jr. & Cie. S.C.A	Luxembourg	<3 %		0,5 %	0,5 %
24.10.2008	Sal Oppenheim jr. & Cie. KGaA	Köln	<3 %		0,5 %	0,5 %
24.10.2008	Sal Oppenheim jr. & Cie. Beteiligungen S.A.	Luxembourg	<3 %	0,5 %		0,5 %
24.10.2008	Bundesrepublik Deutschland vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen	Berlin	>75 %		90,81 %	90,81 %
24.10.2008	Kreditanstalt für Wiederaufbau	Frankfurt am Main	>75 %	83,54 %	7,27 %	90,81 %
24.10.2008	KfW Beteiligungsholding GmbH	Frankfurt am Main	<10 %	7,27 %		7,27 %
29.10.2008	Bundesrepublik Deutschland vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen	Berlin	<3 %		0 %	0 %
29.10.2008	Kreditanstalt für Wiederaufbau	Frankfurt am Main	<3 %	0 %	0 %	0 %
29.10.2008	KfW Beteiligungsholding GmbH	Frankfurt am Main	<3 %	0 %		0 %
29.10.2008	John P. Grayken	USA	>75 %		90,81 %	90,81 %
29.10.2008	Lone Star Europe Holdings, Ltd. (Bermuda)	Hamilton (Bermuda)	>75 %		90,81 %	90,81 %
29.10.2008	Lone Star Europe Holdings, L.P. (Bermuda)	Hamilton (Bermuda)	>75 %		90,81 %	90,81 %
29.10.2008	LSF6 Europe Partners, L.L.C. (Delaware)	Dallas (Texas)	>75 %		90,81 %	90,81 %
29.10.2008	LSF6 Europe Financial Holdings, L.P. (Delaware)	Dallas (Texas)	>75 %	90,81 %		90,81 %

Eventualverbindlichkeiten/Andere Verpflichtungen

Eventualverbindlichkeiten in Mio. €	31.3.2009	31.3.2008
Bürgschaften, Garantien, Sonstige	4 084,9	5 060,0
Haftungsübernahmen	321,4	303,1
Gesamt	4 406,3	5 363,1

Andere Verpflichtungen in Mio. €	31.3.2009	31.3.2008
Kreditzusagen bis zu einem Jahr	1 186,5	1 884,2
Kreditzusagen von mehr als einem Jahr	1 564,1	2 216,6
Gesamt	2 750,6	4 100,8

In dem Posten „Eventualverbindlichkeiten“ sind am Bilanzstichtag unter den Bürgschaften und Garantien auch Credit Default Swaps (Bank ist Sicherungsgeber) enthalten. Hierbei hat die IKB jeweils für bestimmte Kreditportfolien das Adressenausfallrisiko für ein im Voraus definiertes Kreditereignis übernommen.

Darüber hinaus werden derivative Bestandteile strukturierter Produkte (CDS), die in dem Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen werden, mit 2,8 Mrd. € (Vorjahr: 3,1 Mrd. €) im Posten „Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen“ zusätzlich berücksichtigt. Für diese Produkte wurden im Rahmen der Bewertung außerbilanziell ausgewiesener eingebetteter CDS-Geschäfte Rückstellungen in Höhe von 0,8 Mrd. € (Vorjahr: 0,7 Mrd. €) gebildet.

Aus dem Vorjahreswert der Bürgschaften, Garantien, Sonstige wurden 149,6 Mio. € in die Haftungsübernahmen umgegliedert.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Erträge nach geografischen Märkten (§ 34 Abs. 2 RechKredV)

Der Gesamtbetrag der Zinserträge, laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, der Provisionserträge, des Nettoertrags aus Finanzgeschäften und der sonstigen betrieblichen Erträge verteilt sich wie folgt auf die verschiedenen geografischen Märkte:

in Mio. €	2008/09	2007/08
Bundesrepublik Deutschland	4 415,7	4 040,4
Europa ohne Deutschland	2 359,0	1 862,3
Gesamt	6 774,7	5 902,7

Die Zuordnung der Erträge nach geografischen Bereichen erfolgt nach dem jeweiligen Sitz der Betriebsstätten.

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Die IKB erbringt Verwaltungsdienstleistungen im Kredit- und Depotgeschäft, insbesondere im Avalgeschäft. Die Erträge hieraus sind in den Provisionserträgen enthalten.

Sonstige betriebliche Erträge

Die Sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Konzernumlagen 5,9 Mio. € sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen von 11,6 Mio. € (Vorjahr: 3,1 Mio. €).

Ebenfalls enthalten ist die vorzeitige Auflösung einer CDS-Transaktion, die zu einer vollständigen Vereinbarung i. H. v. 15,4 Mio. € führt. Diesem Effekt steht allerdings eine zu leistende Ausgleichszahlung von 8,3 Mio. € entgegen, sodass sich aus diesem Geschäft ein Gesamteffekt von 7,1 Mio. € ergibt.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Wesentlichen sind folgende Sachverhalten enthalten:

in Mio. €	2008/09	2007/08	Veränderung
Zuführung zur Rückstellung für Verlust der IKB Capital Cooperation	94,5	–	94,5
Mietaufwendungen	5,2	4,3	0,9
Zuführung zur Rückstellung wegen Grunderwerbsteuerzahlung Movesta Lease and Finance GmbH	5,0	–	5,0
Bewirtungen, Veranstaltungen und Kosten für Kantine	1,2	1,3	–0,1
Zuführung zur Rückstellung für Aktionärsklagen	1,1	15,0	–13,9

Außerordentliche Aufwendungen

Im Posten „Außerordentliche Aufwendungen“ wird der Ergebniseffekt, der sich aus der Zuführung zu den Rückstellungen im Rahmen der Restrukturierungsmaßnahmen ergibt, ausgewiesen. Insgesamt belaufen sich die Aufwendungen für Restrukturierung im Berichtszeitraum auf 43,1 Mio. €. Darin enthalten sind Aufwendungen für die Auflösung von Arbeitsverträgen, Rückstellungen für Leerstandskosten in Mieträumen sowie für Vorruehstandsverpflichtungen. Des Weiteren sind Sonderabschreibungen in Höhe von 7,5 Mio. € für bankbetrieblich genutzte Gebäude in Leipzig und München enthalten. Darüber hinaus ist in dem Posten ein Saldo von 4,7 Mio. € aus der Abrechnung des Risikoschirms gebucht, der sich aus Aufwendungen für die Risikoabsicherung und Kostenerstattungen gegenüber der KfW von 29,7 Mio. € und einem gegenläufigen Zinseffekt aus der vorzeitigen Abwicklung des Risikoschirms von 25,0 Mio. € zusammensetzt.

Periodenfremde Aufwendungen

In den Verwaltungsaufwendungen ist eine Nachzahlung des Einlagensicherungsfonds für das vorangegangene Geschäftsjahr i. H. v. 3,1 Mio. € enthalten.

Außerordentliche Erträge

Unter dieser Position wird der Ergebniseffekt i.H.v. 905 Mio. €, der sich aus dem Risikoschirm der KfW für das Havenrock-Engagement ergibt, ausgewiesen. Dem gegenüber stehen Abschreibungen auf Kreditforderungen an die Havenrock-Gesellschaft in gleicher Höhe.

Erstattete Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Im Berichtsjahr fiel ein Ertrag aus Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 82,2 Mio. € (Vorjahr: Steuerertrag in Höhe von 22,7 Mio. €) an.

Aufgrund der Verlustsituation fallen bei der IKB derzeit keine laufenden Steuern an. Im Ausland haben sich durch den Rücktrag steuerlicher Verluste in Vorjahre teilweise Erträge ergeben. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen in vollem Umfang die gewöhnliche Geschäftstätigkeit.

Sonstige Angaben

Anteilsbesitzliste gemäß § 285 Nr. 11 und 11a HGB sowie § 313 Abs. 2 HGB [Auszug]	Patronats- erklärung	Kapital- anteil in %	Eigen- kapital in Tsd. €	Ergebnis in Tsd. €
1. Ausländische Kreditinstitute				
IKB International S.A., Luxemburg	x	100,0	183 133	-272 972
2. Inländische sonstige Unternehmen				
IKB Beteiligungen GmbH, Düsseldorf	x	100,0	475 710	0 ¹⁾
IKB Data GmbH, Düsseldorf	x	100,0	20 000	0 ¹⁾
IKB Grundstücks GmbH, Düsseldorf	x	100,0	113	10
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Degerloch KG, Düsseldorf ⁵⁾	x	100,0	1 977	-4 697
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Hamburg KG, Düsseldorf ⁵⁾	x	100,0	-746	-3 061
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Holzhausen KG, Düsseldorf ⁵⁾	x	100,0	3 678	-6 302
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Uerdinger Straße KG, Düsseldorf ⁵⁾	x	100,0	8 699	25
IKB Immobilien Management GmbH, Düsseldorf	x	75,0	2 295	507
IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Düsseldorf ⁵⁾	x	100,0	40 467	6 641
IKB Projektentwicklungsverwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	x	100,0	28	2
IMAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	x	100,0	2 442	120
ISTOS Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	x	100,0	55	14
ISTOS Erste Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf ⁵⁾	x	100,0	40	-5
ISTOS Zweite Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf ⁵⁾		100,0	193	-115
ISTOS Dritte Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf ⁵⁾		100,0	245	26
TUSSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Wilhelm-Böttzkes-Straße KG, Eschborn		100,0	1	2 751,1 ⁶⁾
IKB Credit Asset Management Verwaltungs GmbH, Düsseldorf		100,0	25	0 ⁶⁾
ICCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf ³⁾	x	100,0	46	2
ICCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf ^{3) 5)}	x	100,0	193	-24
ISOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf ³⁾	x	100,0	46	2
ISOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co KG, Düsseldorf ^{3) 5)}	x	100,0	246	-8
IKB Equity Capital Fund I GmbH & Co. KG, Düsseldorf ³⁾	x	99,8	53 966	-3 999
IKB Equity Finance GmbH, Düsseldorf ³⁾		100,0	962	2 883
IKB Autoleasing GmbH, Hamburg ³⁾	x	100,0	14 000	0 ¹⁾
IKB Leasing Berlin GmbH, Erkner ³⁾	x	100,0	8 000	0 ¹⁾
IKB Leasing GmbH, Hamburg ³⁾	x	100,0	45 000	0 ¹⁾
IKB Private Equity GmbH, Düsseldorf ³⁾	x	100,0	90 000	0 ¹⁾
Movesta Lease and Finance GmbH, Düsseldorf ³⁾		50,0	17 835	3 329
IKB Dritte Equity Suporta GmbH, Düsseldorf ³⁾		100,0	2 160	-3 358
IKB Erste Equity Suporta GmbH, Düsseldorf ³⁾		100,0	183	158
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden ³⁾		30,0	25 100	-6 178

¹⁾ Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

²⁾ Nachrangige Patronatsklärung

³⁾ Mittelbare Beteiligung

⁴⁾ Inkl. Stille Einlagen/Vorzugsaktien

⁵⁾ Gesellschaft hat von der Befreiung nach § 264b HGB Gebrauch gemacht.

⁶⁾ 31. Dezember 2007 bzw. Geschäftsjahr 2007/08

Anteilsbesitzliste gemäß § 285 Nr. 11 und 11a HGB sowie § 313 Abs. 2 HGB [Auszug]	Patronats- erklärung	Kapital- anteil in %	Eigen- kapital in Tsd. €	Ergebnis in Tsd. €
3. Ausländische sonstige Unternehmen				
IKB Capital Corporation, New York		100,0	38 114	-1 637 ⁶⁾
IKB Finance B.V., Amsterdam	x	100,0	4 911	3 541
IKB Funding LLC I, Wilmington, Delaware	x ²⁾	100,0	75 997 ⁴⁾	-888
IKB Funding LLC II, Wilmington, Delaware	x ²⁾	100,0	402 687 ⁴⁾	-614
IKB Lux Beteiligungen S.á.r.l., Luxemburg	x	100,0	59 265	-5 839
IKB Funding Trust I, Wilmington		100,0	75 068	0
IKB Funding Trust II, Wilmington		100,0	400 001	0
IKB Leasing Austria GmbH, Salzburg ³⁾	x	100,0	799	-713
IKB Leasing CR s.r.o., Prag ³⁾	x	100,0	2 870	-1 162
IKB Leasing France S.A.R.L., Marne ³⁾	x	100,0	1 466	-1 179
IKB Leasing Hungária Kft., Budapest ³⁾	x	100,0	267	-1 240
IKB Leasing Polska Sp. z.o.o., Posen ³⁾	x	100,0	5 407	391
ZAO IKB Leasing, Moskau ³⁾	x	100,0	276	-1 090
IKB Leasing SR, s.r.o., Bratislava ³⁾	x	100,0	2 198	-53
IKB Pénzüdyi Lízing Hungária Rt., Budapest ³⁾	x	100,0	1 924	548
Still Location S.A.R.L., Marne ³⁾	x	100,0	10 473	-1 886
IKB Leasing srl, Bukarest ³⁾	x	100,0	-24	-880
IKB Leasing Finance IFN SA, Bukarest ³⁾	x	100,0	495	53

¹⁾ Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

²⁾ Nachrangige Patronatserklärung

³⁾ Mittelbare Beteiligung

⁴⁾ Inkl. Stille Einlagen/Vorzugsaktien

⁵⁾ Gesellschaft hat von der Befreiung nach § 264b HGB Gebrauch gemacht.

⁶⁾ 31. Dezember 2007 bzw. Geschäftsjahr 2007/08

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes wird beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht und über die Internetseite des Unternehmensregisters zugänglich gemacht. Sie kann bei der IKB kostenlos angefordert werden.

Angabe der Abschlussprüferhonorare gemäß § 285 Satz 1 Nr. 17 HGB

Für den Abschlussprüfer wurden folgende Honorare gezahlt:

in Mio. €	2008/09	2007/08
Abschlussprüfung	4,8	2,0
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	2,6	7,7
Steuerberatungsleistungen	0,1	0,0
Sonstige Leistungen	0,4	0,5
Gesamt	7,9	10,2

Der Unterposten ‚Abschlussprüfung‘ betrifft Abschlussprüferhonorare für den Jahresabschluss und den Konzernabschluss der IKB. Von den Kosten der Abschlussprüfung betrifft ein Betrag i.H.v. 1,7 Mio. € das Vorjahr. Unter den sonstigen Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen sind u.a. Aufwendungen aus den Honoraren für den Konzernzwischenabschluss der IKB zum 30. Juni 2008 und 30. September 2008 in Höhe von 1,2 Mio. € enthalten.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es besteht eine anteilige Nachschusspflicht für die Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, gemäß § 26 GmbHG. Daneben trägt die IKB eine quotale Eventualhaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer, dem Bundesverband deutscher Banken e.V. angehörender Gesellschafter. Aufgrund der aktuellen Marktsituation sind die Belastungen hieraus nicht absehbar.

Im Februar 2009 sind die Entschädigungszahlungen an Einleger der Lehman Brothers Bankhaus Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, aus dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. angelaufen. Das Bankhaus ist die deutsche Tochtergesellschaft der US-Bank Lehman Brothers Inc., die in den USA unter Gläubigerschutz gestellt wurde. Mögliche Nachschusspflichten für die IKB sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt.

Ferner hat die Bank sich gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zu Gunsten von in ihrem Mehrheitsbesitz stehenden Kreditinstituten anfallen.

Patronatserklärungen

Die IKB trägt dafür Sorge, dass ihre Tochterunternehmen, die in der Liste über den Anteilsbesitz der IKB Deutsche Industriebank AG als unter die Patronatserklärung fallend gekennzeichnet sind, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können.

Die IKB Leasing GmbH, Hamburg, hat zugunsten der Tochtergesellschaften IKB Leasing Hungaria Kft., Budapest, und IKB Penzüdyi Lizing Hungaria zRt, Budapest, gegenüber der Commerzbank Rt., Budapest, Patronatserklärungen abgegeben. Darüber hinaus besteht eine Patronatserklärung der IKB Leasing GmbH, Hamburg, zugunsten der IKB Leasing Austria GmbH, Salzburg, gegenüber dem Bankhaus Carl Spängler & Co., Salzburg.

Die IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Düsseldorf, hat zugunsten der ilmenau center GmbH & Co. KG, Lüneburg, eine Patronatserklärung gegenüber Zoo & Co. in Höhe von 340 Tsd. € abgegeben.

Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

Es sind festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 7,4 Mrd. € (Vorjahr: 6,6 Mrd. €) als Sicherheiten für das Tenderverfahren der Europäischen Zentralbank und für das GC Pooling (Sicherheitenpool) mit Eurex Repo GmbH abgetreten. Zusätzlich wurden Kreditforderungen bei der Bundesbank in Höhe von 0,7 Mrd. € (Vorjahr: 1,6 Mrd. €) hinterlegt. Am Bilanzstichtag waren Kreditfazilitäten in Höhe von 2,9 Mrd. € (Vorjahr: 3,1 Mrd. €) in Anspruch genommen.

Des Weiteren wurden im Geschäftsjahr durch die KfW eine Liquiditätslinie gewährt, die in verschiedenen Tranchen und in Euro und US-Dollar bis einem Gesamtgegenwert von 3,0 Mrd. € gezogen sowie im Rahmen eines Globaldarlehens, Kreditforderungen an die KfW als Sicherheiten übertragen werden kann (3,0 Mrd. € zum Bilanzstichtag).

Die IKB hat bei verschiedenen Kreditinstituten Barsicherheitsleistungen (Cash Collaterals) in Höhe von insgesamt 5,8 Mio. € (Vorjahr: 294,7 Mio. €) im Zusammenhang mit Kreditderivaten erbracht.

Im Rahmen des Sicherheitenverwaltungs-Managements (Collateral Management) wurden für Zinsderivate an verschiedene Institute Barsicherheiten in Höhe von 1,3 Mrd. € (Vorjahr: 0,6 Mrd. €) gegeben.

Für die Einhaltung der Zahlungsverpflichtungen bei Wertpapiertransaktionen sind Wertpapierbestände mit einem Nominalwert von 19,0 Mio. € (Vorjahr: 3,5 Mio. €) bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt, und bei Clearstream Banking S.A., Luxemburg, ein Wertpapier mit einem Nominalwert von 7,0 Mio. € (Vorjahr: 7,0 Mio. €) als Sicherheit hinterlegt. Im Rahmen des Handels an der EUREX Deutschland sind für Margin-Verpflichtungen gegenüber der BHF-Bank AG, Frankfurt und Berlin, Wertpapiere mit einem Nominalwert von 5,0 Mio. € (Vorjahr: 20,0 Mio. €) verpfändet.

Der KfW, Frankfurt am Main, sind zur begleitenden Absicherung gemeinsamer Geschäftskonzepte Wertpapiere in Höhe von 160,0 Mio. € verpfändet und Barsicherheiten über 170,0 Mio. € gestellt worden (Vorjahr insgesamt: 246,6 Mio. €).

Im Rahmen echter Wertpapierpensionsgeschäfte waren zum Stichtag Wertpapiere in Höhe von 732,0 Mio. € übertragen (Vorjahr: 2,1 Mrd. €).

Entsprechend IDW RS HFA 8 sind rechtlich abgetretene Forderungen als Sicherheitsabtretung zur Besicherung eines erhaltenen Darlehens anzusehen, wenn kein bilanzieller Abgang erreicht wird. Hierunter fallen Wertpapiere i. H. v. 75,0 Mio. € gegenüber der KfW, i. H. v. 688,5 Mio. € gegenüber Rio Debt Holdings (Ireland) Limited sowie Kundenforderungen i. H. v. 589,2 Mio. € gegenüber der Zweckgesellschaft Bacchus 2008-1, i. H. v. 407,4 Mio. € gegenüber der Zweckgesellschaft Bacchus 2008-2 und i. H. v. 214,0 Mio. € gegenüber der Zweckgesellschaft REPV-DS GmbH 2008-1.

Pensionen

Die im Rahmen von CTA's ausgegliederten Vermögenswerte von 182,3 Mio. € unterliegen ausschließlich der Zweckbindung, die den Mitarbeitern gegebenen Pensionszusagen sowie Verpflichtungen aus Deferred Compensation, Vorruhestandsverpflichtungen und diejenigen, die sich aus dem Wertkontenmodell ergeben, zu decken bzw. laufende Erträge zu generieren, um die sich daraus ergebenden Kosten zu kompensieren. Darüber hinaus dienen sie der Absicherung der vorgenannten Verpflichtungen auch im Falle der Insolvenz der Bank.

Termingeschäfte/Marktwerte von Derivaten/Zinsänderungsrisiken

Die abgeschlossenen Termingeschäfte dienen im Wesentlichen der Steuerung und Begrenzung von Zinsänderungsrisiken und betreffen insbesondere den Kreditrefinanzierungsbestand und das Investmentportfolio. Ein Handel in derivativen Instrumenten wird nur in eingeschränktem Umfang betrieben. Die Höhe des Zinsänderungsrisikos wird durch ein vom Vorstand verabschiedetes Limitsystem begrenzt und im Rahmen des Risikomanagements ständig überwacht. Zusätzlich wird das Volumen der Termin- und Derivat-Geschäfte durch kontrahentenbezogene Limite begrenzt.

Im Kreditrefinanzierungsbestand werden die Zinsänderungsrisiken aus Kreditgewährungen und den dazugehörigen Refinanzierungsmitteln gesteuert. Derivate werden dabei zur Beseitigung bzw. Reduktion von Fristeninkongruenzen und Zins- und Wechselkursrisiken eingesetzt. Die im Kreditrefinanzierungsbestand eingesetzten Derivate sind überwiegend Zinsderivate. Per saldo liefern die Derivate einen negativen Marktwert von 1.124,9 Mio. €. Den negativen Marktwerten der Derivate im Kreditrefinanzierungsbestand stehen positive Marktwerte (über Nominalwert) von Krediten und festverzinslichen Wertpapieren gegenüber. Die im Vorjahr noch in der Kreditrefinanzierung aufgeführten Credit Default Swaps und Credit Linked Notes wurden im Laufe des Geschäftsjahres im Wesentlichen an die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited ausgelagert, an dessen Marktwert und -risiko die IKB ökonomisch lediglich noch über ein First Loss Piece mit einem Nominalvolumen von ca. 243 Mio. US-\$ beteiligt ist. Dessen Marktwert beträgt 118 Mio. € per 31. März 2009.

Langfristige Anlagen: Das Investmentportfolio umfasst Investments in Staats- und Länderanleihen, Pfandbriefe, Bankanleihen sowie Corporate Bonds und Schuldscheindarlehen. Das Portfolio dient zum Teil der Anlage der Eigenmittel der Bank und wurde im Verlauf des Geschäftsjahres durch Zinsswaps gegen Zinsänderungen im Wesentlichen abgesichert. Aufgrund nicht abgesicherter Stillhalterpositionen, die in strukturierte Wertpapiere eingebettet sind, verbleibt jedoch ein wesentlicher Beitrag des Investmentportfolios zum gesamten Marktpreisrisiko der Bank. Die Optionspositionen wurden im Verlauf des Geschäftsjahres reduziert, und deren veränderliches Zinsrisiko wird durch Abschluss geeigneter Zinsswaps permanent gemanagt. Zudem wird das Investmentportfolio auch zur Sicherstellung der Liquidität der Bank eingesetzt. Insofern enthält es überwiegend Wertpapiere, die bei der EZB als Sicherheit im Rahmen von Tendergeschäften verwendet werden.

Marktwerte von Derivaten

Derivatives Geschäft	Nominal	Marktwert		
	31.3.2009	positiv 31.3.2009	negativ 31.3.2009	Gesamt
in Mio. €				
Zinsswaps	30 913,8	832,6	-1 953,6	-1 121,0
Swap-Options	800,0	0,8	-0,8	0,0
Forward Interest Rate Swaps	194,0	1,9	-5,8	-3,9
Caps/Floors	19,3	0,0	0,0	0,0
Bondoptions	25,2	0,7	-5,6	-4,9
Forward Bonds	10,0	0,0	-0,1	-0,1
Forward Foward Deposits	20,1	0,0	0,0	0,0
Devisenswaps	1 911,9	34,8	-5,8	29,1
Währungs-Swaps	908,6	33,4	-50,7	-17,4
Devisentermingeschäfte	6,5	0,0	0,0	0,0
Kreditderivate	2 589,2	217,0	-1 897,3	-1 680,3
davon: eingebettete Derivate*	(2 138,6)	(0,0)	(-1 120,1)	(-1 120,1)
Bid-ask-Effekte	0,0	0,0	-12,1	-12,1
Gesamt	37 398,5	1 121,3	-3 931,9	-2 810,6

* Für eingebettete Derivate wurden Rückstellungen i.H.v. 719,6 Mio. € als Risikovorsorge gebildet.

Die Bewertung der Derivate erfolgte für börsengehandelte Geschäfte mit dem Börsenkurs zum Bilanzstichtag. Für nicht börsengehandelte Derivate wurden die Marktwerte auf der Grundlage von finanzmathematischen Bewertungsmodellen sowie am Markt verfügbaren Bewertungsparametern (u.a. Zinssätze, Zinsvolatilitäten, Währungskurse) bestimmt. Bei den Kreditderivaten handelt es sich überwiegend um Credit Default Swaps auf Corporate Bonds und Staatsanleihen im Zusammenhang mit strukturierten Wertpapieren. Die Bewertungsverfahren für Portfolio-Credit Default Swaps orientieren sich an den Bewertungsverfahren für die Credit Linked Notes. Die ausgewiesenen Marktwerte enthalten – den Marktusancen folgend – die abzugrenzenden Stückzinsen.

Über die vorstehend genannten Derivate hinaus hält die Bank aus der Vertragskonstruktion im Zusammenhang mit dem First Loss Piece der Rio Debt Holdings (Ireland) Limited einen sogenannten Equity-Kicker, der den Anspruch auf 80 % der Mehrerlöse aus der Verwertung des übertragenen Portfolios (mit einem Nominalvolumen von 2,7 Mrd. €) darstellt, der als eingebettetes Derivat zum Marktwert in Höhe von 48 Mio. € bilanziert ist.

Bezüge und Kredite der Organe

Eine ausführliche Beschreibung der Bezüge und des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats befindet sich im Vergütungsbericht, der Bestandteil des Lageberichtes ist.

Die Vergütung des Vorstands

Für das Geschäftsjahr 2008/09 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 7.068 Tsd. € (Vorjahr: 4.264 Tsd. €). Hiervon entfallen 2.380 Tsd. € (Vorjahr: 1.967 Tsd. €) auf Festbezüge, 3.117 Tsd. € (Vorjahr: 2.044 Tsd. €) auf variable Bezüge, 280 Tsd. € auf Pensionsersatzzahlungen (Vorjahr: 56 Tsd. €) und 1.291 Tsd. € (Vorjahr: 197 Tsd. €) auf Nebenleistungen (inkl. Abfindungen i.H.v. 1.120 Tsd. €).

Frühere und ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder und ausgeschiedener Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen beliefen sich auf 3.097 Tsd. € (Vorjahr: 3.882 Tsd. €). Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2008/09 – neben den vorstehenden Abfindungen – an zwei ehemalige Vorstandsmitglieder im Rahmen von Abfindungsvereinbarungen Beträge in Höhe von 1.313 Tsd. € ausgezahlt, für die bereits in den Geschäftsjahren 2006/07 und 2007/08 eine Rückstellung i.H.v. 800 Tsd. € gebildet wurde. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen wurden 37.282 Tsd. € (Vorjahr: 37.094 Tsd. €) zurückgestellt.

Hinsichtlich der Rückforderungen der erfolgsabhängigen Vergütungen für das Geschäftsjahr 2006/07 an den Vorstand wird auf die Ausführungen im Vergütungsbericht verwiesen.

Die Vergütung des Aufsichtsrats

Für das Geschäftsjahr 2008/09 beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 498 Tsd. € (561 Tsd. €). Hierin sind 69 Tsd. € (Vorjahr: 37 Tsd. €) Reisekosten enthalten.

Bezüge des Beraterkreises

An Mitglieder des Beraterkreises wurden inklusive Umsatzsteuer 417 Tsd. € (Vorjahr: 361 Tsd. €) gezahlt.

Gewährte Kredite an Mitglieder der Organe und des Beraterkreises

An Mitglieder des Vorstands und des Beraterkreises wurden keine Kredite vergeben. An Mitglieder des Aufsichtsrats wurden Kredite in einer Gesamthöhe von 0,1 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €) hinausgelegt.

Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

(gerechnet auf Basis von Vollzeitärbeitskräften)

	2008/09	2007/08
Männlich	710	763
Weiblich	442	467
Gesamt	1 152	1 230

Corporate Governance

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Bank haben am 11. Juli 2008 die jährliche Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben. Die Bank hat die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung abgegeben und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht.

Organe

Bei der nachstehenden Aufstellung der Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sind jeweils unter

a) die Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten und

b) die Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen angegeben.

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Werner Oerter, Linden

Direktor der KfW Bankengruppe
(Vorsitzender bis 30. Oktober 2008 und
Mitglied bis 31. Dezember 2008)

b) *Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-
Gesellschaft m.b.H.
High-Tech Gründerfonds GmbH & Co. KG
Authentos GmbH*

Bruno Scherrer, London

Senior Managing Director/Head of European Investments
Lone Star Management Europe Ltd.
(Vorsitzender und Mitglied seit 30. Oktober 2008)

a) *COREALCREDIT BANK AG (Vorsitzender)
MHB-Bank Aktiengesellschaft (Vorsitzender)*

Stellv. Vorsitzende

Dr. Karsten von Köller, Frankfurt

Chairman Lone Star Germany GmbH
(Mitglied seit 16. Dezember 2008,
stellv. Vorsitzender seit 1. Januar 2009)

a) *COREALCREDIT BANK AG (stellv. Vorsitzender)
MHB-Bank Aktiengesellschaft
(stellv. Vorsitzender)*

b) *W.P. Carey & Co. LLC (executive director)*

Detlef Leinberger, Neu-Anspach
(bis 6. Oktober 2008)

b) *Europäischer Investitionsfonds (Luxemburg)(EIF)
(bis Mai 2008)*

Werner Möller, Echzell

Direktor i.R. der KfW Bankengruppe
(Mitglied vom 28. August 2008 bis 18. November 2008
und stellv. Vorsitzender vom 8. Oktober 2008
bis 18. November 2008)

Dieter Pfundt, Frankfurt (Main)

Persönlich haftender Gesellschafter der
Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA
(Mitglied und stellv. Vorsitzender bis 31. Dezember 2008)

a) *Börse Düsseldorf AG*

b) *Sal. Oppenheim jr. & Cie. Corporate
Finance (Schweiz) AG, Präsident
Bank Sal. Oppenheim jr. & Cie (Österreich) AG
(stellv. Vorsitzender)
4IP Management AG
Air Berlin PLC
Bank Sal. Oppenheim jr. & Cie (Schweiz) AG
Collineo Asset Management GmbH
(seit 8. Januar 2009)
Kommanditgesellschaft Allgemeine Leasing GmbH & Co.
MB Advisory Group, LLC
Sal. Oppenheim (France) S.A.
Sal. Oppenheim Alternative Asset Management S.A.
(seit 1. Juli 2008)
Sal. Oppenheim Alternative Investments GmbH
Sal. Oppenheim Investments GmbH
Sal. Oppenheim (Hong Kong) Limited*

Mitglieder

Dieter Ammer, Hamburg
Vorstandsvorsitzender der Conergy AG
(bis 30. November 2008)

- a) *Beiersdorf AG*
(Vorsitzender bis 30. April 2008)
Conergy AG (bis 31. Juli 2008)
GEA AG
Heraeus Holding GmbH
tesa AG (bis 24. April 2008)

Jörg Asmussen, Berlin
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen
(bis 27. Mai 2008)

- a) *Euler Hermes Kreditversicherungs-AG*
(bis 27. Mai 2008)
Postbank AG (bis 27. Mai 2008)
- b) *Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*
(stellv. Vorsitzender)

Dr. Jens Baganz, Düsseldorf
Staatssekretär im Ministerium für
Wirtschaft, Mittelstand und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen
(bis 30. November 2008)

- a) *Messe Düsseldorf GmbH*
duisport AG
- b) *NRW.Invest GmbH* (Vorsitzender)
NRW.International GmbH (Vorsitzender)
Entwicklungsgesellschaft Zollverein mbH
Forschungszentrum Jülich GmbH
Institut für Mittelstandsforschung
NRW.BANK
NRW Japan, K.K.
ZENIT GmbH

Stefan Baustert, Bad Homburg
President and CEO der
SINGULUS TECHNOLOGIES AG
(seit 25. März 2009)

- b) *AptarGroup*

Wolfgang Bouché, Düsseldorf
Arbeitnehmervertreter

Olivier Brahin, London
Bereichsleiter europäische Immobilieninvestitionen
Lone Star Management Europe Ltd.
(seit 22. Januar 2009)

- a) *COREALCREDIT BANK AG*

Hermann Franzen, Düsseldorf
Persönlich haftender Gesellschafter der
Hermann Franzen KG
(bis 31. Dezember 2008)

- a) *SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG*
(stellv. Vorsitzender)
SIGNAL-IDUNA Holding AG

Dr. Lutz-Christian Funke, Frankfurt
Direktor Unternehmensstrategie/
Bereichsleiter Vorstandsstab der
KfW Bankengruppe
(seit 22. Januar 2009)

- a) *Dedalus GmbH & Co. KGaA*
(stellv. Vorsitzender)

Dipl.-Kfm. Ulrich Grillo, Duisburg
Vorsitzender des Vorstands der
Grillo-Werke Aktiengesellschaft

a) *Praktiker Bau- und Heimwerkermärkte
Holding AG
Praktiker Bau- und Heimwerkermärkte AG
mateco AG*

b) *HDF Hamborner Dach- und Fassadentechnik
GmbH & Co. KG (Vorsitzender)
Grillo Zinkoxid GmbH
Zinacor S.A. (Belgien)*

Arndt G. Kirchhoff, Attendorn
Geschäftsführender Gesellschafter der
KIRCHHOFF Automotive GmbH
(seit 25. März 2009)

a) *DEKRA AG
KOSTAL Verwaltungsgesellschaft mbH*

b) *DEG – Deutsche Investitions- und
Entwicklungsgesellschaft mbH
LEWA Attendorn GmbH*

Jürgen Metzger, Hamburg
Arbeitnehmervertreter

Dr. Claus Nolting, München
Vorsitzender des Vorstands der
COREALCREDIT BANK AG
(seit 22. Januar 2009)

Roland Oetker, Düsseldorf
Geschäftsführender Gesellschafter der
ROI Verwaltungsgesellschaft mbH
(bis 30. November 2008)

a) *Deutsche Post AG
Volkswagen AG*

b) *Dr. August Oetker KG (stellv. Vorsitzender)
RAG-Stiftung*

Dr. Christopher Pleister, Berlin
Mitglied des Leitungsausschusses der
Finanzmarktstabilisierungsanstalt
(vom 28. August 2008 bis 1. Februar 2009)

b) *Sennheiser electronic GmbH & Co. KG
(bis 31. Dezember 2008)*

Dr. Thomas Rabe, Berlin
Mitglied des Vorstands der
Bertelsmann AG
(seit 23. Juni 2009)

a) *Arvato AG (stellv. Vorsitzender)
Druck- und Verlagshaus Gruner + Jahr AG.
Symrise AG*

b) *Ricordi & C. S.p.A. (Vorsitzender)
Bertelsmann Capital Investment (S.A.) SICAR
Bertelsmann Digital Media Investments S.A.
Bertelsmann Inc.
Edmond Israel Foundation
RTL Group S.A.*

Dr.-Ing. E.h. Eberhard Reuther, Hamburg
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Körber Aktiengesellschaft (bis 27. April 2009)

a) *Körber AG (Vorsitzender)*

Randolf Rodenstock, München
Geschäftsführender Gesellschafter der
Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co. KG
(bis 3. Dezember 2008)

a) *E.ON Energie AG
Rodenstock GmbH*

Rita Röbel, Leipzig
Arbeitnehmervertreterin
(bis 30. November 2008)

Dr. Michael Rogowski, Heidenheim
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Voith AG
(bis 28. August 2008)

a) Voith AG (Vorsitzender)

Carl Zeiss AG

HDI Haftpflichtverband der

Deutschen Industrie V.a.G.

Klöckner & Co. AG

Talanx AG

Vattenfall Europe AG (seit Juni 2008)

b) Freudenberg & Co. (stellv. Vorsitzender)

Würth Gruppe (Ehrenmitglied)

Jochen Schametat, Düsseldorf
Arbeitnehmersvertreter
(bis 30. November 2008)

Dr. Carola Steingräber, Berlin
Arbeitnehmersvertreterin

Dr. Alfred Tacke, Celle
Mitglied des Vorstands der
Evonik Industries AG
(bis 31. Dezember 2008)

a) Evonik New Energies GmbH

(Vorsitzender bis 31. Dezember 2008)

Deutsche Steinkohle AG

RAG Aktiengesellschaft

Dr. Andreas Tuczka, London
Bereichsleiter Europäische Finanzinstitutionen
Lone Star Management Europe Ltd.
(seit 22. Januar 2009)

Dr. Martin Viessmann, Allendorf (Eder)
Gesellschafter und Präsident der
Viessmann Werke GmbH & Co. KG
(bis 25. März 2009)

a) Messe Frankfurt GmbH

Schott Glas AG

Ulrich Wernecke, Düsseldorf
Arbeitnehmersvertreter

Andreas Wittmann, München
Arbeitnehmersvertreter

Vorstand

Dr. Günther Bräunig

(Mitglied und Vorsitzender bis 31. Oktober 2008)

- b) *IKB Autoleasing GmbH (bis 31. Oktober 2008)*
- IKB Leasing Berlin GmbH (bis 31. Oktober 2008)*
- IKB Leasing GmbH (bis 31. Oktober 2008)*
- IKB Private Equity GmbH (bis 31. Oktober 2008)*

Dr. Dieter Glüder

- b) *IKB International S.A. (Vorsitzender)*
- IKB Autoleasing GmbH (bis 21. Mai 2008 und vom 5. März 2009 bis 9. Juni 2009)*
- IKB Capital Corporation (bis 19. Mai 2009)*
- IKB Data GmbH (seit 9. Juni 2009)*
- IKB Immobilien Management GmbH (Vorsitzender seit 9. Juni 2009)*
- IKB Leasing Berlin GmbH (bis 21. Mai 2008 und vom 5. März 2009 bis 9. Juni 2009)*
- IKB Leasing GmbH (bis 21. Mai 2008 und vom 5. März 2009 bis 9. Juni 2009)*
- Movesta Lease and Finance GmbH (seit 9. Juni 2009)*

Dr. Reinhard Grzesik

(bis 3. Juli 2009)

- b) *IKB Immobilien Management GmbH (Vorsitzender) (bis 9. Juni 2009)*
- IKB Data GmbH (Vorsitzender) (bis 9. Juni 2009)*
- IKB International S.A. (seit 30. Juni 2008 bis 3. Juli 2009)*
- IKB Private Equity GmbH (bis 15. Mai 2008)*
- Movesta Lease and Finance GmbH (bis 21. Mai 2008 und vom 26. November 2008 bis 9. Juni 2009)*

Dr. Andreas Leimbach

(vom 1. April 2008 bis 31. Januar 2009)

- b) *IKB Autoleasing GmbH (Vorsitzender vom 21. Mai 2008 bis 31. Januar 2009)*
- IKB Leasing Berlin GmbH (Vorsitzender vom 21. Mai 2008 bis 31. Januar 2009)*
- IKB Leasing GmbH (Vorsitzender vom 21. Mai 2008 bis 31. Januar 2009)*
- IKB Private Equity GmbH (Vorsitzender vom 15. Mai 2008 bis 31. Januar 2009)*
- Argantis GmbH (bis 31. Januar 2009)*
- IKB International S. A. (vom 30. Juni 2008 bis 31. Januar 2009)*
- Movesta Lease and Finance GmbH (vom 21. Mai 2008 bis 25. November 2008)*

Claus Momburg

- b) *Movesta Lease and Finance GmbH (stellv. Vorsitzender)*
- IKB Autoleasing GmbH (Vorsitzender bis 20. Mai 2008, danach Mitglied)*
- IKB International S.A. (Mitglied und stellv. Vorsitzender bis 30. Juni 2008, Mitglied seit 16. März 2009)*
- IKB Leasing Berlin GmbH (Vorsitzender bis 20. Mai 2008, danach Mitglied)*
- IKB Leasing GmbH (Vorsitzender bis 20. Mai 2008, danach Mitglied)*
- IKB Private Equity GmbH (Vorsitzender bis 14. Mai 2008, danach Mitglied)*
- Argantis GmbH (bis 31. August 2008)*

Hans Jörg Schüttler

(Mitglied und Vorsitzender seit 1. November 2008)

- b) *IKB Autoleasing GmbH (seit 27. November 2008)*
- IKB Leasing Berlin GmbH (seit 25. November 2008)*
- IKB Leasing GmbH (seit 25. November 2008)*
- IKB Private Equity GmbH (seit 25. November 2008)*

Dr. Michael H. Wiedmann
(seit 1. März 2009)

b) *IKB Private Equity GmbH (Vorsitzender seit 2. April 2009; Mitglied seit 4. März 2009)*
IKB Autoleasing GmbH (seit 9. Juni 2009)
IKB Capital Corporation (seit 20. Mai 2009)
IKB Leasing Berlin GmbH (seit 9. Juni 2009)
IKB Leasing GmbH (seit 9. Juni 2009)

Verzeichnis der Mandate von Mitarbeitern

Zum 31. März 2009 waren folgende Mitarbeiter in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften vertreten:

Dr. Reiner Dietrich
Tricor Packaging & Logistics AG

Roland Eschmann (bis 29. Mai 2009)
Oechsler AG

Frank Kraemer
ae Group AG

Düsseldorf, den 9. Juli 2009
IKB Deutsche Industriebank AG
Der Vorstand



Hans Jörg Schüttler



Claus Momburg



Dr. Dieter Glüder



Dr. Michael H. Wiedmann

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. April 2008 bis 31. März 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Pflichtgemäß weisen wir darauf hin, dass der Bestand der Gesellschaft durch Risiken bedroht ist, die im Abschnitt „Gesamtaussage zur Risikosituation“ des Lageberichts dargestellt sind. Dort wird ausgeführt, dass der Fortbestand der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft davon abhängt, dass die seitens des SoFFin für die Vergabe der Garantien, von der EU-Kommission für die Genehmigung der Beihilfe und vom Einlagensicherungsfonds des privaten Bankgewerbes gemachten Auflagen eingehalten werden und die EU-Kommission auch den erweiterten SoFFin-Garantierahmen genehmigt. Hierzu ist es insbesondere erforderlich, dass

- die Kernkapitalquote von mindestens 8 % auf Ebene des Einzelinstituts und der Institutsgruppe eingehalten wird,
- die Konzernbilanzsumme bis zum 30. September 2011 auf € 33,5 Mrd. reduziert wird,
- das Segment Immobilienfinanzierung sowie die Aktivitäten an den Standorten Luxemburg und New York termingerecht aufgegeben werden und
- die Risikotragfähigkeit auch zukünftig unter Berücksichtigung der vorstehenden Punkte sowie des neuen Geschäftsmodells gegeben ist.

Sofern es zur Einhaltung der Kernkapitalquote von mindestens 8 % und zur Gewährleistung der Risikotragfähigkeit in den nächsten Geschäftsjahren nicht gelingt, Risikopositionen in ausreichendem Maße abzubauen, ist die Zuführung von weiterem Eigenkapital erforderlich.

Düsseldorf, den 10. Juli 2009

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Ralf Schmitz)
Wirtschaftsprüfer

(Michael Maifarth)
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter nach § 264 Abs. 2 Satz 3 HGB, § 289 Abs. 1 Satz 5 HGB

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Düsseldorf, 9. Juli 2009
IKB Deutsche Industriebank AG
Der Vorstand



Hans Jörg Schüttler



Claus Momburg



Dr. Dieter Glüder



Dr. Michael H. Wiedmann

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen sowie die zugrunde liegenden Annahmen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der IKB derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen beziehen sich deshalb nur auf den Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung und Entwicklung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, wo wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer Managementagenda, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie die Liquiditätslage (nicht abschließende Aufzählung).